

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,90 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Lungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzeln. in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1895 unter Nr. 7113.

# Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile ober dem roten Raum 40 Pf. für Beilagen- und Besondere-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Sonntag, den 18. Mai 1895.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

### Reaktionäre Pläne.

Die sächsische Regierung hat es sich, um den bösen Ruf partikularistischer Vorbeugigkeit los zu werden, seit anderthalb Jahrzehnten zur Aufgabe gemacht, in dem Kampf gegen die Sozialdemokratie zwar nicht die Führung, aber den Vortritt zu haben, und in diesem Kampf alles zu versuchen, was ohne offenen Gesetzesbruch nur irgend gethan werden kann. Die „sächsische Praxis“ und die „sächsischen Praktiken“, anfangs von den Reaktionären der übrigen Vaterländer mit einem gewissen Befremden angesehen, haben mit dem wachsenden Verständnis mehr und mehr Anklang gefunden und bürgern sich allmählig auch in allen anderen Bundesstaaten ein.

Im jetzigen Augenblick nun, wo der Kreuzzug für „Religion, Ordnung und Sitte“ mit dem Umsturzgesetz ein so schmähtliches Fiasko erlitten hat, und wo die Häuptlinge der Reaktion all ihr Dichten und Trachten darauf richten, den Zweck des Umsturzgesetzes sei es mit sei es ohne Staatsstreich, dem Reichstage zum Trotz zu erreichen, haben zwei Artikel, die jetzt, nach dem Scheitern des Umsturzgesetzes gleichzeitig in den beiden amtlichen Organen der sächsischen Regierung erschienen sind, Anspruch auf ernste Beachtung. Der erste ist ein Leitartikel der „Leipziger Zeitung“, betitelt „Gleiches Wahlrecht“. Er führt mit brutaler Logik aus, daß die Versicherungen der Konservativen, sie seien dem allgemeinen Wahlrecht nicht feind, unehrlich und auf demagogische Motive (weil man der Wählerschaft vermeintlich noch bedürfe) zurückzuführen seien. „Daß alle wirklich Konservativen die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechtes wünschen, und wünschen müssen, kann für niemand ein Geheimnis sein.“ Das ultrakonservative Blatt, dem wir für seine Offenherzigkeit nur Dank zollen können, wendet sich dann gegen die geheime Abstimmung — in den schon satfam bekannten Wendungen — und hierauf, nach einer Empfehlung der Wahlpflicht, gegen das gleiche Wahlrecht.

„Gott hat die Menschen ungleich geschaffen und ungleich werden sie bleiben, so lange die Welt steht. Ungleich schon durch Geburt, Besitz und natürliche Begabung werden sie auch im Leben, wie der Zukunftsstaat es auch gestalten möge, niemals aufhören, ungleich zu bleiben und immer ungleicher zu werden, durch Glück und Unglück, eigene Schuld und eigenes Verdienst.“

„Das allgemeine Wahlrecht verstößt gegen die Natur, und deshalb wird es einst fallen, wie alles, was wider die Natur ist.“

Das ist deutlich, und hinter diesen Worten stehen Menschen, die unter Umständen bereit sind, die Natur zu korrigieren, falls sie nicht schnell genug das verhasste Wahlrecht beseitigt.

### Feuilleton.

#### Berliner Märztage.

Eine geschichtliche Erzählung von Michel Deutsch.

„Hier ist der lebendige Mensch durch Druck und Drill für immer verpöfcht,“ dachte Hans Hartung bei sich — „ich kann es nicht glauben, daß der freie Gedanke hier bald eine bleibende Stätte findet.“

Ferdinand trat eben mit verschämter Miene aus der Haustür. Sein Streich war, wie er dem Gesellen erzählt, glänzend gelungen. Frau Madenich habe schon lange nicht so große Augen gemacht, wie eben bei der Ueberreichung des Weichenstraußes.

„Hast gewiß wieder Deine Foxen gemacht,“ meinte Schnid lachend.

„Gott bewahre,“ versetzte Ferdinand ernsthaft, „ein Leichenbitter konnte mich jetzt nicht ansehen.“

Sie bogen links um das königliche Rathhaus herum und schritten nach dem Königschloß zu. Ferdinand schien mit aller Welt bekannt. Jeden Augenblick ertönte es: „Morjen, Nante! — n Tag, Nante! von irgend einem Studel seiner Altersgenossen, die nach den freudlosen Tagen der Woche für ein paar Stunden der rauhen Bucht des Lehrmeisters entflohen waren. Nicht wenig stolz schritt Nante neben seinem zukünftigen Schwager einher, dessen stattliche Erscheinung die Köpfe der meisten Passanten übertrug.“

„Wenn Ihr wüßtet, wer dieser da ist!“ dachte er, während er seinen Freunden von oben herab zunickte. Und dann musterte er Hans von der Seite, als ob er beinahe daran zweifelte, daß es wirklich ein Pariser Varrikadenkämpfer war, der neben ihm einherschritt.

Die Breite Straße war merkwürdig belebt, trotz des

Also zwar Wahlrecht für jeden Staatsbürger, aber nicht das gleiche, nicht das geheime, und als Korrelat des Wahlrechts die Wahlpflicht. Das ist ein Programm. Der erste und der dritte Punkt sind in Belgien verwirklicht worden, ohne daß es etwas genützt hätte. Mit Hilfe des zweiten Punktes: der Aufhebung des Wahlgeheimnisses hoffen die Urheber dieses Programms offenbar dessen Erfolg zu sichern.

Erwähnt sei hier noch, daß das amtliche Organ der sächsischen Konservativen, die mit der sächsischen Regierung thatsächlich eins sind: das „Vaterland“ in seiner letzten Nummer, unter Uebernahme eines von beschimpfenden Angriffen auf das allgemeine Wahlrecht strotzenden Artikels des Berliner „Reichsboten“ die Erhöhung des wahlfähigen Alters von 25 auf 30 Jahre fordert.

In jenem Artikel der „Leipziger Zeitung“, zu dem wir diesen Artikel des „Vaterlands“, als aus gleicher oder doch nach verwandter Quelle, hinzufügen können, haben wir die eine Hälfte des reaktionären Schlachtplans.

Die andere ist in dem zweiten Organ der sächsischen Regierung, dem „Dresdener Journal“, enthalten. Dieses Blatt bringt — an der Spitze seines nichtamtlichen Theils — einen durch zwei Nummern gehenden Leitartikel, in welchem, unter Benennung der sozialdemokratischen Argumente für den Normalarbeitstag, die Berechtigung des gesetzlichen Arbeitstages, und sogar des Achtstundentages ausdrücklich und rückhaltlos anerkannt wird.

Der Artikel des „Dresdener Journals“ ergänzt den der „Leipziger Zeitung“. Beide gehören zusammen und zeigen den Plan der Reaktion:

Verwichtung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts.

„Sozialreform.“

Durch den Abder des Normal-Arbeitstages und ähnlicher „arbeiterfreundlichen“ Maßregeln sollen die Arbeiter mit ihrer politischen Entrechtung ausgeglichen werden. Es ist die alte Politik: Peitsche und Zuckerbrot.

Die Herren Reaktionäre machen aber die Rechnung ohne die deutschen Arbeiter. Diese wissen, daß jede Sozialreform, die das Proletariat mit dem Verlust seiner staatsbürgerlichen Rechte und seiner politischen Mündigkeit zu bezahlen hat, ein wertloses Gut ist, das obendrein jeden Augenblick zurückgenommen werden kann.

Die deutschen Arbeiter werden sich durch kein Danaergeschenk betrogen lassen. Sie haben im allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht den Hammer, mit dem sie ihr Geschick selber schmieden können — sie werden sich diesen Hammer nicht entreißen und auch nicht zerbrechen lassen.

heftigen Windes, der immer noch durch die Gassen segte und von Zeit zu Zeit einen leichten Regenschauer herabföhrte. Vor dem Schloße zogen dicke Menschenmassen auf und nieder — Bürgerleute, Handwerker und Arbeiter, dazwischen Frauen und Kinder, halberwachsene Burfchen, Handlungsgehilfen, Studenten. Es schien, als ob alle diese Leute das Schloß des Königs von Preußen zum ersten Mal in ihrem Leben sähen, oder als ob da drinnen irgend etwas Geheimnisvolles vor sich ginge, das mit ihrem eigenen Schicksal im innigsten Zusammenhang stand, und das sie vergebens zu ergründen sich bemühten.

Die edigen Gesichter, der blöthe, ernste Blick, die großen, harten Hände und der altväterische Schnitt der Kleider, kennzeichnete die Bevölkerungsschicht, mit der man es der Mehrzahl nach hier zu thun hatte. Nur vereinzelt tauchte ein eleganter Ged oder sonst ein jemand aus den „besseren Kreisen“ auf, der sich heftig durch die Menge drängte, als ob es ihm inmitten derselben nicht ganz gehener vorkäme. Häufiger als sonst sah man Leute im Alltagsrod oder gar in abgerissenen Kleidern. Die in starker Anzahl aufgetretenen Gendarmen, denen die herabgelassenen Schuppenletten ein besonders kriegerisches Aussehen gaben, musterten diese Sabbathschänder mit mißtrauischen Blicken. Doch fanden sie keinen Anlaß zum Einschreiten, da alles ruhig blieb, bis auf ein lautes Gespräch, das ab und zu ein paar junge Burfchen führten, oder das hohle, höhnische Lachen, das aus einer hungrigen Kehle drang.

Die Durchgänge durch das Schloß standen offen, doch wurden sie weit weniger benutzt als an anderen Tagen. Es war, als ob unbenutzt eine Scheidung sich vollzöge zwischen den Menschen, die das Schloß bewohnten, und den Massen da draußen vor denselben. Eine starke Abtheilung Soldaten war im Schloßhofe aufgestellt, die Posten waren überall verdoppelt und mit scharfen Patronen versehen. Es lag wie Ver-

### Politische Ueberblick.

Berlin, 17. Mai.

Aus dem Reichstage. Unsere Reutepolitiker, welche Spezies bekanntlich auf der rechten Seite sehr stark vertreten ist, befinden sich augenblicklich in einer kleinen Kalamität. Jagdvergnügen, Rennplätze und die Vorbereitungen zur Sommerreise nehmen ihre ganze Aufmerksamkeit in Anspruch und nun sollen sie auch noch auf einige Stunden ihr Reichstagsmandat ansüßen, da andernfalls absolut keine Aussicht vorhanden ist, die neuen Liebesgaben bei der Zuck- und Branntweinsteuer einzuhelfen.

Wollen die Herren den Raub einheimfen, dann sollen sie sich wenigstens der Mühe unterziehen, und die Gesetze persönlich votiren, welche ihnen denselben sichern sollen. Das ist der feste Entschluß der Linken, weshalb dieselbe gestern auszählten und heute durch namentliche Abstimmung die Beschlußfähigkeit konstatiren ließ. Es wird also den Schnaps- und Zuckbaronen und ihren Schleppträgern im Zentrum und bei den Nationalliberalen nichts übrig bleiben, sie werden am Montag zur Stelle sein müssen, wollen sie ihren Zweck erreichen.

Aus der Debatte verdient heute besonders die Rede unseres Genossen Schippel hervorgehoben zu werden, der besonders mit dem nationalliberalen Drahtzieher Professor Paasche ganz besonders ins Gericht ging. Dieser vom einstigen Linken zum wachschestesten Agrarier ausgewachsene Professor hat noch vor wenigen Monaten für die Beseitigung der Zuckprämien plädiert, während er jetzt einen Geschenktwurf eingebracht hat, in dem verlangt wird, die Konsumsteuer auf Zucker zu erhöhen und aus den dadurch erzielten Mehrerträgen den Zuckfabrikanten bei der Ausfuhr Prämien zu gewähren. So offenkundig wie in diesem Falle hat sich selten ein angeleglicher Vertreter der Wissenschaft in den Diensten der Reutepolitiker gestellt.

Sonst verdient aus der Debatte wohl nur hervorgehoben zu werden, daß der Staatssekretär der Reichsfinanzen, Graf Posadowsky, auch heute wieder den Reigen der Agrarier führte und sich als deren begeisterter Vorkämpfer erwies.

Bei der von Richter beantragten namentlichen Abstimmung über die Vorlage ergab sich, daß nur 186 Abgeordnete anwesend, das Haus also beschlußunfähig war. Um den gewohnheitsmäßigen Schwänzern Gelegenheit zu geben, hierher zu kommen, soll die nächste Sitzung erst am Montag stattfinden.

Arbeitsprogramm des Reichstags. Durch die Ueberweisung des Nachtrags Etats an die Budgetkommission dürfte sich, wie man in parlamentarischen Kreisen annimmt, eine Aenderung des getroffenen Arbeitsplanes dahin als nothwendig erweisen, daß der Schluß der Reichstagsstagung nicht am Mittwoch, sondern erst am Sonntag 25. Mai, erfolgt.

Nachwahl in Köln-Stadt. Nach amtlicher Ermittlung erhielten bei der Reichstagsersatzwahl in Köln-

einsetzung über dem alten, grauen Gebäude, das dereinst, genau vierhundert Jahre vorher, vom Kurfürsten Friedrich dem Eisernen als eine trohige Zwingsburg errichtet worden war, um die Selbständigkeit der beiden freien Hanfsstädte des wendischen Quartiers, wie das Zwillingpaar Berlin-Köln ehemals benannt worden war, zu unterdrücken.

Mit scheuer Reugier lugte da und dort ein Augenpaar aus den Schloßfenstern, um zu erspähen, ob nicht plötzlich der Geist jener fernern Zeit, da die Berliner Bürgerfchaft lähn und unverzagt gegen Fürsten und Raubritter das Schwert geföhrt hatte, an irgend einer Straßenecke auftauchte und in die Menschen da draußen hineinsah. Und mit verächtlichem Lächeln wandte der feindliche Späher sich wieder ab vom Fenster: nein, nein, das sind nicht die freien Bürger der Hanfa, das ist kraflloser Abschaum, elendes Paß, verhungertes Gefindel. . . .

Hans Hartung war überrascht von dem, was er sah: es entging ihm nicht, daß sich hier irgend etwas heimlich, im dunklen Unbewußten der Volksseele vollzog und mit der unfehlbaren Sicherheit des natürlichen Instinkts zum Licht emporreiste. Seine Sinne waren von Paris her geschärf für Erscheinungen dieser Art — was den andern, die mitten darin standen, vielleicht noch entging, das sah er bereits in seinem Reimen und Werden. Mit einer gewissen Bewunderung ruhte sein Blick auf dem hübschen blonden Knaben an seiner Seite, der in richtigem Gefühl das Gleiche erkannt hatte.

An der Schloßbrücke stauten sich die Menschen: eine königliche Equipage, in der zwei Generale in Uniform saßen, fuhr nach dem Schloße.

Der Prinz von Preußen, rief jemand aus der Menge. Kein Gruß, kein Hurrah! ertönte — nur hier und da zog ein ehrbarer Bürgermann seine Mühe. Der Prinz von Preußen, der kommandirende General des Garde-Korps, hatte wenig Freunde in der Bevölkerung. Man liebte diesen Mann des „militärischen Gesichtspunktes“

Stadt am 18. Mai Landgerichtsrath Greiß (3.) 10 353, Dr. Franz Lütgenau (S o z.) 7366 und Rentner Friz v. Wittgenstein (nat.) 8887 Stimmen. Es ist somit Stichwahl zwischen Greiß und Lütgenau erforderlich.

1893 waren 89 Bezirke vorhanden, diesmal nur 57, die ungefähr den Bezirken 1—57 der Eintheilung von 1893 entsprechen. In den letzteren erhielten 1893: Zentrum 11 542, Nationalliberale 8433, Sozialdemokraten 8319, Antifemiten 455, Freisinnige Volkspartei 386, Freisinnige Vereinigung 198, zerplittert 17, unglücklich 17, zusammen 29 367. Demnach haben das Zentrum 1189, die Nationalliberalen 4546 und die Sozialdemokraten um 953 Stimmen abgenommen. Da während der letzten zwei Jahre 1008 Wähler infolge Armenunterstützung das Wahlrecht verloren haben und so mancher Parteigenosse in die billigen Vororte gezogen ist, so hält das Wahlergebnis den Vergleich mit den „Erfolgen“ der Gegner wohl aus. Der Zusammenbruch des Nationalliberalismus ist das charakteristische Ergebnis auch dieser Nachwahl.

Der Bundesrath hat in seiner Sitzung vom Donnerstag den Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, sowie die Reichstagsbeschlüsse zu den Gesetzesentwürfen, betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschifffahrt und betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Fischerei, den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Einer Vorlage über die steuerliche Behandlung der Abraumfalle wurde die Zustimmung ertheilt. Ferner wurde beschlossen, den vom Reichstage bei der Verabreichung des Reichshaushalts-Etats für 1895/96 gefassten Resolutionen, betreffend die Erhöhung der Gehaltsstufen für diejenigen Klassen von Reichspost- und Telegraphenbeamten, welche durch die Einführung des Dienstalterssystems in ihren Gehaltsverhältnissen geschädigt werden, und betreffend die Forderung einer Pauschallumme durch einen Nachtragsetzt zur Gewährung von Zulagen an die durch das System der Dienstalterszulagen besonders geschädigten Beamten, keine Folge zu geben, und außerdem über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

Die Unsicherheit der Lage spiegelt sich in der Presse wieder. Daß ein Blatt, wie die „Vossische Zeitung“, die Möglichkeiten und Folgen eines Staatsstreiches lauthätig diskutieren kann, ist für sich allein schon ein bedeutungsvolles Zeichen der Zeit. In den Reihen der Regierungsparteien und der Regierung selber ist man offenbar noch nicht zu einem klaren Programm und festen Entschluß gelangt. Alle möglichen Pläne — vom nackten oder verhüllten Staatsstreich bis zum fatalistischen Lauern auf irgend ein rettendes Ereigniß — wirbeln wild durcheinander, und wir wollen abwarten, worüber man sich schließlich einigen wird. Eins aber können wir schon jetzt als sicher annehmen: die Organe der Staatsgewalt, denen die Vollstreckung der Umsturzvorlage zugebachet war, werden das äußerste thun, um auf dem Boden des gemeinen Rechts und der bestehenden Vereinigeseze das zu leisten, was mit dem Umsturzgesetz bezweckt war. Wir haben wiederholt dargelegt, daß in den Paragraphen der Umsturzvorlage nichts ausgesprochen war, was nicht findige Staatsanwälte und scharfsinnige Richter — namentlich in Sachsen — in das gemeine Recht bereits hineininterpretirt hätten — zum theil in denselben Worten, deren die Umsturzvorlage sich bediente.

Wir wissen aus den Zeiten des Sozialistengesetzes, daß die Behörden, als dasselbe seine Wirkungslosigkeit zu zeigen begann, mit Hilfe des gemeinen Rechts und der Vereinigeseze uns — abgesehen von den persönlichen Chikanen und Schädigungen durch den kleinen Belagerungsstand — weit mehr zu schaffen machten, als mit dem Sozialistengesetz.

Das wissen natürlich auch die Organe der Staatsgewalt, und wir müssen uns auf alles gefaßt machen, was ohne offenen und flagranten Gesetzesbruch gegen uns nur irgend gethan werden kann. Die Praxis, wie sie zur Zeit des Sozialistengesetzes herrschte, wird wiederkehren, und die Parteigenossen haben sich dementsprechend zu verhalten. Die Umsturzvorlage ist gefallen, die Sozialisten haben aber, die sie einleiten sollte, kann auch ohne Umsturzgesetz vor sich gehen. Und unsere Gegner werden durch ihr beispielloses Fiasko uns sicherlich nicht freundlicher gestimmt werden.

Die praktischen Konsequenzen ergeben sich für jeden

nicht, dem man einen verhängnißvollen Einfluß auf den schwankenden Charakter seines älteren Bruders, des Königs, zuschrieb.

„Du ziehst er ja ab,“ hörte Hans Hartung jemanden in seiner Nähe sagen, „heut Morgen soll er von den Truppen Abschied genommen haben, um an den Rhein zu gehen.“

„Die armen Köhler,“ versetzte eine zweite Stimme, „wenn der sie in die Mache kriegt, wird's ihnen schlecht gehen.“

Die beiden Stimmen kamen Ferdinand bekannt vor. Er wandte sich um und erblickte seinen Meister Frize Grams und Herrn Fisch, die eben aus den Belten zurückkehrten, wo sie angeblich auf „irgend etwas“ gewartet hatten. „Morgen“, hieß es, sollte wieder eine große Volksversammlung stattfinden. Herr Blüddemann hatte sich an dem gefährlichen Ausflug nicht betheiligt: er war „nicht ganz wohl“, wie Frau Mudenich dem ihn abholenden Grams mitgetheilt hatte.

„Na, Junge, auch mit draußen?“ begann Frize Grams freundlich, nachdem Ferdinand ihn begrüßt hatte. „Du mußt natürlich überall dabei sein!“

„Gewiß doch, Herr Meister“, antwortete Ferdinand leise — „ohne uns geht's mal nicht, und wenn's auch jemandem nicht recht ist.“

Frize Grams hatte einen guten Ruf unter den Jungen seines Viertels: er führte seine Lehrlinge gut, behandelte sie menschlich und sprach mit ihnen „wie mit Erwachsenen“, was ihn bei seinen Innungsgeossen zwar arg in Verzug brachte, dafür aber bei den Jungen um so größeren Beifall fand.

Mit nicht geringem Stolz stellte Ferdinand seinem Meister den Bräutigam seiner Schwester vor.

„Ist heute von Paris angekommen,“ sagte er leise hinzu.

Ephraim Fisch spitzte die Ohren und ließ sich die Neuigkeit noch einmal wiederholen. Sie schien ihm wichtig genug, daß er nach einem kurzen, leise geführten Zwiesgespräch mit Grams den Buchdrucker aufforderte, sich abends am Stammtisch der „Silbernen Ente“ einzufinden.

„Sie brauchen nichts zu fürchten,“ meinte Fisch geheimnißvoll beim Abschied — „wir werden dafür sorgen, daß wir unter uns sind.“ (Fortsetzung folgt.)

Parteilgenossen von selbst. Eine kämpfende Partei, gleich einem Heere im Krieg, muß auf alles vorbereitet sein und sich durch nichts überraschen lassen.

**Zu der neuen Staatsstreichskritik der „Schles. Zeitung“**, die wir in unserer vorgestrigen Nummer gebührend beleuchtet haben, macht heute auch die „Vossische Zeitung“ einige treffende Bemerkungen. Sie schreibt:

Man beruft sich darauf, daß die Reichsverfassung nicht beschworen sei. Ist sie deshalb nicht rechtsverbindlich? Braucht sie deshalb ein Präst oder eine Regierung nicht zu halten? Da will man die Monarchie unter besonderen Straffolgen stellen. Aber worauf beruht denn das deutsche Kaiserthum? Nur auf dieser unbeschworenen Verfassung. Kann man mangelndes Verfassungsgewebe das Reichswahlrecht beiseitigen, weshalb nicht auch den Kaiserthron? Ja, man drängt den Kaiser, die das Reich nicht wollen, die dem Partikularismus huldigen, mit dieser iden Empfehlung des Staatsstreiches geradezu die Frage auf, ob nicht eines Tages ganz „vertragsmäßig“ das Kaiserthum der Hohenzollern durch den Willen der Fürsten beseitigt werden könne. Sie brauchen nur zusammenzukommen für eine Stunde oder für fünf Minuten, das Reich aufzuheben und dann einen neuen Bund zu schließen, in dem es keinen Kaiser giebt. Wer aber nicht zugeben will, daß das Kaiserthum durch Beschluß der Fürsten abgeschafft werden könne, der wird sich zu dem Bekenntnis bequemen müssen, daß auch das Reichswahlrecht auf diesem Wege nicht zu beseitigen sei. — Die Zertrümmerung der Verfassung auch nur auf fünf Minuten bedeutet die Zertrümmerung des Reichs, aber für unabsehbare Zeit. Den heutigen Bundesstaat könnte man zerstören; ihn wieder aufzubauen, dazu gehörten andere Männer, als heute am Ruder sind. Wer sich „guter Besinnung“ rühmt und sich zu den „nationalen Parteien“ zählt, der muß mit Blindheit geschlagen sein, wenn er den Staatsstreich predigt und damit einer Lehre Vorschub leistet, die auf die Auflösung des Reichs und den Umsturz des Kaiserthrons hinausläuft.

Die bodenlose Beschränktheit der „Kreuz-Zeitung“ tritt uns in dem Leitartikel von heute Abend, betitelt „Freisinn und Sozialdemokratie“ entgegen. Aus der Thatsache, daß Dr. Barth sich die Mühe genommen hat, die Sozialdemokratie und ihr Programm zu studiren, und deshalb nicht mehr auf sich schimpft, steht das Junkerblatt den Schluß, „daß die freisinnige Vereinigung, dieses kleine „Offizierskorps ohne Soldaten“, es nunmehr versuchen will, auf dem einen oder anderen Wege aus den Kreisen der sozialdemokratischen Bevölkerung sich eine genügend zahlreiche Gefolgschaft, eine Soldatruppe (wörtlich!), zu schaffen, die ihr Rückhalt gewähren und nach außen hin imponiren soll.“

Man traut wirklich seinen Augen nicht, wenn man derartiges liest. Erbsensticht kann das nicht sein — dazu ist's zu dünn. Es ist voller Ernst. Wie muß es aber in einer Partei aussehn, die sich solche geistige Kost bieten läßt.

Nichts gelernt und nichts vergessen hat der schiffbrüchige Staatsmann, der jetzt als Chefredakteur der „Hamburger Nachrichten“ seinen Versuch versetzt. Er führt heute in seinem Blatt wieder einmal aus, daß die Sozialdemokratie nur mit Gewalt und Machtmitteln unterdrückt werden kann — und zwar schlägt er jetzt mit dürren Worten die Maßregelung der Führer vor, die auf die eine oder andere Weise aus dem Weg geschafft werden müßten — ob todtgeschossen, „internirt“ oder in Gefängnisse gesperrt, das läßt der alten Kaketentische Höflichkeit unausgesprochen.

**Kein Staatsstreich!** orakelt die „Kreuz-Zeitung“ — beiläufig eine sehr verdächtige Autorität in bezug auf diesen Punkt — und sie folgert dies aus der ableugnenden Erklärung, die Herr v. Bötticher in der Reichstagsitzung des 11. Dezember v. J. auf eine Anzapfung Eugen Richters gab. Gewiß, das damalige Dementi des Hrn. v. Bötticher war scharf und blüdig. Aber — wer bürgt uns für den Herrn v. Bötticher, d. h. dafür, daß er morgen noch Minister ist?

**Ein Erfolg des Herrn v. Köhler.** Man schreibt uns: Die neue Reichstagsrede des Herrn v. Köhler hat eine Anklage gegen den Redakteur des „Sozialistischen Adambitters“, Genossen Sassenbach zur Folge gehabt. Es handelt sich um die Nummer vom 15. März; der darin enthaltene Artikel „Zum 18. März“ soll eine Verletzung des § 130 enthalten. Am 9. Mai hielt Herr v. Köhler seine Rede, am selben Tage noch fand sich ein Staatsanwalt, der gegen den fast zwei Monate alten Artikel die Strafforderung einleitete.

Wir gratuliren Herrn v. Köhler! — Der Gesekentwurf zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs liegt nunmehr in etwas veränderter Gestalt dem Bundesrath vor. Der ursprüngliche Entwurf war im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht worden, um die öffentliche Kritik zu ermöglichen. Der „Vorwärts“ hat in seiner Nummer vom 8. Januar über den Entwurf berichtet. Der jetzt dem Bundesrath vorliegende Gesekentwurf ist in den meisten Paragraphen nur ganz unwesentlich verändert. Ganz umgestaltet ist nach Form und Inhalt der § 7, der den Verrath von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen betrifft und am meisten angefochten worden war.

Die Bestimmungen über den Verrath von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen lauten nun folgendermaßen:

Mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder mit Gefängniß bis zu einem Jahre wird bestraft:

1. wer als Angehörter, Arbeiter oder Lehrling eines Geschäftsbetriebes Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse, die ihm vermöge des Dienstverhältnisses anvertraut oder sonst zugänglich geworden sind, während der Geltungsdauer des Dienstvertrages,

2. wer Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse, die ihm als Angehörter, Arbeiter oder Lehrling eines Geschäftsbetriebes gegen die schriftliche, den Gegenstand des Geheimnisses ausdrücklich bezeichnende Zusicherung der Verschwiegenheit anvertraut worden sind, dieser Zusicherung entgegen nach Ablauf des Dienstvertrages

unbefugt an andere zu Zwecken des Wettbewerbs mittheilt.

Gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse, deren Kenntniß er durch eine der unter 1. und 2. bezeichneten Mittheilungen oder durch eine eigene rechtswidrige Handlung erlangt hat, zu Zwecken des Wettbewerbs unbefugt weiterthet oder an andere mittheilt.

Der Thäter ist außerdem zum Erfase des entstandenen Schadens verpflichtet. Die zum Schadenersatz Verurtheilten haften als Gesamtschuldner.

Wer es unternimmt, einen anderen zu einer Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften des § 7 Absatz 1 zu verleiten, wird mit Geldstrafe bis Eintausend fünfshundert Mark oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

Die Straffverfolgung für die obigen Vergehen tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig.

Der Gesekentwurf über Verpflegungstationen, über den der Leitartikel unserer Mittwochnummer handelte, ist vom preussischen Abgeordnetenhause zur Vorberatung an eine Kommission verwiesen worden. Diese Kommission hielt am Mittwoch die erste Sitzung ab. Zu § 2 hatte Frhr. v. Zedlin-Meulrich den Antrag gestellt, § 2 folgendermaßen zu fassen: „Die Einrichtung, Unterhaltung und Verwaltung der Verpflegungstationen ist Sache der Provinz (Kommunalverband). Die Provinzen (Kommunalverbände) können nach Maßgabe näherer Vereinbarung diese Aufgaben auf diese Weise übertragen. Kreise, in denen noch 6 Verpflegungstationen errichtet sind, können vom Provinzial-Landtage zu einer Voranleistung bis zu höchstens

einem Drittel der Kosten der Verpflegungstationen herangezogen werden. Dieser Antrag wurde mit 11 gegen 9 Stimmen abgelehnt, und § 2 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Dem § 3 wurde in nachstehender Fassung zugestimmt: „Den Kreisen sind alljährlich nach erfolgter Rechnungslegung zwei Drittel der ihnen durch die Verpflegungstationen erwachsenen Kosten zur Hälfte aus Staatsmitteln, zur Hälfte von dem Provinzialverbande, in der Provinz Hesse-Nassau von dem Bezirksverbände zu ersetzen. Ueber Streitigkeiten in der Provinz (Kommunalverband) und den Kreisen entscheidet die Provinzialregierung. §§ 4 und 5 bleiben unbeanstandet. § 6 wurde mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt. § 7 bis zur zweiten Lesung zurückgestellt. § 8 wurde also angenommen: Ueber die Einrichtung, Verwaltung und Benutzung der Verpflegungstationen, insbesondere über die Wander- und Arbeitsordnung, sowie über die Regelung des Arbeitsnachweises erläßt der Provinzialrath nach Anhörung des Provinzialausschusses, bezw. der Landes- oder Provinzialausschüsse die näheren Vorschriften. In der Stadt Berlin tritt an die Stelle des Provinzialausschusses der Stadtausschuß. §§ 9 und 10 bleiben unverändert. § 11 wird gestrichen. §§ 12, 13, 14 werden nicht beanstandet. Damit war die erste Lesung beendet. Die zweite Lesung soll Freitag stattfinden.

**Billiger Kredit für Landwirtschaft und Handwerk.** Den Beratungen der in Berlin zusammengezogenen Sachverständigen-Kommission, die über die bessere Organisation des Kredits für die Mittelstände berathen soll, liegt folgendes Programm zu grunde:

1. Die Zweckmäßigkeit der Errichtung, die Organisation und des Geschäftsbereichs einer Zentral-Kreditanstalt; 2. die Begrenzung des Kredits derjenigen Verbände und Institute, deren Kreditbedarf die Zentral-Kasse dienstbar gemacht werden soll; 3. die Voraussetzungen, Bedingungen und die Dauer der ihnen zu gewährenden Kredits; 4. die Höhe der erforderlichen Bedarfssumme; 5. die Beschaffung der für die Geschäftstätigkeit des Zentral-Instituts sonst nöthigen Mittel (Depositen, Giro-Verkehr, Annahme von Spareinlagen, sowie von überflüssigen Beständen der genossenschaftlichen Verbände, Ausgabe von Schuldverschreibungen etc.); 6. etwaige weitere zur Hebung des Personalcredits vom Staate in Aussicht zu nehmende Maßnahmen.

**Wiesgelehrte Wähler** sind die des Wahlkreises Boms-Meserich. Es sollen jetzt seit 1893 schon zum fünften Male wählen, nach „der Reichstags den Herrn v. Dziembowski heimgeschickt hat. Bei den allgemeinen Wahlen 1893 errang erst nach zweimaligem Wahlgange Frhr. v. Unruh-Boms das Mandat. Wenige Monate darauf legte er dieses nieder auf Drängen der dortigen Anhänger des Bundes der Landwirthe, weil er für den österreichischen Handelsvertrag gestimmt hatte. Bei einer neu anberaumten Wahl konnte der bisherige Vertreter Herr v. Dziembowski auch erst wieder bei der Stichwahl durchdringen. Allem Anschein nach steht jetzt der fünften Wahl ein äußerst heftiger Kampf bevor. Da der Bund der Landwirthe in dem Grafen Dohna-Hiller-Gärtringen einen eigenen Kandidaten aufstellen beabsichtigt und auch die Antifemiten selbständig vorgehen, ist eine Stichwahl wahrscheinlich, bei der die Polen unter allen Umständen mit in Frage kommen. Der Kreis ist einer der wenigen, wo die Sozialdemokratie noch nicht hat festen Fuß fassen können. Sie erhielt dort 1893 überhaupt erst zum ersten Male Stimmen, und zwar 107.

**Die Reform des Militärstrafverfahrens** harret noch ihrer Erledigung und wird ihrer noch lange harren. Wohl um die Frage nicht ganz in Vergessenheit gerathen zu lassen, hat das Zentrum in der württembergischen Kammer an das Ministerium die Anfrage gestellt:

„Ob das königl. Staatsministerium geneigt ist, im Bundesrath dahin zu wirken, daß die zur Zeit in Bearbeitung befindliche Militärstrafprozess-Ordnung für das Deutsche Reich nach den erprobten Grundfäden der bürgerlichen Strafprozess-Ordnung für das Deutsche Reich ausgearbeitet, insbesondere hierbei, soweit nicht für die Verhältnisse im Krieg eine Modifikation dieser Grundfäden unumgänglich ist, die Ständigkeit der Militärgerichte, die Trennung der Aufgaben des Anklägers, des Verteidigers und des Richters, die Freigebung der Vertheidigung in allen Straffällen, die Mündlichkeit und Oeffentlichkeit der Hauptverhandlung und die Einführung ordentlicher Rechtsmittel gegen die ergangenen Urtheile gewährt werde?“

Viel helfen wird diese Anfrage freilich auch nicht. Die Fragesteller werden nur erfahren, daß die Verhandlungen über diese Angelegenheit, wie seit dreißig Jahren, noch immer „schweben.“

**Die die Zentralstelle für Arbeiter- Wohlfahrtsberathungen die soziale Frage löst.** „Auf grund der Beziehungen mit den Berliner Arbeiterkreisen“, schreibt die Zeitschrift der Zentralstelle, wurde versucht, das Interesse der Arbeiter auch auf ein anderes Gebiet zu lenken und ihnen für einen ihrem Einkommen entsprechenden Kostenaufwand die Theilnahme an edleren geistigen Genüssen zu ermöglichen. Die Bildung eines Arbeiterkomitees zu diesem Zweck ist gelungen. Mit Hilfe opferbereiter musikalischer Kräfte war es möglich, am Palmsonntag und am Eborfreitag in der Garnisonkirche die Bach'sche Matthäuspassion mit einem unerwartet günstigen Erfolge zur Aufführung zu bringen.“ Wenn nun die Berliner Arbeiter nicht zufrieden sind mit ihren Verhältnissen, dann ist ihnen überhaupt nicht zu helfen.

**Internationaler Bimetallismus.** Die englische Regierung meidet, hätte zwischen der englischen und deutschen Regierung bereits ein Meinungsaustrausch bezüglich der Münzreform stattgefunden. Die deutsche Regierung soll danach bereit sein, den Bimetallisten bedeutende Konzessionen zu machen. — Nach den gestrigen Erklärungen des Reichskanzlers im Herrenhaus, wonach zwar eine internationale Zusammenkunft stattfinden soll, die Regierung sich aber nicht auf die Doppelwährung einschreiben lassen will, scheinen diese englischen Meldungen doch der Wahrheit nicht ganz zu entsprechen.

**Die Herren Bimetallisten** können sich freuen. Die amerikanischen Silberinteressenten, die trotz der Entwerfung des Silbers über ungefähre Millionen verfügen, haben auf einer Konferenz in Salt Lake City, der alten Mormonenstadt, beschlossen, die Verfechter der Silberprägung und Doppelwährung zu „unterstützen“. Da giebt's was zu fischen und wir werden nächstens mit einem wahren Wolkenbruch von Doppelwährungs-Zeitungen, -Schriften und -Reden überflutet werden.

**Die Lösung der ungarischen Ministerkrise.** Die Ernennung des Grafen Agner von Soluchowski zum Minister des Reichens ist bereits vollzogen. Am Sonnabend soll die amtliche Veröffentlichung erfolgen. Kalnoky erhält zum Abschiede ein besonderes Zeichen des kaiserlichen Wohlwollens. Der neue Minister des Reichens ist 46 Jahre alt. Er war 1872 Botschaftsattaché in Berlin, später in Paris. Die von ihm angeführte Ernennung zum Botschafter in Paris unterblieb mit Rücksicht darauf, daß seine Gemahlin eine gebürtige Französin ist.

**Das Defizit ist todt, es lebe das Defizit!** ist die Losung in Frankreich. Kaum ist — vier Monate nach der Zeit — das Budget für das laufende Finanzjahr, mit mühsam verstopftem Defizitloch zu stande gekommen, so wird auch schon angeklagt, daß das nächste Budget ein sehr großes Defizit aufweisen werde, wenn nicht neue Steuern bewilligt würden, und der Ministerpräsident Ribot stellt sogar binnen weniger Monate ein Aulehen von anderthalb Milliarden, das heißt anderthalbtausend Millionen in Aussicht. Nun — unsere Leser sind durch die Briefe unseres „Gallus“ über die Finanzlage Frankreichs unterrichtet. Die Vongreids-Republik treibt ebenso sicher in den Staatsbankrott, wie im vorigen Jahrhundert die

absolute Feudalmonarchie. Und der Staatsbankrott ist diesmal der Bankrott der bürgerlichen Gesellschaft. —

**Der französische Ministerpräsident und die sozialistische Kammergruppe.** Man schreibt uns aus Paris unterm 14. Mai: Es kreiste der Berg und gebirg eine Maus. So könnte man mit Bezug auf die Rede sagen, die Ministerpräsident Ribot am jüngsten Sonnabend bei einem Bankett vom Stapel gelassen und die um so unbedeutender erscheint, als er schon wochenlang vorher ankündigen ließ, daß er daselbst eine „große Rede“ halten werde. Nichts von einem neuen Gesichtspunkte, nichts, was nicht unzählige Male vor ihm gesagt worden wäre, nichts, was nicht der erste beste Deschanel mindestens ebenso gut hätte vorbringen können. Und wenn der glatt-gestriegelte Deschanel dieselbe Rede hätte halten können, wie der lockige Ribot, dann versteht es sich von selbst, daß die Rede nicht ohne Ausfälle gegen die sozialistischen Abgeordneten abgehen konnte. In der That sprach er von ihrer „ebenso leeren wie gefährlichen Rhetorik“ und fragte sich, welche Projekte praktischer Reformen sie seit 18 Monaten gebracht haben und was sie zur Verbesserung der Lage der Niedrigen gethan haben. Ja, sagte er dem bei, welche praktischen und realisierbaren Reformen haben sie gebracht? In welcher Diskussion, die das Elend vermindern und den Reichtum und Wohlstand dieses Landes vermehren könnte, haben sie theilgenommen? Ich habe das Recht, sie das zu fragen.“ Und weiter: „Wir haben das Recht, diejenigen, die sich zu Richtern der Regierung ihres Landes aufwerfen, zu fragen, was sie gethan haben, was sie im Kopf und Herzen haben.“ Nun, die sozialistische Kammergruppe wird ihm die Antwort nicht schuldig bleiben, ja hat sie ihm zum theil schon darauf gegeben, daß sie ihm in einem Schreiben angezeigt, sie werde ihn über seine Rede sowohl von Gesichtspunkten der inneren wie der äußeren Politik interpellieren. Bezugsnehmend auf die angeführten Stellen heißt es in diesem Schreiben: „Auf diese von Ihnen gestellten, fast gebieterischen Fragen, auf diese Interpellation, die uns das Ministerium stellt, wie wenn die Sozialisten schon die Regierung wären, eilen wir, vor der Kammer, wie vor dem ganzen Lande die Antwort zu geben. Sie werden zwar vorbeugen, wie Sie es schon in Vorbeugung gethan, daß wir unfähig sind, etwas anderes als Phrasen zu bringen. Wir im Gegentheil behaupten, daß wir schon sehr genau bestimmte Anträge gestellt und unterstützt haben, und wir wollen ein festes Programm praktischer Reformen formulieren, die, wenn sie von den Regierenden unterstützt und von den Majoritäten angenommen würden, der unausweichlichen sozialen Revolution die Gestalt einer friedlichen und regelmäßigen Evolution geben würden.“ Wenn nun Herr Ribot diese von ihm provozierte Interpellation unangenehm wird, darf er sich nicht beklagen, denn — tu l'as voulu, no t'en plains pas!

**Crispi's Schandthaten in Porto Ercole.** (A plloo Santoro.) Als Anarchisten waren auf den Meldezetteln sehr zahlreiche junge Leute gestempelt, die gar nicht sagen konnten, was Anarchismus ist, oder nie das Wort gehört hatten, so ganze Schaaeren Tagelöhner und Landarbeiter aus der Romagna, die vom Sumpffieber zerfressen aus den Gruben, wo sie gearbeitet hatten, direkt in Ketten gelegt und hergeschickt wurden, darunter auch ein Einbeiniger, namens Santoni, ein Halb-Iddiot, namens Santarelli. Ich erinnere mich, schreibt Santoro, wie drei der als Anarchisten gestempelten Antommignoli schon in der zweiten Nacht wahnwinnig wurden und fortgeschickt werden mußten. Die sogenannten Anarchisten kamen auch äußerlich in schrecklichem Zustande an, viele waren monatelang in Untersuchungsgewächsen gehalten worden, sie hatten keine Schuhe mehr, keine ordentlichen Hemden. Ich schrieb wiederholt nach Rom um Sendung von Schuhen, Hemden und Kleider. Mein letzter dringender Brief dieses Inhaltes war vom 7. Februar d. J. (Der Brief trug die Nummer 235), und als ich wieder keine Antwort bekam, telegraphirte ich am 29. Februar. Aber alles war vergebens. Da ich mir nicht anders zu helfen wußte, beschloß ich Crispi selbst in Rom aufzusuchen, ich sandte ihm am 4. März eine schriftliche Depesche und bat ihn um eine Audienz. Er antwortete mir telegraphisch, mich den folgenden Tag bei ihm einzufinden. Er hörte ruhig alle meine Schilderungen an und versprach mir schließlich zum Geburtsstage des Königs Humberto (am 14. März) 19 Anarchisten aus Porto Ercole zu begnadigen. Er lenkte darauf das Gespräch auf den Vitteratler Lega und gab seinem Unwillen den stärksten Ausdruck, daß es zu vielen Anarchisten gelungen sei, ins Ausland zu fliehen, die von den Zwangsgesetzen nicht erreicht werden können. Das Versprechen der Begnadigung zum Geburtsstage wurde mir auf Ehrenwort von Crispi gegeben, aber die Begnadigung erfolgte nicht. Aus dieser Ursache brach in Porto Ercole der bekannte Tumult aus, der so viel von sich reden machte. Ich wurde abgesetzt und nach Rom berufen und an meine Stelle kam der Inspektor Jajotti, der gegenwärtige Direktor von Porto Ercole. In dieser Zeit war es, daß ich mich zuerst in einer Unterredung an Sie, Herr Cavallotti, mit meinen Klagen wandte. Crispi erfuhr durch seine Spione sofort davon; er ließ mich sogleich zu sich kommen und als ich meine Erklärung italienisch begann, fuhr er mich mit den Worten an: „Va dicieno, calavrisse!“ (Zu deutsch wörtlich: „Sprich Calabresisch“, das heißt: Sprich unsere sizilianische Gauner-sprache.) Ich hielt ihm dann das nicht gehaltene Ehrenwort — Versprechen der Begnadigung, vor. Und, denken Sie, er leugnete rundweg, ein solches Wort mir am 5. März gegeben zu haben. Wörtlich erwiderte er mir: „Non è vero che vai foitondo!“ (Dies letzte ist ein gemeines Wort, im Deutschen nicht wiederzugeben.) Wir trennten uns in vollem Zorn und ich erklärte ihm sofort offen, daß ich alles veröffentlichen würde.

**Das Vico Santoro, das Cavallotti gegen Crispi geschleudert, macht das ungeheuerste Aufsehen.** Es sind in demselben auch politische Altentstücke infamster Art darin, die Frankreich und Oesterreich angehen. Crispi hat von Frankreich die Auslieferung des Santoro, der in Paris weilte, wegen Diebstahls öffentlicher Staatskassen kategorisch verlangt. Heute veröffentlichten viele bürgerlichen Zeitungen Artikel mit der Ueberschrift: „Va dicieno a Calavrisse!“ (Sprich die Gaunersprache) und heben hervor, wie der herrschende Staatsmann des Landes und vielfach öffentlich erklärte Bundesfreund des Königs Humberto mit den hohen Beamten des Landes in der Sprache der abgesetzten Verbrecher und Vordellinsassen verkehrt. — Gegen Cavallotti soll in Rom ein Verleumdungsprozeß erhoben werden, den dieser in einer Zuschrift an die „Tribuna“ hochwillkommen heißt. — Als am 14. d. M. Enrico Ferri im Theater von San Benedetto vor einer Versammlung von 2000 Personen seine sozialistische Wahlrede hielt und dabei seiner Freundschaft mit dem Dichter Cavallotti erwähnte, brachten alle Anwesenden diesem lächerlichen Bekämpfer des Verbrechens, der in der Herrschaft sitzt, eine stürmische Ovation dar. Von der Beilage des „Secolo“ werden neue Ausgaben gedruckt, die vielfach vom Auslande verlangt werden. — Auch dem „Secolo“ will Crispi wegen der Veröffentlichung der Altentstücke einen Prozeß machen.

**Die Auflösung des englischen Parlaments steht jetzt in Kürze bevor.** Durch Erschwerden ist die ohnehin keine Regierungsmajorität dermaßen zusammengeschmolzen, daß sie quantitativ auch der entscheidendsten Anforderung nicht genügt, qualitativ aber ganz unbrauchbar ist. Innerhalb der liberalen Partei selbst drängt man jetzt zur Auflösung in der ganz richtigen Ueberzeugung, daß die Wahlsansichten der Regierung, die sich mehr und mehr distinktiert, je länger mit der Auflösung gewartet wird, desto schlimmer werden. Da wird der arme Rosebery wohl bald in den lauren Apfel zu beißen haben. —

**Die Streiffrage Englands mit Nicaragua ist gelöst.** Die von England geforderte und von Nicaragua zu leistende Entschädigung wurde am Donnerstag in London an die englische Regierung gezahlt. —

**Die revolutionäre Propaganda in Russland.** Ein, vom westeuropäischen Standpunkt aus betrachtet, recht eigentümlicher Prozeß, spielte sich in Odesa ab.

Gegen Ende des Monats Dezember 1894 verließ ein junger Mann namens Jschewitsch, Musiker bei dem Kosaken-Regiment Nr. 8, die Kaserne, um eine ihm bekannte Dame zu besuchen. Er wurde von ihr freundschaftlich empfangen, stahl ihr aber eine Taschenuhr und lehrte darauf in die Kaserne zurück. Den folgenden Tag entfernte er sich wieder, um eine andere Dame zu besuchen, welcher er eine Wanduhr stahl. Diesmal aber lehrte er, fürchtend, daß man ihn verfolge, nicht in die Kaserne zurück, sondern ging in die Stadt und suchte sich zu verbergen. Seine Lage war eine der denkbar unangenehmsten. Ein nicht vorhergesehener Umstand rettete ihn.

Am Eingange eines Café-Restaurants begegnete er zwei ihm völlig unbekanntem Arbeitern die ihn einluden, Thee mit ihnen zu trinken.

Er nahm es an. Sie traten darauf zusammen in das Restaurant ein, wo sie noch mehrere Arbeiter fanden, die auch Thee tranken und über Politik sprachen. Sobald sie den jungen Mann in Uniform sahen, wandten sie sich an ihn und versuchten ihm zu beweisen, daß die Soldaten nicht auf das Volk schießen dürften, daß vielmehr die Ehre und die Liebe zum Vaterland sie verpflichteten, ihre Waffen gegen die Regierung zu richten. Der Kosak spitzte die Ohren. „Wie wollen Sie aber ohne Regierung leben?“ fragte er. „Ohne Regierung wollen wir nicht leben,“ erwiderten die Arbeiter, „wir haben aber die despotische Regierung des Zaren satt. Wir wollen eine Republik wie in Frankreich.“ (Doch wohl nicht. Ann. des Verf.)

Wenn Sie das nicht verstehen, werden wir Ihnen Broschüren geben, in denen unser Ziel klar auseinandergesetzt ist.“ — „Geben Sie mir, bitte, solche Broschüren,“ sagte der Kosak. „Geben Sie mir, bitte, — da können Sie welche haben.“ Darauf verließen sie das Restaurant und begaben sich in das Lokal eines Artzels (Genossenschaft) der Maurer. Hier setzte man die militärischen Belehrungen fort. Der Soldat hört um so lieber, als er den Plan zu einer „patriotischen“ That gefaßt hat, die ihn von den Folgen seiner Diebstahle frei machen soll. Er schreibt an den Chef seines Regiments einen Brief, in dem er ihm sagt, daß er ein sozialistisches Komplott entdeckt habe und nur deshalb mehrere Tage nicht in die Kaserne gekommen sei, um die Häuten des Komplotts besser aufdecken zu können. Der Regimentschef zeigt diesen Brief dem Chef der politischen Polizei von Odesa. Die Gendarmen sind enttäuscht und glauben schon die Hand auf Bomben legen zu können.

In einer schwärzen Januarnacht 1895 umfiel ein großer Haufe von Gendarmen, Polizisten und Spionen — an drei-hundert Mann — das Haus des Artzels der Maurer. Man unterwirft alles einer schonungslosen Durchsuchung, durchwühlt alles und überall und findet sozialistische Broschüren, aber — kein Dynamit. Zwei Arbeiter, Trojime Kouschin und Paul Anikanoff werden verhaftet, und die Untersuchung beginnt.

Die zwei Angeklagten bekennen sich nicht für schuldig, sie erklären dies trotz des Zeugnisses des Kosaken. Was die sozialistischen Broschüren anbelange, so hätten sie dieselben von einem unbekanntem Mann erhalten. Die Polizei spottet über diese Aussage und läßt eine Menge Zeugen kommen. Alle, die Kouschin und Anikanoff näher oder auch nur entfernt kennen, passieren Revue vor dem geheimnisvollen Gerichtshof der politischen Polizei. Aber niemand sagt gegen sie aus. Die Zeugen, meistens Arbeiter, geben zu Protokoll, daß sie niemals irgend jemand revolutionäre Broschüren gegeben hätten.

Der Fall, welcher für die Odesaer Polizei so „glänzend“ zu sein schien, war vollständig zusammengebrochen.

Nach russischem Gesetz wird jeder, welcher verbotene Bücher oder Broschüren besitzt, mit 2 bis 3 Wochen Gefängnis bestraft. Und da der Besitz solcher Broschüren das einzige Verbrechen war, welches Kouschin und Anikanoff zur Last gelegt werden konnte, so hätten sie nach ungefähr 20 Tagen aus dem Gefängnis entlassen werden müssen. In Russland aber denkt das Gesetz und die Polizei nicht an seinen Schlussworten bestand der Staatsanwalt auf Verschärfung der Strafe.

„Man kann diesen Leuten nicht trauen“, sagte er, „sie scheinen mir fähig zu sein, ihre verbrecherische Handlung in Zukunft fortzusetzen. Als arme Arbeiter, einfache Männer interessieren sie sich für politische und soziale Fragen, was Leuten ihrer Klasse gar nicht zukommt (sic!). Man darf nie vergessen, daß ihre Art zu denken revolutionär ist.“ Der biedere Mann war aus diesen Gründen der Ansicht, daß man auf dem Verwaltungsweg Kouschin und Anikanoff, jeden zu drei Monaten Gefängnis und einem Jahr Polizeiaufsicht verurtheilen müsse. Und die Gründe waren ausschlaggebend.

In Odesa ist man über die Milde des Urtheils sehr erstaunt. Vergleichsweise ist es, obgleich ungesetzlich, doch thatsächlich milde. Die Regierung scheint die Arbeiter nicht reizen zu wollen. Was nun den Dieb Jschewitsch anbelangt, so ist er in den Dienst der politischen Polizei getreten. Es versteht sich von selbst, daß man ihn wegen seiner Diebstahle nicht beunruhigte; was aus den gestohlenen Uhren geworden ist, wissen wir nicht.

Zum Schluß müssen wir noch sagen, daß es von Kouschin und Anikanoff sehr unklug war, sich mit dem ersten besten Soldaten einzulassen.

**Ostasien.** Nach einer Depesche aus Washington hat die japanische Regierung der Vereinigten Staaten-Regierung die Beilegung der Differenzen mit Russland angezeigt. Die russische Diplomatie scheint also den Rückzug angetreten zu haben. Im übrigen meldet ein Telegramm aus Tientsin (China) vom heutigen Tag: Die chinesischen Truppen in Schan-hai-Kwan sind in offenem Aufbruch. Die Stadt wird geplündert; die Einwohner fliehen.

Das kann nicht wundern. Der letzte Krieg hat gezeigt, daß die chinesischen Soldaten den eigenen Landsleuten gefährlicher sind als den Feinden. —

**Die Lage in Cuba.** Nachdem die spanische Regierung sich seit Monaten alle ertösenden Mühe gegeben hatte, den Aufstand als eine Bagatelle und den baldigen Sieg der Regierungstruppen als etwas Selbstverständliches hinzustellen, wird jetzt auf einmal der Ernst der Lage zwar nicht direkt, aber indirekt angegeben durch die amtlichen Nachrichten, daß neue Verstärkungen, darunter 1500 Mann Kavallerie, nach Cuba geschickt werden. Die Aufständischen, die viel Keiterei haben, müssen in letzter Zeit bedeutende Erfolge gehabt, und Marschall Martinez Campos muß seine Streitkräfte für ungenügend erkannt haben, — sonst wäre dieser Entschluß der spanischen Regierung unerklärlich.

Wir folgten gleich zu Anfang, das Schicksal des cubanischen Aufstandes hänge von der Haltung der Vereinigten Staaten ab. Ist nun auch die Regierung in Washington dem Verlangen des Repräsentantenhauses, — des Volkshauses, des Kongresses — die Anerkennung der Aufständischen als „kriegsfähige Macht“ zu erwirken, noch nicht nachgekommen, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß die Aufständischen aus den Vereinigten Staaten materielle Unterstützung in reichem Maße erhalten und daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten ihnen immer günstiger wird. Spricht der Kongreß der Vereinigten Staaten zum zweiten Male, so fällt die Perle der Antillen aus der spanischen Krone.

Jetzt werden aus Cuba wieder Sieges-Nachrichten von der spanischen Regierung verbreitet. Doch sollen bis spanischen Truppen erhebliche Verluste erlitten haben. Nach einem amtlichen Telegramm aus Havanna schlugen die Regierungstruppen in der Umgebung von Guantanamo die Banden

unter den beiden Brüdern Maceo kämpfenden Aufständischen. Die vereinigten Aufständischen hatten 47 Tode und zahlreiche Verwundete. Von den Truppen der Regierung fiel Oberlieutenant Bofch, mehrere Mann erlitten Verwundungen.

Nach in Madrid eingegangenen amtlichen Depeschen aus Kuba über den Kampf bei Jovita, 10 Kilometer von Guantanamo, hat derselbe von fünf Uhr morgens bis drei Uhr nachmittags gedauert. Von den Regierungstruppen fielen Oberlieutenant Bofch, ein Hauptmann, zwei Leutenants und 11 Mann, 31 Mann wurden verwundet. Dem Vernehmen nach sind von den Aufständischen die Häuptlinge Zubela und Maceito getödtet und Periquito, Perez und Cartagena verwundet worden. Die Aufständischen sollen sich zurückgezogen haben.

## Parteinachrichten.

**Sächsische Landtagskandidaturen.** Für den 2. und 4. sächsischen Wahlkreis sind von einer Leipziger Parteiversammlung wieder die Parteigenossen Paul Kemann und Karl Pinkau als Kandidaten aufgestellt worden. Letzterer gehörte ebenfalls dem Landtag schon an.

In Dresden ist für den Bezirk Johannstadt der Buchdruckermeister Schönefeld und für den Bezirk Friedrichstadt der Kreisankläger-Vorsitzer Julius Frähdorf aufgestellt.

**Deutsche Gefängniszustände.** In Erfurt erlaubt der erste Staatsanwalt Lorenz den sozialdemokratischen Redakteuren seine eigene Lektüre. Nur die Bibel und das „Evangelische Sonntagblatt“ dürfen sie lesen. Weiter müssen sie, wie die wegen krimineller Vergehen verurtheilten Körperliche Arbeit verrichten, wobei auf ihren Bildungsgang keine Rücksicht genommen wird. So wurde der Redakteur Hülle mit dem Nähen von Hosenträgerstrippen beschäftigt, während der Redakteur Gildenberg vorigen Sommer zuerst in der Zollsächsen-Fabrik (Parade), dann in der Korbmacherei „ausgebildet“ wurde. In diesem Winter sollte Gildenberg wahrscheinlich ein neues „Handwerk“ lernen, denn die erste Zeit wurde er mit Binden von Blumenbouquets beschäftigt. Doch bei dieser Arbeit blieb er nicht lange, denn als seine Verletzung nach einem anderen Stockwerke erfolgte, bat er zur Schonung seiner Augen um seine frühere Beschäftigung als „Korbmacher“. Diese Bitte wurde ihm vom Inspektor gewährt. Aber auch bei der Korbmacherei hatte Gildenberg stark zu leiden und zwar durch den Mangel an Licht in seiner Zelle. Die Fenster der Einzelzellen sind nicht allein mit undurchsichtigem Glase versehen, sondern es befindet sich außerdem derselben noch eine grünlich-weiße fingerdicke Glasjalouise. Infolge dessen ist es im Winter meist nur von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags eingemachtem hell in der Zelle. Der Redakteur Gildenberg mußte wegen Augenleidens bald nach seiner Entlassung ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, und da wurde ihm denn erklärt, daß der Aufenthalt im Gefängnis Einwirkung auf sein Augenlicht gehabt habe.

Die üble Behandlung der politischen Gefangenen in Deutschland zeigt, wie tief das deutsche Reich noch hinter anderen Ländern zurücksteht. Anderswo wird dem politischen Gefangenen alle mögliche Rücksicht gewidmet, im Deutschen Reich behandelt man ihn nicht viel besser als einen Straftäter.

**Die abermalige Verhöhnung an der Bezirkstags-Wahl im Nordlanten Straßburg i. G.** über die in Nr. 108 des „Vorwärts“ ein Parteigenosse seinen Tadel geäußert hatte, wird in einer Zuschrift des Parteigenossen W. Böhle in Straßburg wie folgt begründet:

Uns Straßburger Genossen war es nach der letzten Reichstags-Wahl klar, daß wir in Zukunft alle Kräfte aufbieten müßten, um das zu erhalten, was wir errungen haben. Wir haben hier nicht etwa eine Wählerchaft, die über ihre Interessen klar ist, sondern einen großen Haufen, der nicht recht weiß, was er will; dabei ist uns jede Agitation außer den Wahlzeiten fast gänzlich unmöglich gemacht. Sobald wir ein Vokal zu öffentlichen Versammlungen haben, kommt die Polizei und verbietet die Versammlungen aus „hauspolizeilichen“ Rücksichten. Die Wahlzeiten müssen wir deshalb zur Agitation ausnützen, umso mehr, da unter einem großen Theil der hiesigen Arbeiter noch die Ansicht herrscht, die soz. freisinnige „Bürger-Zeitung“ vertrete unseren Standpunkt. Es ist klar, daß diese Auffassung zu nichte gemacht werden muß, und das können wir eben nur durch Flugblätter thun, weshalb die 60 M., die uns der zweite Wahlgang geliefert hat, nicht zum Fenster hinaus geworfen waren. Für uns ist die sogenannte freisinnige Partei genau so viel werth, wie die Regierungen- und liberale Partei; wir bekämpfen sie alle drei bis aufs äußerste. Die sogenannte freisinnige Partei hält die gleiche Taktik wie die übrigen Parteien inne; ihre Versammlungen werden auch hinter verschlossenen Thüren abgehalten und erdreistet sich ein Sozialdemokrat hineinzugehen, so wird er ganz einfach an die frische Luft gesetzt. Gelegentlich der Reichstagswahl im Wahlkreis Erfurt - Rodheim schrieb die sogenannte freisinnige „Bürger-Zeitung“: Die haben keine Ursache die Sozialdemokratie zu unterstützen, wir bekämpfen sie. Und vor noch nicht allzu langer Zeit schrieb dasselbe Blatt, es sei in Deutschland traurig bestellt, sonst könnten im Reichstage nicht keine Winkelräuber und sozialistische Schiffstöße vorhanden sein. Weiter: Bei den letzten Reichstagswahlen ist der freisinnige Bürgerverein für den national-liberalen Dr. Petri eingetreten, und bei der Reichstagswahl im Nordlanten schlossen die Herren ein Bündnis mit den Liberalen. Da hätte es gewiß nicht schön ausgesehen, wenn die Sozialdemokratie im Bunde als dritte erschienen wäre. Durch unsere Taktik nun wird erstens die liberale Partei ausgedient, wofür die Wahl im Nordlanten der beste Beweis ist. Betrachten wir den Vorort Ruprechtshausen: Früher war er die Hochburg der Liberalen, heute ist er die Hochburg der Sozialdemokratie. Zweitens ist unsere Taktik darauf berechnet, eine feste Partei zu schaffen; dazu ist nöthig, daß die Arbeiter den Unterschied zwischen „Freisinn“ und Sozialdemokratie kennen lernen. Haben wir erst eine feste geschlossene Partei, so können wir auch auf weitere Siege hoffen. Die sogenannte freisinnige „Bürger-Ztg.“, sowie deren Partei dagegen gehen darauf aus, die hiesige sozialdemokratische Partei zu zersprengen; jede Kleinigkeit, die bei uns passiert, wird mächtig aufgebauscht; wenn es aus Eitgen und Verleumdungen geht, dann sieht die „Bürger-Ztg.“ eben an. Mit unseren Gegnern haben wir also durchweg nichts gemein. Wir gehen unsere eigenen Wege; wer für uns stimmen will, ist uns willkommen. Der hiesigen Regierung endlich wollen wir kein Jüderbrot verabreichen, — und Jüderbrot wäre der sogenannte „freisinnige“ Kandidat gewesen — sondern Sauerampfer. Drei Viertel der hiesigen Genossen billigen diese Taktik, ein Viertel nicht. Im übrigen sind die Straßburger Genossen die letzten, die sich von einer Person leithammeln ließen.

**In Griechenland** ist die jüngste Wahlbewegung nicht ohne Nutzen für den Sozialismus geblieben insofern, als der Ausbruch der Wahl, bei der es noch nicht glückte, einen sozialistischen Kandidaten in die Kammer zu entsenden, zu der Ueberzeugung geführt hat, daß die jetzt noch zersplitterten sozialistischen Elemente Griechenlands planvoll organisiert werden müssen, wenn positiver Erfolge erreicht werden sollen. Zu diesem Zwecke ist in Athen ein Verband errichtet worden, der den Namen „Kosmos“ führt und eine eigene Zeitung herausgibt, die denselben Namen trägt. Der Verband erhebt von seinen Mitgliedern 20 Lepta (20 Pf.) wöchentliche Steuer und hält aller 14 Tage eine Sitzung ab. Das Programm der neuen Organisation enthält folgende Punkte: 1. Die menschliche Gesellschaft muß auf der Liebe begründet sein. 2. Damit sie auf der Liebe begründet wird, muß der menschliche Konkurrenzkampf aufhören. 3. Damit dieser Kampf aufhört, müssen alle das gleiche Interesse haben. 4. Damit

alle das gleiche Interesse haben und damit die allgemeine und allseitige Liebe in Herrschaft tritt, aus der allein der Fortschritt zu erwarten ist, muß die Herrschaft des Kapitals aufgehoben werden. 6. Damit die Herrschaft des Kapitals beseitigt wird, muß alles Privateigentum, überhaupt alle Reichtum erzeugenden Mittel, der Erdboden, alles, was auf und unter dem Erdboden ist, zum Gemeintheigentum aller Mitglieder der Gesellschaft erklärt werden. 7. Damit diese neue Gesellschaftsordnung auf den Trümmern der Kapitalherrschaft errichtet und begründet werde, muß sie die Sittlichkeit übernehmen, daß jede Person ihren gesicherten Lebensunterhalt, Kleidung und Obdach erhält, daß sie jedes Kind, das in die Welt kommt, annehmen, nähren, aufziehen und unterrichten will. 8. Sie muß die Sittlichkeit leisten, daß die Freiheit der Person, des Wortes und des Gewissens unverletzt ist. 9. Daß sie jegliche Körperstrafe aufheben wird. 10. Daß sie an Stelle von Krankenhäusern Gesundheitshäuser errichten, den Menschen statt Almosen Rechte gewähren und anstatt Lüge die Wahrheit lehren will. Als Entgelt dafür wird jede Person, gleichsam als einen Kaufmann zu diesem Bauwerke, ihre persönliche und freiwillige Arbeitsleistung nach ihrer Neigung und Befähigung thun, welche Arbeitsleistung sich zu jener Umficht aufschwümg, die die ganze Gesellschaftsordnung leitet, deren hauptsächlichstes und grundlegendes Fundament sie sein muß.“

Nach unserer Ansicht trägt dieses Programm etwas stark das Gepräge des Gefühlsozialismus. Diese Erkenntnis wird aber den griechischen Parteigenossen bei längerem praktischem Studium der sozialen Frage wohl ganz von selbst kommen.

**Totenliste der Partei.** Im Dresdener Vorort Striesen ist der Steinmetz Gustav Scheinpfug, der vor und unter dem Sozialistengesetz mit größter Anspornung für unsere Partei gewirkt hat, aus dem Leben geschieden.

### Vollzichtiges, Gerichtliches etc.

— Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Breslau der Redakteur der „Volkswacht“, Emil Neukirch, zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

— Mißlungene Anklagen. Der Redakteur Hülle aus Erfurt sollte durch eine in der Apoldaer „Freien Presse“ veröffentlichte Schilderung eines Transports der Weimarer Sanitätskolonne vom Roten Kreuz diese Korporation wissenschaftlich beleidigt haben, obwohl er die ihm von dieser zugesandte Berichtigung anstandslos ausgenommen hatte. Da er nachweisen konnte, daß er bei der Veröffentlichung alle geforderte Sorgfalt beobachtet hatte, beantragte in der Verhandlung vor dem Weimarer Landgericht der Staatsanwalt selbst die Freisprechung, worauf der Gerichtshof denn auch erkannte. Damit ist die letzte Anklage erledigt, die gegen Hülle schwebte, und er wird nun endlich am 2. September aus dem Gefängnis, wo er sich gegenwärtig befindet, zu seinem Weib und seinen Freunden zurückkehren können.

In Würzburg sollten die Redakteure der „Unterfränkischen Volksblätter“, Albrecht Hülle und Albert Galen, sowie der Pater Johann Fersch den Magistrat beleidigt haben. Das Landgericht setzte sie außer Verfolgung und legte die Kosten der Staatskasse auf. In Halle a. S. hatte der Rechtsanwalt Buchsland im Auftrage des dortigen Dienstvermittlungsbüros für landliches Gesinde Klage gegen den Redakteur des „Volksblatts“, Schneckenburger, angestrengt, weil dieser eine von ihm eingefandte Berichtigung nicht ausgenommen hatte. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung, u. a. deswegen, weil die Berichtigung Beleidigung mehrerer Anechte, also strafbares enthielt. Endlich wurden vom Harburger Schöffengericht die Parteigenossen Müller, Dörge, Fischfeld, Thiel, Rauffmann und Martens freigesprochen, die nach der Ansicht des Amtsanwalts sich dadurch straffällig gemacht haben sollten, daß sie eine für Kinder veranstaltete Weihnachtsbescherung nicht angemeldet hatten, obwohl in dieser „Versammlung“ öffentliche Angelegenheiten erörtert worden wären. Das Gericht stellte fest, daß der öffentliche Charakter, den die „Versammlung“ gehabt haben solle, nicht erwiesen sei.

— Ueber die Beschlagnahme der „Maiser“-Zeitung in Frankfurt a. M. wird die dortige Strafkammer am 29. Mai verhandeln.

— 20 M. Strafe soll in Dortmund der Parteigenosse Schulz berappen, weil er ein Maifest-Flugblatt „von Haus zu Haus“ verbreitet habe. Wenn er's in den Wohnungen selbst abgegeben hat, wird die nächste Instanz ihn freisprechen müssen.

— In Halle a. S. nahm die Polizei bei den Parteigenossen Groffe und Schmidt eine Hausdurchsuchung nach verbotenen Schriften vor. Das Resultat war 0.

— Ein Urteil des Chemnitzer Landgerichts, wonach die Parteigenossen Polleander aus Leipzig, Rosenow aus Chemnitz und Krahl aus Burgstädt Gefängnisstrafen verbüßen müssen, ist jetzt rechtskräftig, da das Reichsgericht die Revision der Urtheile verworfen hat.

— In dem ungarischen Orte Miskolc suchte die Polizei im Lokal des Arbeitervereins nach Material, um dieser vermuthlich recht tüchtigen Organisation etwas an Zeug zu fügen. Sie fand einige sozialistische Flugblätter, die — man erschrecke nicht! — auf die bestimmte Spur einer projektierten sozialistischen Bewegung hinweisen. Es begreift sich sonach, daß die heilige Hermandad ungarischer Kouture nun den Vorstehenden des Vereins, sowie einige andere Vorstandsmitglieder verhaften und die weitere Thätigkeit des unfähig geführten Vereins „stören“ mußte. Die Stephanstrone hätte ja sonst aus dem Reifen springen können.

## Soziale Uebersicht.

Ueber eine neue Vernunftkrankheit wird aus Wien gemeldet: Eine eigenthümliche Krankheitserscheinung, die oft wochenlang anhaltende Lähmung des Daumens bei Pferdebahnkutschern, ist kürzlich von dem Oberarzt des allgemeinen Wiener Krankenhauses zur Sprache gebracht worden. Sonderbar ist der Umstand, daß diese Lähmungen vorzugsweise bei solchen Kutschern auftreten, die asphaltirte Straßenstreifen befahren. Man hat daraus den Schluss gezogen, daß die Ursache der Krankheit in der Ueberanstrengung der Hand liegt, weil der Kutscher auf asphaltirten Straßen durch Straßhalten der Zügel die Pferde mit besonderem Kraftaufwand vor dem Fallen bewahren muß.

Im Kanton Bern sind bei der Volksabstimmung über das neue Impfgesetz 7000 Stimmen gegen und nur 4000 Stimmen für dies Gesetz abgegeben worden. Damit ist auch der theilweise Impfwang gefallen, den der Kantonsrath nach Abschaffung des allgemeinen Zwanges in der Weise geplant hatte, daß die Vorsteher von Erziehungs-, Kranken-, Armen-, Arbeits- und Strafanstalten bei Ausbruch der Mattern das Recht haben sollten, sämtliche Insassen der Anstalten impfen zu lassen.

## Gewerkschaftliches.

**Posaentiere.** Die Arbeitseinstellung bei der Firma Th. Vogler in Berlin ist durch Vermittelung beigelegt, indem sämtliche Arbeiter wieder eingestellt sind.

Der Vertrauensmann. Die Dachdecker in Bielefeld haben ihren Streik siegreich beendet. Die Meister bewilligten die zehnstündige Arbeitszeit und 0,38 M. Stundenlohn für Gesellen, 0,28 M. für die Hilfsarbeiter. Die Dachdecker in Dortmund dagegen nehen noch im Streik, weshalb der Zugang nach wie vor streng ferngehalten ist.

Sämtliche Zementbrenner der Portlandement-Fabrik von Eugen Lyon u. Co. in Lägerdorf haben am 14. Mai

die Arbeit eingestellt. Die Streikursache ist folgende: Seit dem 1. Mai d. J. erhalten die Zementbrenner der Breitenburger Fabrik pro Tag 3,25 M. und freies Trinken, während die reiche Firma Lyon u. Co. nur 3 M. ohne Trinken zahlt. Infolge der unbefriedigenden Höhe an den Patentlösen müssen die Arbeiter 50 Pf. bis 1 M. täglich allein für Braumbier verbrauchen. Mit dem verbleibenden Rest sollen sie ihre Familie ernähren. Da dies unmöglich ist, so wurde die Tagelohnvorstellung und verlangte gleichen Lohn mit den Breitenburger Brennern und weites Lohn-erhöhung, sofern auf anderen Fabriken mehr als 3,25 M. und freies Trinken gewährt werde. Die Nachtschicht erklärte sich mit der Tagelohnvorstellung, und da man nicht glaubte, bewilligen zu können, zogen sämtliche Brenner ab. Am 15. Mai wurde ihnen der Bescheid, daß die Hamburger Verwaltung die Bewilligung der Forderungen telegraphisch abgelehnt habe. Die Dessen rauchen, aber sie sind festgebrannt, weil die Bedienung fehlt. Viele Arbeiter feiern, weil sie nicht weiter arbeiten können. Die Ausständigen erlassen folgenden Aufruf: Arbeiter! Parteigenossen! Helft den Streikenden ihr Loos erleichtern, bedenkt, daß fast alle Brenner verheirathet und Familienväter sind, bedenkt, daß ein weiterer großer Theil von Arbeitern gezwungen ist, mitzufahren. Unterstützungsgelder bitten wir an Wilhelm Siebenhaar-Rethwisch bei Lägerdorf in Holslein, Briefe an Arthur v. Schubert bei Erdmann, Rethwisch, zu senden. Zugang ist streng ferngehalten.

Zugang ist ferngehalten von Porzellanarbeitern nach Altwasser (Riesch u. Co.), Albersweiler, Berlin (Waler), Frankfurt a. O. (Th. Paetsch), Begeack. Von Tischlern nach Amstordam, Konstanz und Bern in der Schweiz (Firma Marzili); von Bildhauern und Kehlern nach Lauterberg (Gilleff).

Aus Walenburg (Schlesien) berichtet die „Leipziger Volkszeitung“: Nachdem die Forderungen der ausständigen Porzellanarbeiter abgelehnt worden sind, haben dreihundert Arbeiter die Stadt verlassen.

In Dresden-Löbtau haben auf dem Neubau von Töhmel in der Poststraße 28 Maurer die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen 40 Pf. Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit. Auf mehreren anderen Bauten wurden die Forderungen bereits bewilligt.

Ein Gewerkschaftskartell haben auch die Arbeiter R a u m b u r g s errichtet.

In Nürnberg sind außer den Maurern und Steinhamern auch die Zimmerer in den Ausstand getreten. — Die ausständigen Köpfer der Firma Kittler u. Co. sind sämtlich anderweit untergebracht, weshalb der Streik für beendet erklärt wurde. Zugang soll jedoch noch streng ferngehalten werden, bis die Firma nachgegeben hat.

Selbst einige sächsische Gerichte haben nicht vermoht, das von den Polizeibehörden gegen den Textilarbeiter-Verband beliebte Verfahren der Ausföhrung seiner nach Ansicht der Polizei vorhanden gewesenen „Verwaltungsstellen“ zu billigen, die thatsächlich fast immer nur in einem Vertrauensmann bestanden. Nur für einen Theil der Ortschaften, wo der Amtshauptmann Kumpelt aus Chemnitz Zustellen des Verbandes „aufgelöst“ hatte, vermochten die Gerichte solche „festzustellen“. Nachdem bei den schöffengerichtlichen Urtheilen meist Verurtheilungen eingetreten waren, ist vor den Strafkammern zu Chemnitz und Zwickau eine etwas günstige Auffassung zum Durchbruch gekommen, und das Oberlandesgericht zu Dresden ist der Auffassung der Strafkammer zu Chemnitz beigetreten, die sich mit derjenigen der Zwickauer Strafkammer im ganzen deckt. Danach ist der Textilarbeiterverband zwar als „politischer“ Verein anzusehen, und ihm also die Gliederung in Zweigvereine verboten, die Zahlstellen aber seien als solche Zweigvereine zu betrachten. Die Merkmale eines Zweigvereines seien aber nicht schon darin zu finden, daß für die örtliche Niederlassung des Verbandes ein Vertrauensmann zur Einammlung der Beiträge, Entgegennahme von Anmeldungen, Ausgabe der Verbandsakzidenzen, Führung des Schriftwechsels mit dem Verbandsvorstande besteht. Vielmehr schließe eine solche Thätigkeit geradezu die Annahme eines Zweigvereins aus, sobald der Vertrauensmann lediglich als Zwischenperson, als Bevollmächtigter des Verbandsvorstandes handele. Es müsse, um einen Zweigverein feststellen zu können, ein engerer Zusammenschluß der Mitglieder des Ortes unter einer Leitung, also eine selbständige Thätigkeit des Vertrauensmannes zu erkennen sein. Einen solchen engeren Zusammenschluß der Mitglieder hat das Zwickauer Gericht a. B. noch nicht darin gesehen, daß die Mitglieder zur Wahl eines Vertrauensmannes zusammengekommen waren, während das Chemnitzer Gericht eine selbständige örtliche Thätigkeit darin fand, daß ein bestimmter Bruchtheil der Beiträge am Orte zur selbständigen Verwendung zurückbehalten worden war. Im ganzen wurden von zusammen 22 Angeklagten 7 verurtheilt. Das ist, sagt die „Frankfurter Zeitung“, ein bescheidener Erfolg der Polizei. Der Verband hat sich schon im April oder Mai vorigen Jahres, also bevor er noch durch die Gerichte über die Leuchtkraft des sächsischen „Juwels“ belehrt worden war, genau so eingerichtet, wie es nunmehr gerichtlich für zulässig erklärt worden ist. Er hat nur vier örtliche Niederlassungen eingebüßt, sechzehn neue mit mehr als 900 Mitgliedern sind in Sachsen hinzugekommen. Der Erfolg ist also auf der Seite der Versfolgten!

Die Ziegelwerke in Niederösterreich werden jetzt von den Behörden daraufhin inspiziert, ob die Arbeiterwohnungen den sanitären Forderungen entsprechen. Die Protokolle darüber werden sofort der Statthalterei zugesandt, die einerseits auf Grund derselben die Durchführung der für notwendig erachteten Maßnahmen den Unternehmern auftragen, andererseits das gesammte Material dem Ministerium des Innern zur Vorlegung im Abgeordnetenhaus übermitteln wird. — Im Anschluß hieran sei bemerkt, daß auf dem Ziegelwerke am Wienerberge die Direktion bereits wieder begonnen hat, die Arbeitszeit über das nach beendeten Streik den Arbeitern bewilligte und sogar über das gesetzliche Maß von 11 Stunden hinaus auszudehnen. Man beginnt bei den Italienern, als den gefähigsten Elementen unter den Arbeitern, und diese arbeiten in mehreren Werken bereits 12 bis 18 Stunden. Es sind deshalb schon Streitigkeiten und sogar Schlägereien vorgekommen, die Betriebsleitungen protegieren die Ueberarbeit der Italiener schon ganz offenkundig.

In Lemberg sind wegen des Tumults zwischen den dortigen Erdarbeitern und den Majoren sieben Arbeiter zu je 14 Tagen Arrestes verurtheilt worden. Ein gewisser Zelazkiewicz, der bei dieser Gelegenheit von einem zeitenscheinenden Reporter zu einem der „rührigsten Sozialistenführer“ Lembergs gemacht wird, wurde nachträglich verhaftet, weil er zu den Tumulten aufgereizt haben soll.

## Gerichts-Beitrag.

Die Reitsperrische im Amtsbureau des Herrn v. Basse. Auf hochdramatischem Gebiete bewegte sich ein Beleidigungsprozess, welcher gestern die vierte Strafkammer am Landgericht II. unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Magagnus beschäftigte. Die Witwe des verstorbenen Staatsanwalts a. D. Dr. Eckert aus Erlner stand vor den Schranken. Sie war vom Schöffengericht in Altdorferberg wegen Beleidigung des Amtsvorstehers von Basse in Erlner zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt worden, gegen welches Urtheil sie ebenso wie die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hatte. (Ann. d. Verf.: Amtsvorst. v. B. ist der Amtsvorsteher, welchem Gerhard Hauptmann durch seinen „Wiberpelz“ ein Denkmal gesetzt hat!) Der vom Referenten

vorgetragene, von der ersten Instanz festgestellte Thatbestand deckt sich vollkommen mit den eigenen Angaben der Angeklagten, welche sich aber vom Gerichtshof die Erlaubnis erbittet, auch die Motive ihrer Handlungen vorzutragen zu dürfen, was ihr gestattet wird. Danach ist der Thatbestand folgender: Staatsanwalt Dr. Eckert mußte sich eines unheilbaren Leidens halber pensioniren lassen und zog sich mit seiner Gattin und seiner Pension nach Erlner zurück. Nach der Behauptung der Angeklagten soll ihr Mann sehr bald zu der Ueberzeugung gekommen sein — und sie habe diese Ueberzeugung theilen müssen — daß der Herr v. Basse kein geeigneter Umgang für sie sei. Das scheint Herr v. B. verdrossen zu haben und von Stunde an hätte der Amtsvorsteher sie und ihren Gatten hikanirt. Wie das in der guten Gesellschaft üblich sei, hätten sie beide stolz über alle die Kleinlichkeiten hinweggesehen. Ihr Gatte habe sich stets mit Selbstmordgedanken getragen, nur aus Rücksicht auf sie habe er die That immer wieder hinausgeschoben, am 26. September v. J. habe er aber doch seine düsteren Anhebungen wahr gemacht, der Gatte vergiftete sich zuerst und erschloß sich darauf. Schon am Tage darauf habe sie erfahren, daß der Amtsvorsteher selbst dafür Sorge trug, daß die Todesursache nicht geheim blieb, indem er es den Leuten auf der Straße zurief: „Dr. Eckert hat sich vergiftet und erschossen, so weit hat ihn die Frau getrieben!“ Sie habe sich darauf zum Amtsbureau begeben und sich bei Herrn v. Basse melden lassen; sie sei nach dessen Sprechzimmer geführt worden, doch habe Herr v. B. sofort seinen Amtsekretär hinzugerufen. Sie habe nun gefragt: „Herr Amtsvorsteher, hatten Sie amtlich an der Leiche meines Mannes zu thun?“ — „Ja!“ hätte er erwidert, worauf sie weiter sagte: „Hat Ihnen jemand aus unserem Hause die Ermächtigung gegeben, die Todesursache meines Gatten, die amtlich zu Ihrer Kenntniß gelangt war, auf der Straße auszusprechen?“ — „Darüber habe ich Ihnen keine Auskunft zu geben!“ — habe die Antwort gelaufen. Darauf habe sie die mitgebrachte Reitsperrische aus der Papierhülle gezogen, dieselbe vor das Gesicht des Amtsvorstehers gehalten und gesagt: „Hätten Sie sich, so rücht ich eine in ihrer Ehre beleidigte Frau!“ Der Amtsvorsteher sei ängstlich auf seinen Sessel gefallen und habe zwei kleine Schreiberjünglinge zu Hilfe gerufen mit den Worten: „Zu Hilfe, meine Herren, Sie sehen, ich werde bedroht!“ und zu ihr selbst habe er nur geschrien: „Hinaus, hinaus aus dem Zimmer!“ Sie sei auf der Stelle gegangen, habe aber dabei gesagt: „Hätten Sie sich, wenn wir uns einmal allein begegnen!“ Auf der Schwelle habe sie sich noch einmal umgedreht und ihm zugerufen: „Sie glauben wohl, daß Sie es mit mir so machen können, wie mit den Alten Rasche!“, womit sie habe auf die Thatsache anspielen wollen, daß Herr v. Basse aus den Alten des im Orte hohnhaftesten Landwirths und Polizeileutnants a. D. Rasche die unerheblichen Vorstrafen an Zivilpersonen ausgeplaudert habe. Soweit die Darstellung der Angeklagten. Die Anklage hat ursprünglich auch auf Hausfriedensbruch gelaufen, in diesem Punkte hatte das Schöffengericht jedoch auf Freisprechung erkannt. Zu der gestrigen Verhandlung war amtlich nur der Amtsekretär Müller geladen, welcher nicht allein den beleidigenden Inhalt des Gesprächs zwischen Frau Dr. Eckert und seinem Chef betunde, sondern auch die Sache so darzustellen versuchte, als ob ein Hausfriedensbruch vorliege, womit er sich aber mit seiner Aussage vor dem Schöffengericht in direkten Widerspruch setzte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Jores, hatte nun aber einen Zeugen, den früheren Kassenrevisor Jacoby, laden lassen, mit dessen Hilfe Frau Dr. Eckert beweisen wollte, daß der Amtsvorsteher selbst den Bericht über den Selbstmord ihres Gatten für die „Alt-Landsberger-Zeitung“ veranlaßt, und entweder diktiert oder doch inspirirt habe. Dieser Beweis gelang, und der Amtsekretär Müller gab zwar zu, die zu seiner amtlichen Kenntniß gelangenden wichtigen Vorkommnisse an verschiedene Blätter gegen Entgelt zu berichten, aber speziell diesen Fall wollte er nicht berichtet haben. Die Befundungen des Zeugen Jacoby frischen jedoch sein Gedächtniß so weit auf, daß er sich sogar zu erinnern vermochte, daß er den Bericht dem Amtsvorsteher vorgelesen habe. Der Staatsanwalt ließ den Hausfriedensbruch ebenfalls dahin gestellt sein, bezüglich der Beleidigung war er jedoch der Ansicht, daß dieselbe weit über die Wahrnehmung berechtigter Interessen hinausgehe und so schwer sei, daß mindestens auf hundert Mark Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis erlaut werden müsse. Der Verteidiger Dr. Jores plädirte auf Freisprechung mit dem Hinweis, daß die Angeklagte durch die jahrelange Pflege eines schwerleidenden Gatten hochgradig nervös geworden, durch das schreckliche Ereigniß ungemein aufgeregt, durch das mindestens eigenthümliche Verhalten des Amtsvorstehers im höchsten Grade gereizt, in einen Zustand der Erregung gerathen sei, der ihre freie Willensbestimmung momentan anschlöß. Der Gerichtshof war aber der Ansicht, daß die Angeklagte mit voller Einsicht, im vollen Bewußtsein der Art und Weise ihres Auftretens gehandelt habe, denn dafür spreche ihre genaue Erinnerung an alle Details des Vorganges. Die große Aufregung müsse ihr einerseits zu gute gehalten werden, andererseits komme in Betracht, daß die dem Amtsvorsteher zugefügte Beleidigung eine unerhörte sei und die Angeklagte eine Form wählte, welche nicht üblich ist in den Kreisen, in denen sie sich bewegt. Der Gerichtshof habe daher erkannt, daß beide Berufungen zu verwerfen seien und die eine Hälfte der Kosten der zweiten Instanz die Angeklagte, die andere Hälfte die Staatskasse zu tragen habe.

## Deveschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Prag, 16. Mai. Nach dem heute Abend anlässlich des Johannisfestes abgebrannten Feuerwerk durchzog eine tausendköpfige Menge unter Abfingen eines geächteten Agitationsliedes die Straßen. Sie machte vor dem böhmischen Nationaltheater mit Slava-Rufen halt, desgleichen mit Percat-Rufen vor der Polizeidirektion. Die Polizei zerstreute die Menge, welche sich darauf vor dem deutschen Kasino wiederum sammelte und Percat-Rufe ausbrachte. Abermals von der Polizei zerstreut, zog die Menge vor den Staatsbahnhof, woselbst eine Fensterscheibe durch einen Steinwurf zertrümmert wurde. Es wurde eine Verhaftung vorgenommen.

Paris, 16. Mai. Die Kammer beschloß auf Antrag des Ministerpräsidenten Ribot mit 254 gegen 192 Stimmen die Verurtheilung der Interpellation der Sozialisten über die am Sonnabend von Ribot in Bordeaux gehaltene Rede auf einen Monat zu verlagern.

(Deveschen-Bureau Herald.)

München, 17. Mai. Eine vom Professor Dr. Quide unterzeichnete Einladung fordert zur Teilnahme an einer kommerziellen Volksversammlung auf, welche am Sonnabend auf dem Keller des bürgerlichen Branntweins anlässlich der Verwerfung der Umsturzvorlage stattfinden soll.

Meran, 17. Mai. Das hiesige städtische Sicherheits-Wachkorps trat heute in den Ausstand ein. Die Beamten verlangten zwölfstündige Dienstzeit und zwölfstündige Pause statt der bisherigen vierundzwanzigstündigen Dienstzeit mit zwölfstündiger Pause.

Prag, 17. Mai. Nach Schluß des auf der Schützeninsel abgehaltenen Johannisfestes, welchem mehrere tausend Menschen beigewohnt hatten, kam es in den Hauptstraßen zu großen Tumulten. Vor dem Polizeidirektions-Gebäude und dem deutschen Kasino wurde geohlt, gepöfien und Percat geschrien und die einschreitende Wache verhöhnt und mit Steinen beworfen. Erst um 11 Uhr nachts wurde die Ruhe wieder hergestellt.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

95. Sitzung vom 17. Mai. 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf von Posadowsky, v. Hammerstein, v. Bötticher.

Aus Anlaß der Beschlußfähigkeit des Reichstages erklärt der Präsident v. Nolde, daß er in Zukunft nur mit ganz dringenden Gründen versuchte Urlaubsgesuche bewilligen und dem Hause zur Bewilligung empfehlen werde. Im übrigen bitte er die Mitglieder des Reichstages, ihre Privatgeschäfte denen des Reichstages unterzuordnen. (Zustimmung.)

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Novelle zum Zuckersteuer-Gesetz, wonach die Zuckerausfuhr-Prämien bis zum 31. Juli 1897 in ihrer jetzigen Höhe erhalten bleiben sollen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Den Zweck des vorliegenden Gesetzentwurfs kann man kurz bezeichnen mit dem Grundsatze: no reformatio in peius (keine Veränderung zum schlechteren). Wir wollen mit Rücksicht auf die ungünstige Lage der Zuckerindustrie und der rübenbauenden Gegenden, die an sich schon ungünstige Lage nicht noch mehr verschlechtern. Es handelt sich bei dieser ganzen Zuckersteuerfrage viel weniger um Interessen der Industrie, wie der Rübenbauer (lebhafteste Zustimmung rechts); und ich möchte gerade die Herren von der Linken, die uns gestern das Schauspiel der Auszahlung bereiteten (Zuruf links: Nach berühmten Mustern!), bitten, diesen Gesichtspunkt doch zu erwägen, insbesondere die Herren von der sozialdemokratischen Partei, welche, wenigstens in ihrem Programm, sich das Ziel gesetzt haben, den Schwachen zu helfen. Beim Zucker handelt es sich gerade in den ländlichen Kreisen um den kleinen wirtschaftlichen Besitz (Zustimmung rechts); es könnte für die Führer der agrarischen Bewegung nichts Günstigeres geben, als wenn die Branntweinsteuer-Novelle und das Zuckersteuer-Gesetz nicht zur Verabschiedung gelangten; die agrarische Bewegung würde dann noch an Tiefe und Kraft gewinnen. Als die Zuckersteuer-Novelle von 1891 erging, war die ausdrückliche Voraussetzung der verbündeten Regierungen, daß die anderen Staaten gleichen Weges gehen würden. 1891/92 war der durchschnittliche Preis des Zuckers 26,37 Mark, 1892/93 18,90 Mark. Wir sind in der Ermäßigung der Zucker-Exportprämien den anderen Staaten mit gutem Beispiele vorangegangen, wir haben sogar den gänzlichen Fortfall der Prämien in Aussicht genommen, aber wieder keine Schule gemacht; andere Staaten haben im Interesse ihrer Zuckerindustrie und ihrer Rübenbauer ihre Steuererhebung wesentlich erweitert. So lange die Verkehrsbeziehungen der einzelnen Staaten noch minimale waren, war es möglich, daß jeder Staat seine wirtschaftliche Steuererhebung aufkaufte lediglich nach den Verhältnissen des eigenen Landes. Jetzt sind wir gezwungen, mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Konkurrenzländer Fühlung zu behalten und danach unsere eigene Erhebung einzurichten. Unsere erwerbenden Kreise wollen an dem Weltmarkt theilhaftig sein und deshalb müssen wir eine so wichtige Industrie, wie die Zuckerindustrie, lebensfähig erhalten. Die französische Zuckerprämie betrug 1893/94 5,65 M., die österreichische 1,92 M., die deutsche nur 1,25 M. Daß dieser wesentliche Prämienunterschied auf unsern Export- und damit auf den Zuckerpreis und so auf den Preis der Rüben zurückwirken muß, bedarf keines Beweises. Man wird ohne weiteres zugeben können, daß die Prämie, rein sachlich betrachtet, etwas weltwirtschaftlich verkehrtes ist; wir liefern unseren Konkurrenten den Zucker billiger, als unseren eigenen Landesangehörigen. Aber wenn wir auf die Prämien verzichten, werden wir vom Weltmarkt überhaupt verdrängt. (Sehr richtig! rechts.) Es ist bestritten worden, daß die Zuckerindustrie mit Schaden arbeitet. Daß die Industrie mit Schaden arbeitet, ist nur ein vorübergehender Zustand, solange wie sie die Rüben zum alten Preise kauft. Der eigentliche Leidtragende bleibt die rübenbauende Landwirtschaft. (Sehr wahr! rechts.) Von den verarbeiteten Rüben werden 12 pCt. von den Fabriken selbst gewonnen, 33 1/2 pCt. werden von den Aktionären der Fabriken gebaut und 54 1/2 pCt. werden von fremden Landwirthen gebaut. Die Industrie wird die Rüben schlechter bezahlen. Jetzt können die Rüben nur mit 70 Pf. der Zentner verwerthet werden, daß dabei der Rübenbau nicht bestehen kann, ist selbstverständlich. Man verweist darauf, daß die Zuckerfabriken 10 1/2 pCt. Dividende gegeben haben. Solche Durchschnitts-Berechnung ist lediglich Spielerei; es haben nämlich achtzig Fabriken in den letzten Jahren gar keine Dividende gegeben. Will man die Zuckerindustrie sanieren, dann muß man einen tiefen Eingriff in die Verhältnisse machen; es sind da manche abenteuerliche Vorschläge gemacht worden. Wenn man bessere Preise für den Zucker erlangen will, so muß man die Produktion beschränken oder kontingentieren. Man kann ein Gesamtkontingent oder ein Einzelkontingent annehmen. Bei dem letzteren müßte man nach der Leistungsfähigkeit der einzelnen Fabriken, oder nach der Produktion der letzten Jahre sich richten; bei dem ersten dagegen müßte das Gesamtkontingent vertheilt werden auf die Einzelabriken. Es fragt sich bei beiden aber, wie sind die neuen Zuckerfabriken zu stellen; denn der Rübenbau dient der Verbesserung der Landwirtschaft und hinter jeder Kleinbahn steht im Osten eine neue Zuckerfabrik. Ein weiterer Weg wäre die Einführung einer Staffelfsteuer, die dazu beitragen soll, daß die kleineren und mittleren Fabriken erhalten bleiben, während sie jetzt in den letzten Jahren erheblich abgenommen haben. Nach diesen Gesichtspunkten ist ein Gesetzentwurf aufgestellt worden, der dem preussischen Ministerium zur Beratung unterliegt, der aber nicht früher als in der nächsten Session dem Hause vorgelegt werden kann. Die definitive Sanierung der Industrie liegt aber auf internationalem Gebiete. (Sehr richtig! rechts.) Deutschland und Oesterreich sind beide geneigt, die Abschaffung der Prämien in Erwägung zu ziehen. Sollte eine Verständigung nicht erzielt werden, dann werden wir erwägen müssen, auf welche andere steuerliche Grundlage die Zuckerindustrie gestellt werden soll; denn wir können sie nicht als Exportindustrie zugrunde gehen lassen. (Zustimmung rechts.)

Abg. Meyer-Halle (fr. Bg.): Der Staatssekretär hat eine Kritik an der Art der Geschäftsführung des Reichstages geübt. Wir thun es leid, daß ich die Worte des Herrn v. Köller nicht anwendig gelernt habe, mit denen er die Stellung der verbündeten Regierungen dem Reichstage gegenüber illustrierte. Herr v. Köller hätte an unserer Stelle vielleicht gesagt: Die verbündeten Regierungen haben ihre Vorlagen zu machen und dann abzuwarten, was wir darüber beschließen. Ich verwahre mich dagegen, daß ich so gesprochen haben würde. (Heiterkeit.) Wir haben nur das Beispiel der Ordnungsparteien befolgt, welche dreimal die Auszahlung beantragt haben, und zwar bei unwichtigeren Dingen, als die jetzige Vorlage; wir zeigen also den ersten Willen, in die Fußstapfen der staatsbehaltenden Parteien zu treten. (Heiterkeit.) Warum sind denn die Herren nicht da, welche diese Vorlage haben wollen? Hat etwa der Mangel an Nahrung und Kleidung sie ferngehalten? (Heiterkeit.) Wenn die Herren die Vorlage haben wollen, so müssen sie sie sich hier holen, wir wollen sie ihnen nicht mit der Post nachschicken. (Heiterkeit.)

Ich habe es 1891 vorausgesehen und vorausgesagt, daß die Zuckersteuer-Gesetzgebung nicht lange unverändert bleiben wird, und zwar aus dem Mangel an prinzipiellen Gesichtspunkten. Wie hätte sich die Zuckerindustrie entwickelt, wenn man zur rechten Zeit eine auf das Prinzip der Konsumbesteuerung sich stützende Steuer eingeführt hätte. Die Prämien sind ein Unglück für die deutsche Zuckerindustrie; denn jeder Erhöhung der Prämie stellt sich eine Ausdehnung der Produktion gegenüber, und dadurch wird die Wirkung der Prämien beeinträchtigt. Im Prinzip hat der Staatssekretär die Prämien nicht vertheidigt, er bezeichnete sie nur als Kampfmittel. Danach werden unsere Prämien erhöht werden müssen, wenn das Ausland sie erhöht; wir werden abhängig vom Auslande in unserer Steuer-Gesetzgebung. Daher können wir der Regierung nicht folgen auf das Gebiet der verschiedenen Steuerstufen. Unsere Ueberzeugung geht dahin, daß die Zuckerindustrie gehoben werden kann auf dem Wege der gesteigerten Konsumtion und ich bedaure die Gesetzgebung, welche die Steigerung des Konsums verhindert.

Preussischer Landwirtschaftsminister von Hammerstein: Der Staatssekretär Graf Posadowsky wies schon darauf hin, daß Verhandlungen eingeleitet werden zwischen Deutschland, Oesterreich und Frankreich wegen Ermäßigung oder gänzlicher Beseitigung der Prämien. Die Reichsregierung befindet sich dabei in voller Ueber-einstimmung mit allen Parteien des Hauses. Wollen wir aber in den Verhandlungen eine Position erlangen, die Aussicht auf Erfolg hat, dann muß der Reichstag die Regierung unterstützen durch Annahme der Vorlage. (Sehr richtig! rechts.) Ein großer Theil der Landwirtschaft hat sich mit außerordentlichen Kapitalien festgelegt in der Zuckerindustrie, und diese Kapitalien werden verloren sein, wenn nicht die Prämien aufrecht erhalten werden. Wohin die Preisgebung des deutschen Rübenbaues führen würde, zeigt der Umstand, daß bei niedrigeren Domänenpachten infolge des schlechten Erfolges des Rübenbaues ein Einnahme-Ausfall von vier Millionen Mark eintreten würde. Was würde aber erst der Privat-Landwirtschaft bevorstehen, die nicht so gut eingerichtet ist und nicht über solche guten Kräfte verfügt, wie die preussische Domänenverwaltung. Ich bin gegenbezüglicher Ansicht als der Vordere; gerade durch die Materialsteuer ist die Rübenzucker-Industrie zu der Bedeutung gelangt, die sie jetzt hat. Frankreich hat seit Jahren sich bemüht, festzustellen, wodurch die deutsche Zuckerindustrie der französischen überlegen sei, obgleich die Bodenverhältnisse Frankreichs günstiger sind. Man hat ermittelt, daß daran allein die Materialsteuer schuld ist, und man hat sie in Frankreich an Stelle der Fabriksteuer eingeführt. Die Fabriksteuer ermöglicht es, auf leichteren Boden zu bauen und dadurch den Boden zu verbessern durch die Zuckerkultur. Wenn es nicht gelingt, die Prämie überall abzuschießen, dann müssen wir den Kampf aufnehmen, um die in der Zuckerindustrie angelegten Kapitalien zu retten. Ich kann nur dringend das Haus bitten, das Nothgesetz einstweilen anzunehmen, welches nur Geltung haben soll bis zum Jahre 1897. Bis dahin wird eine andere Steuererhebung ausgearbeitet werden, und zwar nach Verständigung mit den Interessenten. Mit Herrn Meyer stimme ich darin überein, daß der Konsum gehoben wird und daß die Produktion hingewiesen wird auf den steigenden inneren Konsum, damit wir unabhängiger vom Auslande werden. (Zustimmung rechts.)

Abg. Spahn (B.) erklärt, daß seine Freunde der Vorlage mit einer kleinen Einschränkung zustimmen werden. Eine Kommissionsberatung hält Redner nicht für nothwendig.

Abg. Paasche (natl.): Wir sind bereit, das Gesetz anzunehmen, obgleich der Werth desselben nur in den Motiven liegt, in welchem anerkannt ist, daß die Zuckerindustrie in so schwerer Nothlage sich befindet, daß man eine bessere Steuer schaffen muß. Wenn die Prämien nicht überall beseitigt werden, dann muß der Kampf aufgenommen werden, und es wäre besser, wenn der Reichstag seine Bereitwilligkeit bezeugte, dafür besondere Kampfmittel zu bewilligen, um dadurch die Stellung der Regierung zu stärken. Bis nach dieser Richtung hin etwas Besseres vorliegt, wird man sich mit den Prämien behelfen müssen.

Abg. Schippel (Soz.): Meine Partei nimmt heute genau den Standpunkt ein, den die verbündeten Regierungen 1890 angenommen haben. Die verbündeten Regierungen beabsichtigen hier genau das Gegenheil von dem, was in der Begründung des Gesetzentwurfs von 1891 steht. Der eigentliche Urheber dieses Gesetzes ist nicht der verlassene Staatssekretär des Reichsdachamtes, sondern der preussische Finanzminister Dr. Miquel. Nach der Begründung von 1890 konnte man keine bessere Politik treiben, als die vollständige Beseitigung der Zuckerprämien, gleichgültig, ob die benachbarten Staaten uns folgen oder nicht. (Redner zittet die einschlägigen Stellen der Motive.) Die Regierung konnte sehr wohl von 1892 dasjenige durchführen, was das Gesetz verspricht, nämlich die gänzliche Beseitigung der Zuckerprämie. Aber selbst wenn man sich auf den jetzigen Standpunkt der Regierung stellen will, daß wir gleichen Schritt halten mit den übrigen Ländern in der Herabsetzung der Zuckerprämien, so frage ich: Sind denn die Prämien in den anderen Ländern nicht herabgesetzt? Welche Minister haben es bestritten. Aber alles, was sie gesagt haben, ist einfach unrichtig. Es bestehen im Auslande verschleierte Prämien. Für den Abg. Paasche wird vielleicht eine Autorität maßgebend sein, nämlich der Herr Professor Paasche. (Heiterkeit.) Dieser Professor Paasche hat in einer Abhandlung über die Zuckerindustrie gezeigt, wie die verschleierte Prämien der anderen Länder beschaffen sind. Beharren wir bei dem bestehenden Gesetz, so haben wir eine Prämie von 1,25 M. Nach Professor Paasche betrug in Frankreich die Prämie 1889/90 8,20 Fr., 1890/91 4,50 Fr. oder 5 Fr. nach einer neuerlichen Schätzung des Professor Paasche. Frankreich hat also in diesem Zeitraum von 1889-1891 seine Prämie um mehr als das Doppelte unserer Ermäßigung herabgesetzt. Auch Belgien hat seine Prämien wesentlich vermindert, nämlich um 6 Fr. Der preussische Landwirtschaftsminister hat gesagt, man müsse die Bauern und die Domänenpächter im Auge behalten, die seien in einer schlimmen Lage infolge der heutigen Zuckerkrise. Die Krise leugnet ja kein Mensch. Es fragt sich nur, wodurch sie hervorgerufen worden ist. (Sehr richtig! links.) Ich antworte: Durch die staatliche Prämien-Subvention, wodurch mehr Fabriken begründet worden sind, als sonst unter normalen Verhältnissen begründet sein würden. (Sehr wahr! links.) Manche Fabrikanten glaubten ein gutes Geschäft zu machen, das ist nicht eingetreten, sie haben einen Gewinn nicht einstreichen können. Aber wer garantiert denn dem Handwerker einen Gewinn, wer dem Arbeiter einen Lohn, wenn er keine Beschäftigung hat? Der Bauer ist genau wie der Hausindustrielle abhängig von dem Großfabrikanten, er wird ebenso ausgebeutet, und auf die Dauer ist er verloren. Wir werden selbstverständlich gegen die Vorlage stimmen und bedauern nur, daß man nicht schon früher die Prämien energisch ohne weiteres abgeschafft hat. Die Kritik hätte alldann nicht einen so großen Umfang gehabt, wie wir es jetzt erleben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Staudy (L.) verzichtet, auf die Bedeutung der Rübenzucker-Industrie und ihre traurige Lage einzugehen, er spricht den beiden Ministern lebhaftesten Dank aus für

das Interesse, welches sie der Zuckerindustrie zugewendet haben. Wir hoffen, daß die Fürsorge sich nicht bloß auf den Rübenbau, sondern auch auf den Körnerbau erstreckt. Gegen das Zuckersteuergesetz von 1890 habe ich und mit mir ein großer Theil meiner Freunde gestimmt. Die von uns beschriebenen Folgen sind eingetreten; damals hat auch der Abg. Orterer vom Centrum erklärt, wenn die Prämien der anderen Länder nicht aufgehoben werden sollten, dann müsse eine rückläufige Gesetzgebung eintreten und die Prämien wieder beibehalten werden. Es handelt sich nur um ein kleines Mittel, aber trotzdem werden wir zustimmen. Wir halten die Kontingentierung für verderblich, wir wollen keine Erhöhung der Konsumsteuer und keine staffelmäßige Betriebssteuer, und eine Erhöhung der Exportprämie wünschen wir nur als Kampfmittel. Wenn die Zucker- und Branntweinsteuer den Landwirthen fast vollständig expropriirt, dann hat er in seinem Hause eigentlich nichts mehr zu sagen, da dort allein der Steuerbeamte herrscht, ist es da nicht nothwendig, ihm eine Exportprämie zu gewähren? Für den wichtigsten Erwerbszweig des Landes findet man draußen im Lande und auch hier im Hause wenig Verständnis. Herr Schippel hat ein Rübensfeld wohl niemals gesehen; er weiß nicht, wieviel Arbeiter dadurch geschädigt würden, wenn der Rübenbau geschädigt würde. Wir treten immer für waterländische Arbeit ein und werden das immer thun. Ich hoffe, daß das Haus der Vorlage beitrifft.

Abg. Köstke (d. L. B.) spricht als Vertreter seines Wahlkreises (Anhalt), in welchem die Zuckerindustrie stark vertreten ist, für die Vorlage. Es wäre nicht richtig, die Prämien zu erniedrigen ohne Rücksicht auf das Ergebnis der schwebenden Verhandlungen. Dem Antrag Paasche kann man ebenso wenig zustimmen, wie dem Antrag Kanitz, denn er bedeutet die Monopolisirung der Zuckerindustrie für die jetzigen Fabriken und kommt nur einer kleinen Anzahl von Landwirthen zu gute, nämlich denen, welche Rüben bauen können. Gegen eine höhere Beseitigung der großen Unternehmungen habe ich an sich nichts einzuwenden, aber bei der Zuckerindustrie ist sie verkehrt, denn an großen Zuckerfabriken sind sehr viel kleine Landwirthe als Rübenlieferanten theilhaftig. Gegenüber der Ankündigung einer neuen Zuckersteuer verlangen die Zuckerfabrikanten nur Ruhe und Verschonung mit allen neuen Projekten.

Staatssekretär Graf Posadowsky bekräftigt, daß er mit seinen Ausführungen im Gegensaße siehe zu den Ausführungen der Regierung im Jahre 1891. Wenn Herr Meyer ein literarisches Bild aus dem Leben Schillers so mit angewendet hat, so kann ich sagen: Ich würde sehr zufrieden sein, wenn ich jeder Industrie ein reichliches Brot zuwenden könnte. (Zustimmung rechts.)

Abg. Kuschner (Rp.) erklärt sich für die Vorlage.

Abg. Szmulka (Z.) tritt für die Vorlage ein.

Abg. Loge (Reform-P.) erklärt sich für die Vorlage im Interesse der Arbeiter.

Abg. Wiener-Halle (fr. Bg.): Dem Grafen Posadowsky gegenüber möchte ich eine literarisch-historische Bemerkung machen, welche die vorliegende Streitfrage allerdings nicht angeht, aber sich durch ungewöhnliche Richtigkeit auszeichnet: Werther's Lotte rührt nicht von Schiller her (fürmische Heiterkeit), sondern von Goethe. Schiller und Goethe stehen zwar auf dem Theaterplatz in Weimar Hand in Hand, aber man ist gewohnt, ihre Werke streng von einander zu sondern. Ich habe mich nicht auf die hohen Dividenden einzelner Fabriken berufen. Ich denzire hohe Dividenden nicht, sondern freue mich darüber. (Heiterkeit.) Ich stimme mit dem Grafen Posadowsky darin überein, daß die Berechnung einer Durchschnittsdividende ein purer Unsinn ist.

Abg. Paasche (natl.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Schippel, der ihm Widerspruch zwischen seinen Aeußerungen als Parlamentarier und als Professor vorgeworfen habe, was unrichtig sei. Dem Abg. Köstke gegenüber bekräftigt er, daß sein Antrag eine Monopolisirung der Zuckerindustrie enthalte.

Nach einer mehr persönlichen Bemerkung des Abg. Schippel schließt die erste Beratung.

Zur zweiten Beratung liegt folgender Antrag des Abg. Spahn vor: Dem einzigen Paragraphen der Vorlage hinzuzufügen: Der Bundesrath ist ermächtigt, die vorstehenden Zuschüsse vorübergehend oder dauernd zu ermäßigen oder die Bestimmung über die Zahlung von Zuschüssen vollständig außer Kraft zu setzen, sobald in anderen Rübenzucker erzeugenden Ländern, welche gegenwärtig für die Zuckerverzehrung oder Zuckerausfuhr eine Prämie gewähren, diese Prämie ermäßigt oder beseitigt wird. Der bezügliche Beschluß des Bundesraths ist dem Reichstage, sofern er veranlaßt ist, sofort, anderenfalls aber bei seinem nächsten Zusammentritt vorzulegen. Derselbe ist außer Kraft zu setzen, soweit der Reichstag dies verlangt.

Abg. Richter (fr. Bg.): Der Zuckerindustrie thut nichts dringender noth, als eine Stabilität der Gesetzgebung; die Zuckerindustrie kann eher als jede andere der Staatshilfe entbehren; gerade durch die künstlichen Maßnahmen der Gesetzgebung sind die Zuckerindustriellen zur Ausdehnung ihrer Betriebe veranlaßt worden. Der Gesetzentwurf hat weiter keine Bedeutung, als daß er der Staatskasse zwei Millionen Mark kostet. Fürst Bismarck war auch der Meinung, daß wir durch Kampfschilde unsere Stellung verbessern könnten, aber das ist nicht erreicht worden, man hat überall Hölle eingeführt oder erhöht, und dadurch ist die Industrie geschädigt worden.

Vom Abg. Paasche ist folgende Resolution eingegangen: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichsfinanzminister ersuchen, baldigst ein neues Zuckersteuer-Gesetz vorzulegen, in dem erhöhte Ausfuhrprämien gewährt werden, falls es nicht gelingt, durch internationale Vereinbarung eine Beseitigung der Prämien in den Haupt-Exportländern herbeizuführen.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt zur Verklärung der Debatte, daß die verbündeten Regierungen in der Lage sein werden, den Antrag Spahn zu akzeptiren.

Der Antrag Spahn wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen. Die Abstimmung über den einzigen Paragraphen der Vorlage ist eine nennentliche. Für dieselbe stimmen 140, gegen dieselbe 46 Mitglieder; es sind also nur 186 Mitglieder anwesend; der Reichstag ist daher beschlußfähig; die Sitzung wird abgebrochen.

Der Präsident v. Nolde legt auf die Tagesordnung für die nächste Sitzung unter anderem auch den Antrag wegen des Margarinegesetzes.

Da er zur Geschäftsordnung das Wort nicht erhält, spricht Abg. Singer (Soz.) die Bitte aus, daß der Präsident diesen Antrag von der Tagesordnung absehen möge, da zu einer Abweichung von der Regel, daß Anträge am Schwerinstage beraten werden sollen, ein Mehrheitsbeschluß des Hauses gehört, der heute nicht herbeigeführt werden könne.

Präsident v. Nolde erklärt weiteren Meldungen zur Geschäftsordnung gegenüber, daß er das Wort nicht ertheilen könne und erklärt die von ihm vorgeschlagene Tagesordnung für feststehend. (Beifälliger Beifall rechts.)

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Gesetz betreffend den Sklavenhandel; weitere Beratung des Zuckersteuergesetzes und Anträge betreffend den Verkehr mit Butter und Margarine.)

**Verrennen.**

15. Sitzung vom 17. Mai 1895. 1 Uhr.

Am Regierungstische: Schönbledt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der mündliche Bericht der Justiz-Kommission über den Entwurf eines Preussischen Gerichts-Gesetzes.

Berichterstatter Professor Dr. Dambach beantragt die unveränderte Annahme der Vorlage in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung.

Die Vorlage wird in den einzelnen Paragraphen und darauf auch im ganzen ohne weitere Debatte unverändert angenommen.

Der Entwurf einer Gebührenordnung für Notare wird ohne Debatte en bloc angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Antrages des Grafen v. Klenowström auf Abänderung des Jagdpolizeigesetzes dahin, daß die Besitzer von Eisenbahntörpfern und Kunststraßen den mehrfach geltend gemachten Anspruch auf Jagdpachtgelder und Jagdeinnahmen aus diesen Grundstücken nicht erhalten dürfen.

Eisenbahnminister Thielen erklärt, daß er namens der Regierung noch keine Stellung zu dem Antrage nehmen könne.

Der Antrag wird in erster und zweiter Beratung angenommen.

Zu einmaliger Schlussberatung wird der Gesetzentwurf, betreffend die Aushebung von Stolgebühren für Laufen, Trauungen und kirchliche Aufgebote im Amtsbezirk des Konfessionsrats zu Wiesbaden, ohne Debatte angenommen.

Es folgt die einmalige Schlussberatung der Denkschrift über die Ausführung des Ansiedlungsgesetzes für Westpreußen und Posen.

Berichterstatter v. Graf beantragt, die Denkschrift durch Kenntnisaufnahme für erledigt zu erklären, was geschieht.

Schluss 4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. (Kleinere Vorlagen; Antrag v. Behrmann - Hollweg, betreffend die Rückzahlung von Grundsteuer-Entscheidungen; Petitionen.)

**Parlamentarisches.**

Die Wahlprüfungskommission beschloß in ihrer letzten Sitzung am Freitag, dem Reichstag die Gültigkeit der Wahlen der Abgeordneten Bauermeister (Witterfeld-Dehlich) und Strauß (Schnee) zu bestätigen. Die Kommission hat im Laufe der letzten Session 41 Sitzungen abgehalten und in denselben 68 Sachen erledigt. Von den mittlerweile eingegangenen Erhebungen konnten bisher die auf die Wahlen der Abgeordneten Krupp, Graf Herbert Bismarck, Rother und Wamhoff bezüglichen nicht erledigt werden. Es besteht die Absicht, die in der Kommission geprüften Wahlen noch vor Schluss der jetzigen Session im Plenum zur Erledigung zu bringen.

Die Gewerbe-Ordnungs-Kommission beendete am Donnerstag Abend die zweite Lesung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle. Mit Ausnahme einiger redaktioneller Änderungen wurden die Beschlüsse erster Lesung angenommen. Eine längere Debatte entspann sich noch bei § 86, der im letzten Absatz die Bestimmungen über das Einreichen eines Druckschriftenverzeichnis enthält. Nach Annahme des § 44 in der Form, daß auch die Reisenden, die Bestellungen ausführen, ein Druckschriftenverzeichnis einreichen müssen, läme auch das Auffuchen von Zeitungs-Abonnements unter diese Bestimmung. Es wird deshalb von dem Abgeordneten Schmidt-Berlin (Soz.) beantragt, periodisch erscheinende Zeitschriften von dieser Verpflichtung zu befreien. Zur Begründung seines Antrages führt der Antragsteller an, daß bei der Anwendung dieser Bestimmung zu erwarten ist, daß regelmäßig die sozialdemokratische Presse von dem Druckschriftenverzeichnis gestrichen wird. Dabei ist es nicht ausgeschlossen, daß in politisch bewegten Zeiten auch Organe anderer Parteien dieser Bestimmung zum Opfer fallen können. Von den freimütigen Mitgliedern der Kommission wird der Antrag gleichfalls lebhaft unterstützt. Bei der Abstimmung wird der Antrag mit 12 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Die Anträge auf Prüfung der Bedürfnisfrage werden von den Mitgliedern des Zentrums zurückgezogen mit dem Bemerkten, da die Regierung sich gegen diese Forderung erklärt habe, welche man das Zustandekommen der Vorlage nicht in Frage stellen, und begnüge sich vorläufig mit einer Resolution, die eine dahingehende Forderung befürwortet. In der Diskussion wird gegenüber den verschiedenen Behauptungen, man wolle den kleinen Handwerker und Geschäftstreibenden vor einer unvollen Konkurrenz schützen, von dem Abg. Reihaus (Soz.) bemerkt, daß es wohl kaum mit dieser Absicht sehr ernst sei, denn vor kurzem habe er die Mitteilung erhalten, daß sich die Direktion im Männer-Buchhaus zu Untermaßfeld bereit erklärt hat, die Fabrikation von Puppen zu übernehmen. Diese Konkurrenz sei viel gefährlicher, als die des Hausirers. Die Resolution wird sodann angenommen, ebenso der Rest der Vorlage.

Die Reichstagskommission für den Antrag Kanitz sehte am Donnerstag und Freitag ihre Beratungen über den Antrag fort. Am Donnerstag wurde noch verhandelt über die Frage der praktischen Durchführbarkeit des Antrages. Abg. Dr. Meyer-Halle wendet sich gegen die Ausführungen v. Hollmar's, allerdings vertritt er den Standpunkt des Manchestertums. Mit diesem Manchestertum werde die Menschheit wohl noch etliche Jahrtausende zu rechnen haben. Die Sozialdemokratie müsse dem Staat Aufgaben zu, die demselben nicht zukommen. — Abg. Dr. Lieber (Z.) bleibt dabei, daß auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung die Verwirklichung des Kanitz'schen Projekts nicht möglich sei. Die Verwirklichung würde bedeuten die gewaltsame Ueberführung des Staates und der Gesellschaft in den Sozialismus. Jetzt sei es Sache der Antragsteller, Schritt für Schritt, Punkt für Punkt zu beweisen, wie unter Vereinbarung mit der bestehenden Ordnung das Projekt praktisch durchführbar sei. — Abg. Dr. Pichler (Z.): Allerdings sei man noch kein Sozialdemokrat, wenn man soziale Aufgaben erfülle; aber wenn man den Staat verpflichte zur Preisfestschzung, so handle man durchaus nach den Grundgedanken der Sozialdemokratie, dann sei man Sozialdemokrat. Von freier Einfuhr könne, wenn der Antrag Kanitz durchgeföhrt werden sollte, überhaupt nicht mehr die Rede sein. Wollte das Reich mittlere Preise haben, so müßte das Reich sein Monopol auch auf die Mehl- und Brotproduktion ausdehnen. Ein Durchschnittspreis nach dem Preise der letzten 40 Jahre lässe sich gar nicht feststellen, schon deshalb nicht, weil wir jetzt mit ganz anderen Produktionsbedingungen als früher zu rechnen haben. Hierauf wird die Debatte über Punkt 2: Durchführbarkeit des Antrages, geschlossen. Graf Kanitz bemerkt in seinem Schlusswort: Der beste Beweis dafür, daß sein Antrag keine sozialistische Tendenz habe, sei die Stellungnahme der Sozialdemokratie gegen den Antrag. Sein Antrag würde im Falle der Verwirklichung gerade antisozialistisch wirken. Von der Festsetzung eines einheitlichen Getreidepreises für ganz Deutschland sei in seinem Antrage gar nicht die Rede. Die Preisregulierung werde im großen und ganzen sich so vollziehen, wie es jetzt der Fall ist. Die in Aussicht stehende Steigerung der Getreidepreise sei ja allerdings seinem Projekt ungunstig, aber die Ursachen dieser Steigerung seien doch aus normalen Zuständen zurückzuführen, die nicht von Dauer seien. Unter normalen Verhältnissen würden die Preise wieder unter den von ihm fixierten Normalpreis sinken und deshalb sei der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die kein Interesse an einer vorübergehenden Preissteigerung habe, mit seinem Antrage durchaus gedient. Ueber eine angemessene Preishöhe, der man die Durchschnittspreise der letzten 40 Jahre zu grunde lege, könne man sich wohl verständigen. Es folgt die Debatte über Nr. 8:

Ist der Antrag Kanitz ein Mittel, der Landwirtschaft zu helfen? Abg. Steininger (Z.) ist der Ansicht, daß wenigstens in Süddeutschland dieser Zweck nicht erreicht werden könne. Würden für den Süden höhere Durchschnittspreise festgesetzt wie für den Osten, so würde eine gute Ernte im Osten jenen ganzen Vorteil zu nichte machen, der Süden würde mit dem billigeren östlichen Getreide überschwemmt werden. Diese Gefahr bestehe um so mehr, als ja die ausländische Konkurrenz hinzukomme. Deshalb sei der Antrag mit Rücksicht auf die süddeutschen Interessen unannehmbar. Man wendet sich zu Nr. 4: „Soziale Bedenken.“ Abg. Michbichler (Z.): Diese Bedenken würden schwinden, wenn allen Berufsständen Hilfe gebracht würde; alle Berufsstände würden aber Nutzen haben von der Annahme des Antrages Kanitz. Keineswegs würde dadurch der sozialistische Staat herbeigeföhrt werden, vielmehr führe der gegenwärtige Zustand dahin, welcher die landwirtschaftliche Bevölkerung bedrückt und unzufrieden mache.

In der Freitagssitzung wurde die Diskussion über „Soziale Bedenken gegen den Antrag“ fortgesetzt. Abg. Schütze-Henne (nail.): Der Antrag Kanitz habe einen ausgeprägt sozialistischen Charakter. Daran ändere der Umstand nichts, daß die Sozialdemokraten gegen den Antrag stimmen. Sicher würde es ihnen sehr willkommen sein, wenn durch Ausführung des Kanitz'schen Planes der Boden für ihre Pläne bereitet würde. Jedenfalls biete man damit der Sozialdemokratie ein wirksames Agitationsmittel. An die von Graf Strum gestern behauptete antisozialistische Wirkung des Antrages könne er nicht glauben. Der Antrag erwecke bei den Landleuten unerfüllbare Hoffnungen, und die unermeidliche Enttäuschung werde die Landbevölkerung der Sozialdemokratie in die Arme treiben. — Abg. Dr. Pichler (Z.): Wenn die Gerechtigkeit erfordere, daß den Getreideproduzenten ein ihren Ansprüchen genügender Vorteil staatlicherseits gesichert werde durch eine Preisfestschzung, so sei die Forderung mindestens ebenso berechtigt, daß dem Arbeiter ein entsprechendes Einkommen verbürgt werde. Wohl oder übel gerathe man also mit dem Antrage in den sozialistischen Staat. Was man der Landwirtschaft gewähre, müsse man auch den anderen nicht minder nothleidenden Berufsständen gewähren. Das sei aber nicht immer möglich, ohne die bestehende Ordnung preiszugeben. — Abg. Michbichler (Z.): Der Antrag würde den Untergang der Landwirtschaft durch den ausländischen Wettbewerb verhindern, also von guter sozialer Wirkung sein. Der Antrag werde uns vor Breiwerkzeugung bewahren. Die dargestellten schlimmen Folgen des Antrages könnten höchstens als möglich ins Auge gefaßt werden, für nothwendig brauche man sie nicht zu halten. Vom politischen Standpunkt aus sei der Antrag nicht bedenklich. — Graf Arnim (Rp.): Die Sozialdemokraten seien deshalb gegen den Antrag, weil sie die Zustände fürchten. — Abg. Dr. Lieber (Z.) stellt fest, daß die Kommission im Falle der Ablehnung des Antrages Kanitz bereit sei weiter zu beraten über die Mittel zur Beseitigung der Nothlage der Landwirtschaft. Mit Nachdruck widerspricht Redner sodann der Auffassung seines Fraktionsgenossen Michbichler und bestreitet besonders dessen Behauptung, daß sich der Antrag Kanitz sehr wohl durchführen lasse, wenn der gute Wille dazu vorhanden sei. Der gute Wille der Landwirtschaft zu helfen, dürfe den Gegnern des Antrages Kanitz nicht abgeprochen werden, aber Pflicht dieser Gegner sei auf die verhängnisvollen Folgen des Antrages hinzuweisen. Die weitere Beratung wird sodann bis Dienstag, 21. Mai, vertagt.

**Lokales.**

Das Kapitel von den Diensthofenskindereien ist in den letzten Wochen wieder um mehrere Fälle bereichert worden. Der empörendste ist bis auf weiteres der (von uns in Nr. 111 mitgetheilte) „Fall Homann“. Hier erinnert uns der Umstand, daß das mißhandelte Mädchen infolge von Mangel an Nahrung in 3 1/2 Monaten 52 Pfund seines Körpergewichts verloren hatte, an eine Maßregel, die in England von manchen sich der Ausbildung von Dienstmädchen widmenden Vereinen schon vor mehreren Jahrzehnten als Schutzmittel gegen die Noth der gewisser „Herrschaffen“ für nothig gehalten wurde. Von diesen Vereinen wurden alle Pfinglinge, bevor sie in einen Dienst gegeben wurden, gewogen, um bei etwaigen Klagen über zu wenig Nahrung den Gerichten mit Beweismaterial dienen zu können. Wir wissen nicht, ob dieses Verfahren auch von den Vereinen, Erziehungs-häusern und Waisenhäusern, die bei uns die Töchter des Proletariats zu Diensthofen für die Bourgeoisie heranbilden, angewandt wird oder ihnen überhaupt bekannt ist. Auf alle Fälle möchten wir es einmal zur Nachahmung empfehlen. Wir fürchten, wenn die betreffenden Vereine und Anstalten ihre Pfinglinge, solange sie noch ein Aufsichtrecht über dieselben ausüben, von Zeit zu Zeit wiegen lassen wollten, so könnten sie leicht die Entdeckung machen, daß es auch unter ihren „Gönnerin“ und „Gönnerinnen“ Leute vom Schlage der Homann's und der Gerlach's giebt.

Die Geschichte von der „Dame, die keine Dame“ ist, erzählt in den „Hamburger Nachrichten“ eine kleine Vignette, welche die Anschauung der Arbeiterschaft über die Qualität der in den höchsten Gesellschaftskreisen herrschenden Ordnung, Religion und Sitte auf neue als die zutreffende darstellt. Die Mittheilungen, welche sich ganz interessant lesen, besagen u. a. folgendes:

Eine Halbweibsdame, eine sehr hübsche Dame, die ehemals in der Berliner Lebewelt eine gewisse Rolle spielte, ist zu öfterem in der Tragödie der anonymen Briefe genannt worden. Sie war die Geliebte eines Prinzen und verfiel dem Tode eines Tages aus Berlin, weil der Prinz entsetzt haben sollte — wer kann die Wahrheit ergründen! — daß sie gewisse Interna und Intimitäten, die ihr über den Berliner Hof zu Ohren gekommen, gegen künftigen Lohn an französische Journalisten verrathen habe. Es wurde sogar von einem gewissen Spionagesystem gefabelt, daß sie ins Werk gesetzt habe; Thatsache ist nur, daß der Prinz ihr eines guten Tages Knall und Fall den Abschied gab. Sie ging nach Paris und nun hieß es plötzlich, sie sei eine der Mitwisserinnen über die Entstehung der anonymen Schmachbriefe, mit denen die Angehörigen des Berliner Hofes überschwemmt wurden. Besonders kluge Köpfe gingen noch weiter; sie wollten wissen, der Prinz selbst habe dabei die Hand im Spiele; der ehemalige Geliebte sei das nicht unbekannt geblieben und sie trage sich daher mit artigen Erpressungsgeboten. Herr v. Koye, der inzwischen inhaftirt worden, sei dies zu Ohren gekommen, und er habe einen Vertreter nach Paris geschickt, der, mit reichlichen Mitteln versehen, auf der Basis goldener Versprechungen die „Dame“ „ausboldern“ sollte. All' dies ist in der That nichts weiter als Klatsch, und zwar soweit er sich gegen den Prinzen richtet, recht böswillig erfommener, denn gerade in jener Zeit, in der der erwähnte Klatsch seine ersten Blüthen zu treiben begann, wurde der Prinz, der mit seinen höchsten Verwandten immer auf dem herzlichsten Fuße gestanden hat, vom Kaiser besonders ausgezeichnet. Wer den betreffenden Herrn persönlich kennt, weiß überdies, wie sehr er jeglicher Postulale abgeneigt ist. Er ist lebenslustig und temperamentvoll, aber nichts weniger als ein Intrigant; Charaktere von so großer Offenheit wie er neigen überhaupt nicht zur Intrigue. Wie der erwähnte Klatsch entstanden, läßt sich nicht nachweisen. Ein merkwürdiger Zufall hat der phantastischen Kombination vielleicht noch mehr Nahrung gegeben. Die betreffende Dame, von der oben die Rede war, hat inzwischen einen in Sportkreisen nicht unbekanntem Herrn geheiratet, dessen Namen jeden, der ihn hört, sofort an die vielbesprochene Angelegenheit erinnern muß. Verschiedene Zeitungen wußten zu berichten, Herr v. Koye sei gegen den Baron Schrader klagbar geworden, was allerdings zur Klärung

des Sachverhalts von großem Nutzen geworden wäre; es handelt sich indessen um nichts weiter, als um die Entschreibung des Gerichts über den Zweikampf des Herrn v. Schrader mit dem Mittelmeister v. Koye, dem Leiter des Zeremonienmeisters. Enthüllungen über den Kern der Affäre, das Geheimniß der anonymen Briefe, sind bei der noch ausstehenden Verhandlung jedenfalls nicht zu erwarten.

Es hätte in der Sache nur noch mitgetheilt werden sollen, wie viele Kirchenfenster u. d. lebenslustige Prinz mit der hübschen Geliebten in seiner Gottesfürchtigkeit schon gestiftet hat, und das Bild wäre in jeder Beziehung vollständig gewesen.

Wie man interpretirt! Das gestiftete Wort von dem „Feste um sich hauen“ ist, ganz wie vorausgesetzt wurde, auch zum Leitmotiv von Kaufholden benutzt worden: in erster Linie derjenigen, die im Namen einer überlegenen stiltlichen Auffassung die Angriffe der bösen Sozialdemokraten gegen die erhabene bürgerliche Ordnung u. d. abzuwehren sich berufen fühlen. Die Kampagne des Schlächtermeisters Loewig, dessen Heldenthaten wir vor einigen Tagen im Berichtstheil erwähnten, sind ganz aus dem Häuschen, daß der L. wegen seiner Nothheit 3 Monate abfisen soll. Das muß um jeden Preis verhindert werden. Das Sprachrohr der Notherie, die hinter dem Prügelfeldten Loewig steht, die „Central-Preiser-Zeitung“, schreibt am Schlusse eines Artikels, in dem die Brutalität des L. glorifizirt wird: „... Was schließlich unseren schwer betroffenen Meister L. anbetrifft, so ist man der festen Zuversicht, daß alle Kollegen gemeinsam ein Gnadengesuch an Seine Majestät den Kaiser einreichen werden, welches auch sicherlich die allerhöchste Gnade finden wird. Wenn nach postulatlicher Auflösung ein allgemeiner Tumult ausbrach und der Koll ge, um seine Haut zu wehren (L.) auch feste um sich hant, so hoffen wir, daß ein solcher Kämpfer nicht auf Sand gebaut, wenn er unter Mitwirkung seiner sämmtlichen Kollegen die Gnade des Landesherren anruft.“

Wahrhaftig, dieser „Kämpfer“ für Religion, Sitte und Ordnung, der regenschirm-schwingende Loewig muß begnadigt werden. Die sozialistischeren Schlächtermeister handzu konsequent, wenn sie das in ihrer handreicheren Art fordern. Sie sind unbezählig, unsere Feinde, die in dieser vortrefflichen Weise für uns arbeiten!

Zu dem Konflikt zwischen Kerzen und Direktorium des städtischen Krankenhauses am Friedrichshain theilt das „Berliner Tageblatt“ noch des näheren mit, daß von der seitens der Deputation für die städtischen Krankenanstalten erfolgten Kündigung zehn Aerzte, d. h. sämmtliche Assistenzärzte des Krankenhauses mit Ausnahme des ersten Assistenten Herrn Dr. Freyhan, betroffen worden sind. Vor kurzer Zeit ging den in betracht kommenden, im Krankenhause wohnhaften Assistenzärzten ein offenes Schreiben der Direktion zu, in welchem die Herren aufgefordert wurden, des Abends zeitig als bisher nach Hause zu kommen, weil durch eine verspätete Heimkehr die Ruhe des Hauses gefährdet werde. In einem gemeinschaftlichen Antwortschreiben gaben die Assistenten ihrem Besremden darüber Ausdruck, daß für eine Mittheilung privaten Inhalts offizielle Form gewählt sei; sie bemerkten ferner, daß ihres Wissens eine Beschränkung in ihrer dienstfreien Zeit, sowie in der Benutzung ihrer Dienstwohnung in ihrem Kontrakt nicht enthalten sei. In der hierauf erfolgten Rückäußerung des Direktoriums fand sich der Passus, daß in Zukunft ähnlichen Dienstwidrigkeiten gegenüber von einer bloßen Ermahnung nicht mehr Gebrauch gemacht werden würde. Die Assistenten erklärten sich nunmehr für solidarisches und beschlossen, falls einem von ihnen aus dem in Rede stehenden Anlaß gekündigt werden würde, gemeinsam ihre Stellungen aufzugeben. Infolge dieses Beschlusses erhielten sämmtliche beteiligten Herren vor einigen Tagen ihre Kündigung für den 1. Juli. Der erste Assistent, Herr Dr. Freyhan, der von der Kündigung nicht betroffen worden ist, war zur Zeit des Konflikts beurlaubt. Dem Versprechen nach schweden zur Zeit Verhandlungen, die eine gütliche Erledigung der Angelegenheit, welche in ärztlichen Kreisen nicht geringes Aufsehen erregen dürfte, nicht ausgeschlossen erscheinen lassen.

Groß-Feuer. „Hoff er sich“, sagt der Berliner in des Lebens Nothen. Als ob das in jeder Situation nur so einfach wäre und immer ohne vorherigen Anschauungsunterricht ginge. Was soll der Mensch z. B. thun bei der Entstehung bezw. Entwicklung eines ungeheuren Brandes? So fragte die Direktion des Passage-Panoptikums das zum Donnerstag eingeladene Publikum, und als die Leute, an die diese nicht gar so weit ab liegende Frage gerichtet war, etwas vom Wässchen mit Feuerwasser murmelten, schüttelte Herr Direktor Neumann ernst das Künstlerhaupt und führte seine Gäste in den großen Saal hinein. Alldorten ging es lustig her. Ein neues Haus stand aufgerichtet und verstand mit seinen Finnen in den höchsten Höhen der Decke; unten aber im Erdgeschoß hatte sich des Lebens Prosa in Gestalt eines Drogen- und Chemikalienhändlers einquartirt. Die Benzin- und Petroleumgerüche schienen recht antimierend auf eine Gesellschaft einzuwirken, die beim Nachbar nebenan versammelt war. Der Gute hatte einen jener Biergärten inne, die mit Recht eine so beliebte Zierde der Berliner Hinterhäuser bilden, und eine Tyroler Jodeler- und Juchzergesellschaft sorgte für eine künstlerisch auf moderner Höhe stehende Unterhaltung. Die Brände, die sich hier unter den Ästen entwickelten, blieben aber isolirt, und fanden an sich in keinem Zusammenhang mit den Ereignissen, die nach Schluss der Polizeistunde mehr als einen Menschen in bange Furcht versetzten. Denn kaum ist das letzte Bierseidel abgeräumt, als sich ein verspäteter Nachtkammler in die menschenleere Gasse verirrt. Sein Blick späht vergebens nach einer offenen Krippe aus, denn nichts sieht er erlöschen als einen röhlichen Schein in des Petroleumlagers Tiefen. Es ist Feuer ausgebrochen. Entschlossen demonstriert der Spätling die soziale Nothwendigkeit des Nachtwandertums; er zerklüftet den Feuermelder und mit gewohnter Pünktlichkeit rückt die Hilfe heran. In dem brennenden Hause ist es inzwischen lebendig geworden; und die bekannten Szenen aus Schiller's Glode spielen sich, dramatisch bewegt, vor den Augen des Zuschauers ab. Aber die brave Feuerwehr zeigt mit Eifer, was sie kann. Für die jammernde Jungfrau oben im zweiten Stock wird das Sprungloch ausgebreitet, und angstvoll kreischend waagt das arme Kind im tiefsten Regligee den kolossalen Sprung ins Ungewisse. Während die Spritzen emsig in Thätigkeit sind, werden Feuerleitern an das Haus gelegt und Rettungsschläuche wie Gurte fördern ohnmächtige Menschen auf die Straße. Nach schweren Mühen ist die größte Gefahr beseitigt und nur um die Samariter bildet sich noch eine angstvoll harrende Gruppe, da es gilt, in einem im Quam ohnmächtig gewordenen Knaben wieder Leben zu erwecken. Inzwischen ist das Haus mit Feuerhaken abgesehrt worden, und als nach gewissenhafter Prüfung jede Pflicht als erfüllt erklärt worden, rückt die Feuerwehr ab, und tief erschüttert wendet sich auch das Publikum von der Sätte, an der es den ungeheuren Brand erlebt. Dem neuen Schauspiel liegt der gute Gedanke zu grunde, das Publikum durch den Augen-schein darüber zu belehren, wie es sich in Feuergefahr zu verhalten habe, damit es Leib und Leben retten könne. Und es muß anerkannt werden, daß der Anschauungsunterricht im Passage-Panoptikum deutlich und eindringlich erteilt wird.

Mit der Triumph-Spiritus-Glühlampe, welche die Neben-Märkte von ihrem agrarischen Dales befreien soll, scheint es doch nicht so weit her zu sein. Diese „bahnbrechende Erfindung“ streckt nach der „D. Tages-Ztg.“ noch vollständig in den Kinderschuhen. Wenn durch die Spiritus-Glühlampe der Petroleum-Produktion die Spitze geboten werden soll, so müßte vor allen Dingen der Preis der Lampe und der Spreifung derselben mit Brennstoff billiger sein. Die Benutzung der Spiritus-Glühlampe wird sehr vertheuert und für den kleinen Mann geradezu unmöglich gemacht durch die oft nothwendig werdende Erneuerung des

Ertrumpfen, der bei der geringsten Berührung oder Erschütterung, die bei einer transportablen Lampe geradezu unvermeidlich ist, zusammenfällt. Die Versuche, einen haltbareren Glühlämpchen herzustellen, an denen zur Zeit vielleicht hunderte von Technikern und Chemikern arbeiten, sind bisher ohne Erfolg geblieben, und das ist dem Direktor der Neuen Gasglühlampfen-Gesellschaft bald gelingen wird, das Problem zu lösen, ist nicht sehr wahrscheinlich. Die Erneuerung des Glühlämpchens kostet je jedesmal 2,50 M. Was aber die Brauchbarkeit der Triumpf-Spiritus-Glühlampe sehr beeinträchtigt, ist nach den Versicherungen von Käufern derselben der Umstand, daß es ca. 10 Minuten dauert, ehe die Spiritusdämpfe erzeugt und der Glühlämpchen in Weißglühhitze versetzt wird. Ein weiterer und vielleicht der schlimmste Uebelstand, der sich bei der Benutzung der Spiritus-Glühlampe herausstellt, ist der geradezu unerträgliche, Kopfschmerzen erzeugende, jedenfalls also gesundheitschädliche Dunst, welcher der Lampe entströmt. Von einer wirklichen Brauchbarkeit der Spiritus-Glühlampe kann daher auch hier nicht die Rede sein. Möglich ist es ja, daß die Spiritus-Glühlampe einmal ein brauchbares Beleuchtungsmittel wird, dazu gehört jedoch eine wesentliche Vervollkommenung derselben. Aber auch dann wird sie schwieriglich jemals die Lampe des kleinen Mannes werden. — Auch die „Volks-Zeitung“ berichtet, die Spirituslampe entspreche nicht der Nothwendigkeit. Allerdings fanden wir bald ein Mittel, um die Leuchtkraft auf die gewünschte Höhe zu steigern: man brachte nur an den Entzündern der Lampe durch Bewegen eines zusammengefalteten Zeitungsbattes einen lebhaften Luftzug zu erzeugen. Da man aber unmöglich neben jede Lampe einen Menschen hinstellen kann, welcher eine Zeitung oder ein anderes Blatt Papier auf und ab bewegt, so wird es mit der Einführung der Lampe, deren Konstruktion und für sich ungewöhnlich ein großer Fortschritt in Beleuchtungswesen ist, nicht so schnell gehen, wie man hofft. — Nebrigens habe ein Berliner Ingenieur eine Petroleum-Glühlampfen in Arbeit, deren Anmeldeung zum Patent erfolgen werde.

**Nahrungsmittelkontrolle in Berlin.** Im Monat April dieses Jahres wurden in Berlin 358 Proben von Nahrungs- und Genußmitteln chemisch untersucht und 43 davon beanstandet. Die Beanstandungen betrafen folgende Waarengattungen: Schmalz, Provenceral, Zitronenöl, Thüringer Wurst, Gholofade, Weizenmehl, Scheibenäpfel, Pfefferkörner, Piment, Ingwer, Pfeffer, Safran, Essig, Selterwasser, Himbeerlast, Spirituosen, Wein. Neue Ergebnisse sind durch die Untersuchung nicht zu Tage gefördert worden. Bemerkenswerth ist, daß in der öffentlichen Kontrolle keine Verfälschung von Butter beobachtet wurde. Es hängt dies mit den gegenwärtigen Preisverhältnissen zusammen, die eine Butterfälschung nicht lohnend erscheinen lassen. Ebenso war auch nur eine Schmalzverfälschung zu konstatiren. Aufschlag hoch (8 von 11) war dagegen die Zahl der gefälschten Wurstproben.

**Die Einwohnerlisten des Neuen Adreßbuches für Berlin und Vororte** liegen nunmehr in sämtlichen Häusern Berlins behufs Aufnahme der erforderlichen Eintragungen aus. Das eigene Interesse des Publikums erfordert es, für richtige Eintragung und schnelle Zirkulation der Listen Sorge zu tragen.

**In der Untersuchungangelegenheit gegen die Gräfin Pe** vordem sind sämtliche Bewohner von Hegermühle bei Eberswalde, wo, wie bekannt, die Vorgeschichte zu dem Prozesse spielte, vernommen worden. Die Gräfin erklärt nach wie vor, keine Veranlassung zu haben, sich durch Flucht einer etwaigen Anklage zu entziehen. Der Mitangeklagte Dr. med. Vogel ist trotz erneuter Anträge des Rechtsanwalts Dr. Mendel wegen Kollisionsgefahr aus der Untersuchungshaft nicht entlassen worden.

**Ein schweres Verbrechen** ist allem Anschein nach an einem Berliner Liebespaar, das auf Klagen weilt, begangen worden. Am vergangenen Sonnabend wurde das Gemeindegemeindeamt in Weissenhof von der Ortsbehörde in Stubnitz benachrichtigt, daß in den dortigen Wohnungen ein Mädchen mit Stichwunden am Kopf und Hals entdeckt worden sei, bei welcher folgender Zeitaler gefunden wurde: „Leopold Säger, Schankwirth, Berlin. Wer uns findet, laß uns zusammen. Ich wohne Weissenhof bei Berlin, Streufstraße, Bau-Unternehmer.“ — Wie die Weissenhofer Behörde feststellte, handelte es sich um den früheren Bauunternehmer, Pfandbleicher und Schankwirth Leopold Säger aus Weissenhof, der verheirathet und Vater von zwei Kindern ist. S. hatte vor etwa sieben Jahren in diesem Vorort drei Häuser gebaut, die sämtlich subhastirt wurden. S. eröffnete sodann eine Pfandleihe, verkaufte diese später und errichtete danach in Berlin (Waldeemarstraße) ein Restaurant mit Tomatenbedienung, in welchem die Reklinerin Auguste Schulze bedient war. Zwischen Säger und dem Mädchen entspann sich ein Liebesverhältnis, welches auch fortgesetzt wurde, als vor zwei Jahren das Geschäft einging und die Säger'schen Eheleute nach Weissenhof zurückzogen. Jetzt mußte Frau Säger durch Klagen für den Lebensunterhalt der Familie sorgen, bis die Schwester des Gemanntes und die jetzige Weissenhofer des Hauses Streufstraße 126 dem Bruder 400 M. gab zur Errichtung eines Restaurants. Am 30. April begab sich S. nach Berlin, um die erforderlichen Einkäufe zu machen und ist seitdem verschwunden, bis jetzt die Nachricht von Klagen eintraf. Wie die sofort nach Stubnitz gesellten Verwandten erfahren, ist die Reklinerin Schulze im Walde mit zahlreichen Stichwunden und nur nothdürftig bekleidet aufgefunden worden. Ihre fehlenden Kleidungsstücke lagen in Fetzen zerrissen in der Umgebung. Von Säger war keine Spur aufzufinden. Ebenso wurde das von dem Liebespaar mitgeführte Gepäck nicht ermittelt. Die Schulze ist nicht vernunftfähig, liegt im Kreis-Krankenhaus in Bergen im starken Fieber, in welchem sie wiederholt die Worte ausstieß: „Leopold ist unschuldig!“ und dann sich wieder in Phantasien über einen Mann erging, den sie Ernst nannte. Es erscheint nicht wahrscheinlich, daß die Schulze so viel Muth und Kraft besessen, sich derartig furchtbare Stichwunden selbst beizubringen, wie ihr Hals und Gesicht aufweisen. Daß Säger mit der Schulze nach Klagen gereist ist, hat er in einem Briefe mehreren seiner Verwandten mitgetheilt; ob jedoch S. von Klagen entflohen oder dort das Opfer eines Verbrechens geworden, bleibt abzuwarten.

**Ein merkwürdiges Aufsehen** stellte gestern Vormittag eine unbekante Frauenperson an den Thüren der Sanitätswache in der Artilleriestraße. Die Frau ersuchte gegen 10 Uhr in schwarzer Kleidung auf der Wache und verlangte nichts weniger, als daß man sie tödtet. Man erkannte sofort, daß es sich um eine Geisteskrankte handelte und setzte die Polizei in Kenntniß. Ein Schutzmann brachte die Irrenkranke in ein Krankenhaus. Wer sie ist, ließ sich nicht ermitteln, sie ist etwa 30 Jahre alt.

**Selbstmord durch Sturz aus dem Fenster** beging in der vorvergangenen Winternachtsstunde der 54-jährige Richter Neumann auf dem Grundstück Blumenstr. 51 b. Bewohner fanden seine Leiche, die entsehtlich zugerichtet war, auf dem Hofe liegen. Neumann hatte sich kurz vorher aus dem vierten Stockwerke auf den Hof hinabgeworfen.

**Von einem plötzlichen Tod** wurde Donnerstag der Rentier und Gemeindevorordnete von Steglitz Hermann Löffler ereilt. Der im kräftigen Mannesalter stehende Herr unterhielt sich gegen Abend mit einigen Bekannten, als er plötzlich todt zusammenbrach. Ein Herzschlag hatte dem Leben ein schmerzloses Ende bereitet.

**Ein eigenartiger Unfall** ereignete sich am Donnerstag in der Nähe der Unfallstation I in der Wilhelmstraße. Eine Dame von etwa 40 Jahren fiel auf der Straße, als ein Wagen in gefährlicher Weise auf sie zukehr, vor Schreck um. Offiziere, die des Weges kamen, nahmen sich ihrer an und brachten sie, da

sie sich nicht erholt, auf die Unfallstation I. Von hier mußte sie später in die Charitée gebracht werden. Wer die Verunglückte ist, ließ sich noch nicht ermitteln. In einem lichten Augenblicke versuchte sie mitzutheilen, sie sei eine Frau Gräfin Z. — Den Namen verstand man nicht mehr. Eingeliefert ist die Dame als Geisteskrankte.

**Das Dienstmädchen W.** versuchte am 14. d. M. ihr eigenes Kind, einen sieben Monate alten, unehelich geborenen Knaben, durch das Eingeben einer Säure in der Wohnung ihrer Herrschaft im Norden Berlins zu tödten. Das Kind befand sich bei einer Kutscherin in Weissenhof in Pflege. Die W. benutzte die Abwesenheit ihrer Herrschaft und den Besuch der Kutscherin, um ihrem Kinde heimlich die scharfe Säure einzufüllen. Der hinzugezogene Arzt pumpte dem Mageninhalt des Kindes aus, welches demnach dem Krankenhaus im Friedrichshain überwiesen ist. Die W. hat selbst der Revierpolizei Meldung von dem Vorfall gemacht, indem sie die Kutscherin des Nordversuchs an dem Kinde beschuldigt. Der Kriminalpolizei vorgeführt, bequimte sie sich nach dem hartnäckigsten Leugnen zu dem Geständnisse, daß sie ihr Kind, das sie nie geliebt, zu tödten versucht habe.

**Von einem Schlächterwagen** ist wieder einmal ein kleiner Junge überfahren und glücklicherweise nicht lebensgefährlich verletzt worden. Der Vorfall geschah am Freitag früh an der Ecke der Ludaner- und Craniensstraße. Wie bei solchen, fast täglich vorkommenden Vorfällen üblich, suchte der rothe Bursche, der den Wagen führte, sich durch noch schnelleres Fahren aus der Affäre zu ziehen. Leider entkam er auch.

**Am 3. Mai ist ein 3 bis 4 Monate alter Knabe** im Fluß des Hauses Marinsstraße 17 aufgefunden worden. Das Kind trug einen rothen Unterrock und ein blaues Kleid. Personen die über die Mutter Auskunft geben können, werden ersucht, sich auf Zimmer 330 bei der Kriminalpolizei zu melden.

**Der Tapezierer**, welcher unter dem Vorgeben, er werde vom Hauswirth geschickt, um Tapeten zu repariren, sich Eingang in Wohnungen verschafft und hierbei seit Dezember 1893 bedeutende Werthobjekte stahl, ist in der Person des Tapeziers Franz Schröder ermittelt und zur Haft gebracht worden. Schröder verübte vor vier Jahren Betrügereien, indem er in Abwesenheit von Ärzten in deren Wohnung erschien und Essig aus den Speckzimmern angeblich zur Reparatur im Auftrage des betreffenden Arztes abholte.

**Polizeibericht.** Am 16. d. M. vormittags fiel ein an der Fernspreicheitung auf dem Dache des Hauses Schützenstr. 3 beschäftigter Arbeiter in eine Dachlücke und erlitt mehrere schwere Verletzungen. — Auf einem Neubau in der Hasenheide wurde ein Steinträger durch ein aus dem ersten Stock herabfallendes Brett bedeutend verletzt. — Nachmittags wurde in der Neuen Königstraße ein Portier durch einen Geschäftswagen überfahren und am Arme sowie innerlich schwer verletzt. — In der Marinsburgerstraße geriethen zwei Kinder unter die Räder eines Fußwagens, eins wurde so erheblich verletzt, daß es nach einer Unfallstation gebracht werden mußte, während das andere mit einer leichten Verletzung am Arme davonkam. — Auf der Kottbuserstraße fiel ein Schuhmann, der den Kutscher eines in schneller Fahrt befindlichen Rollwagens feststellen wollte, bei dem Verluste, auf den Wagen zu springen, hin, gerieth unter die Räder und erlitt eine schwere Quetschung am Oberkörper. — Abends wurde an der Ecke der Straße Unter den Linden und der Friedrichstraße ein Arbeiter durch eine Pflanzschleife überfahren und an Hals und an den Beinen erheblich verletzt. — In der Nacht zum 17. d. M. sprang ein Arbeiter an der Herkulesbrücke in den Landwehrkanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charitée gebracht. — Ein Tischler stürzte sich aus dem Fenster seiner im 4. Stock eines Hauses in der Blumenstraße belegenen Wohnung auf den Hof hinab und fand auf der Stelle den Tod. — Im Laufe des Tages fanden zwei kleine Brände statt.

## Gerichts-Zeitung.

**Prozess gegen den Hauptmann a. D. v. Bröcker.** (Fortf.) Durch den Eröffnungsbeschluss wird der Angeklagte beschuldigt, durch die Broschüre den preussischen Richterstand und die Beamten der Staatsanwaltschaft sowie die preussischen Medizinalbeamten beleidigt zu haben. — Als Sachverständiger wohnt Kreisphysikus Dr. Klei in Charlottenburg zur Verhandlung bei. — Der Angeklagte behauptet zunächst, daß er für die Verbreitung der Broschüre (die am 8. oder 9. Mai beschlagnahmt wurde), d. h. für den stattdeswegen Verkauf einiger Exemplare am 8. und 9. Mai nicht verantwortlich sei. Er sei vor Erscheinen der Broschüre mit dem Verleger Deward in Geldsachen gerathen, die dazu geführt haben, daß er die Broschüre in Selbstverlag übernahm. Deward habe also kein Recht gehabt, die Broschüre zu verbreiten. — Wie der Staatsanwalt hervorhebt, ist eine Broschüre von einem Schuhmann in dem Laden des Buchhändlers Adolf Dewald gekauft, außerdem sind mehrere Exemplare in einer antikenmännlichen Versammlung bei Luggenhausen verbreitet worden. — Der Verleger Gustav Dewald bestätigt die Behauptungen des Angeklagten, befindet aber, daß ihm bei der Auseinandersetzung mit dem Angeklagten als Entschädigung für seine Auslagen 200 Exemplare überlassen worden seien. Diese habe er seinem Bruder, dem Sortimenter Deward zugestimmt. Der Angeklagte behauptet, daß er dem Gustav Deward ausdrücklich die Anweisung gegeben habe, daß ohne seine Genehmigung kein Exemplar verkauft werden dürfe. Der Junge Gustav Deward verweigert hierüber die Auskunft. Sein Bruder, der Sortimenter Adolf Deward, giebt zu, daß er die Verbreitung der Broschüre veranlaßt habe. — Der Bruder der Broschüre, der Buchdruckerbesitzer Wolff, weiß nur, daß dieselbe in etwa 2000 Exemplaren gedruckt worden ist und er bisher von keiner Seite Geld zu erhalten vermochte. — Der Angeklagte bleibt dabei, daß die dem Jungen Deward überwiesenen 200 Exemplare allerdings denselben eigenthümlich gehören sollten, ohne seine Genehmigung aber kein Exemplar hätte vertrieben werden dürfen, so daß er an der Verbreitung unschuldig sei. Er selbst habe mit der Verbreitung noch zurückgehalten, weil damals schon in den Zeitungen von dem Rücktritt des Justizministers von Schelling die Rede war; nach seiner Meinung war von einem neuen Justizminister eine Abhilfe der Mißstände zu erwarten, nicht aber von dem Minister v. Schelling. — Der Gerichtshof beschließt, die auf die Uebersetzung des Verlagsrechts bezüglichen Korrespondenzen bei dem Jungen Gustav Deward sofort mit Beschlagnahme zu lassen. Demnach geht der Vorsitzende zu der Aufhebung der Schrift „Allgemein üblich. Von Gustav Meinte Capris“ über. Er fügt durch Befragen des Angeklagten etwa folgendes fest: Er ist seinerzeit in das Kadettenhaus eingetreten und im Jahre 1871 Artillerie-Offizier geworden, ist bis zum Jahre 1886 in der Armee gewesen und dann ausgeschieden. Der Angeklagte erwidert dies dahin, daß er gegen seine Vorgesetzten verschiedene Beschwerden durchzuführen habe, die immer einen ungünstigen Erfolg hatten und ihn zu weiteren Anschuldigungen dieser Art bewogen. Seine Beschwerden haben ihm im ganzen 31 Tage Arrest eingebracht und als er schließlich sich mit einer Beschwerde an den Kaiser wandte, hat er den Abschied erhalten. Dann hat er eine Reihe Prozesse gegen seine Verwandten und gegen seinen Rechtsanwalt bis zur letzten Instanz mit negativem Erfolg durchgeföhrt, sowie verschiedene Leute aus nichtigen Gründen wegen angeblicher Uebelthaten denunzirt; auch hat er gegen einige Richter vergeblich Anzeige wegen Rechtsbeugung erstattet.

Auf Grund aller dieser Vorkommnisse wurde die geistige Gesundheit des Angeklagten angezweifelt und ein Entmündigungs-

verfahren eingeleitet. Das Charlottenburger Gericht setzte einen Exproklamationstermin an, und das Gutachten des Kreisphysikus Dr. Fall und des Sanitätsraths Mittenzweig ging dahin, daß allerdings Geisteskrankheit vorliege und weisbar seien. Dagegen brachte der Angeklagte ein Gutachten des Direktors der psychiatrischen Klinik in Greifswald, Professor Dr. Arndt bei, welches im allgemeinen dahin ging, daß sich bei dem Angeklagten allerdings ein pathologischer Zug zeige, von einer Geisteskrankheit aber keine Rede sein könne. Der Angeklagte sei eine nichtschlechte Natur. Der Angeklagte verwies ferner auf seine vorzüglichen Zeugnisse von der Kriegsakademie, Zeugnisse des Prof. Lehmann, des Direktors der technischen Hochschule, und eines Generals der Artillerie, welche sämmtlich darin übereinstimmten, daß sie bei dem Verkehr mit dem Angeklagten niemals auf den Gedanken gekommen seien, daß sie es mit einem Geisteskranken zu thun haben könnten. Der Angeklagte hat dann noch ein Gutachten des Prof. Eulenburg eingeholt, welches wesentlich mit dem des Prof. Arndt übereinstimmt. Andererseits trat der Prof. Dr. Simmerling wieder dem Gutachten des Dr. Mittenzweig und des Dr. Fall bei, indem auch er das Vorhandensein von Wahnsinnsvorstellungen, Beeinträchtigungen, Verfolgungs- und Größenideen, ferner, daß feststelte, was man Querulanten-Wahnsinn nennt. Prof. Dr. Simmerling griff das Gutachten des Prof. Arndt scharf an und führte aus, daß derselben die elementarste Kenntniß der Psychiatrie abgehen müsse. Darauf hat dann Prof. Arndt wieder entgegnet, daß eine solche Art des Gutachtens doch Zeugniß ablege von einem ethischen Defekt des Gutachters. Schließlich hat der Richter noch einmal persönlich mit dem Angeklagten verhandelt und die Entmündigung aufgegeben, weil der Angeklagte zwar etwas abnorm, aber nicht geisteskrank sei. — Es wird nunmehr zur Verlesung der Broschüre geschritten. — Der Angeklagte erklärt, daß diese den Zweck hatte, die Mangelhaftigkeit unserer Rechtspflege und der Moral des Staates darzutun und die Gefahren der Entmündigung und der Ueberführung ins Irrenhaus öffentlich vorzuführen, damit, wenn diese Zustände erst in den weitesten Kreisen bekannt geworden, wie mit elementarer Gewalt der Ruf nach Abhilfe ertönen sollte. Der Angeklagte beantragt die Verlesung des gesamten Buches. Der Verfasser des Buches durchlese dann noch der Meinung sei, daß der Verfasser desselben geistig irre sei, der müsse selbst einen abnormen Geisteszustand haben. — Der Staatsanwalt erklärt, daß er über die Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten keinen Zweifel habe. — Die nun zur Verlesung gelangende Broschüre knüpft an die am 22. Juni 1892 im Herrenhaus geführten Verhandlungen über die Petition des Stabsarztes A. D. Sternberg über grobe Rechtsbeugung an. Bei den damaligen Verhandlungen soll in der Kommission angeblich die Bemerkung eines Regierungsvertreters gefallen sein, daß es allgemein üblich sei, Querulanten zu entmündigen, da dies die Folge habe, daß von den Behörden jedes weitere Gesuch des betreffenden ad acta geschriebe werde. Die Broschüre bespricht dann die Fälle Morris de Jonge, des Kaufmannes Drod x. x., sowie die Thätigkeit der Dr. Mittenzweig, Dr. Prof. Mendel, der Gerichte, der Staatsanwälte u. s. w. — Die Verlesung wird etwa 10 Stunden beanspruchen und erst am Freitag Nachmittag beendet werden.

Die weiteren Verhandlungen boten nichts Neues. Das Urtheil in dem Prozesse wird wahrscheinlich heute gesprochen werden.

## Vermischtes.

**Schiffuntergang im Nord-Ostsee-Kanal.** Im Hafen von Brunsbüttel ist der erste größere Schiffsunfall vorgekommen. Bei Blangenmoor im Nord-Ostsee-Kanal sank der deutsche Ower „Marie“.

**Aus London** wird über eine Feuersbrunst vom Freitag berichtet: Im Ledermarkt im hiesigen Stadttheil Bermondsje wüthete vergangene Nacht eine große Feuersbrunst. Unterhalb Altres sind mit den Trümmern bedeckt. Der Schaden wird auf 200 000 Pfund Sterling geschätzt. Viele der armen Einwohner von Manning-Street suchten aus den Häusern und lagerten sich im Freien. Eine Anzahl Gerberrien sind ausgebrannt.

**Unfall eines französischen Torpedobootes.** Nachrichten zufolge, die bei dem französischen Marineministerium eingelaufen sind, ist das Torpedoboot Nr. 20 untergegangen. Hierbei kamen 1 Offizier und 6 Mann ums Leben. Das Boot war schön und das Meer nur leicht bewegt; das Torpedoboot kam plötzlich quer vor dem Winde zu liegen, kenterte sofort, den Kiel in der Luft und sank lothrecht in die Tiefe. Eine Untersuchung der Ursachen des Unfalles, der augenblicklich unerklärbar ist, wurde angeordnet.

**Ein geborener Verfechter von Religion, Ordnung und Sitte** ist selbstverständlich der Prince Gamelle, der Herzog von Orleans, der die sittenlose Republik durch das Königthum in Frankreich ersetzen will. Von politischen Talenten dieses jungen Mannes hat man noch nichts gehört, desto mehr von seinen pikanten Aenteuern, seiner ängstlichen Sinnesluft, seinen ebrecherischen Thaten. Seine Anhänger des Prinzen haben daher allen Anlaß, über sein Leben und Treiben möglichst wenig zu berichten, und dann, wenn berichtet werden muß, die Dummen, welche an die orleanaische Monarchie glauben, zu belügen. Aber in dem Zeitalter des Verkehrs ist dies natürlich auf die Dauer nicht möglich und so erzählt man nun auch die Wahrheit über das letzte Mißgeschick des „künftigen Königs von Frankreich“. Das Pariser Blatt „Eclair“ schreibt nämlich: was Eingeweichte einander schon seit vierzehn Tagen zuspitzten, daß der Herzog von Orleans Sturz vom Pferde und Weindruck eine Fabel sei, während er thätlich auf der Kinnich von Sevilla von einem Burschen, dessen Schah er geküßt hatte, mit einem Messerlich verwundet wurde. Bei diesem Abenteuer waren Prinz Heinrich Wattenberg, Herzog Alba, Marquis Delamina und andere seine Begleiter.

## Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eines Schicks (zwei Buchstaben oder eine Zahl) angegeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag wird von 7 bis 8 Uhr abends Auskunft und Rath in Rechtsangelegenheiten ertheilt.

**G. S. 73.** 1. Die Ehefrau hatet weder für Alimente zu gunsten vornehmer noch für solche zu gunsten unehelicher Kinder ihres Mannes. 2. Ein Gesetzentwurf wird erst dann Reichsgesetz, wenn Reichstag und Bundesrath demselben zugestimmt haben. Der Bundesrath hat dem betreffenden Entwurf nicht zugestimmt. — **B. N. 17a.** Nichtzahlung von Gerichtskosten ist nicht strafbar. Kann man nicht zahlen, so bleibt man eben schuldig. Freiheitsstrafe als Ersatz der Kosten giebt's in Deutschland nicht. — **D. S. 18.** Sie müssen den Schlüssel ausbändigen. — **M. G. 100.** Sprechen Sie gelegentlich in der Sprechstunde vor. — **E. A. 26.** Fahren Sie, so lang Sie können. — **A. P. 18ten.** Die Strafverfolgung von Uebertretungen verfährt in 3 Monaten, die von Vergehen in 5 Jahren, wenn sie im Höchstbetrage mit einer längeren als dreimonatlichen Strafe bedroht sind, sonst in 3 Jahren. — **G. B.** Sie müssen zahlen; die Nichtzahlung macht nur zivilrechtlich verantwortlich, nicht strafbar. — **G. B. 20.** Ist der Mann vor dem 1. April 1895 gestorben, so kann die Wittve (spätestens am 1. Juli) zum 1. Oktober 1895, ist der Mann nach dem 1. April gestorben, so kann sie (spätestens am 1. Oktober) zum 1. Januar 1896 kündigen, namentlich der Vertrag eine längere Dauer vor schreibt. — **B. A. 24.** Ist Konzeption vorhanden, so können Sie ausführen und in Ihrem Bekal trinken lassen, sonst nicht. — **R. W. Mein.**

— 99. Wenden Sie sich an Stadtverordneten Dr. Jodel, Annenstraße 46. — 11. P. 1897. Wenden Sie sich direkt an die Unteroffiziers-Schule. — W. B. 25. 1. und 2. Ja. — Postab. Hannover. Für beide Fälle: nein. — S. G. 65. 1. Lebende kann man nicht beerben. 2. Ja. — R. T. 11. Sie sind durch von Ihrer Frau geleistete Unterschrift Ihres Namens nicht verpflichtet. In solcher Unterschrift kann aber Urkundenfälschung gefunden werden. — G. B. 200. 1. Der Bräutigam kann mit Erfolg angeklagt werden. 2. Das Kind behält den Mädchennamen seiner Mutter, wenn diese sich mit einem anderen, als dem Vater des Kindes verheiratet. — Abonnement 38. 1. Nein. 2. Ja. 3. Nein, aber Sie müssen dann für Eintrittsmöglichkeit sorgen. — A. P. 24. 1. Wird die Miete von einem Gläubiger des Wirths gepfändet, so handelt der Miether am richtigsten, wenn er an keinen von beiden zahlt, vielmehr die Miete hinterlegt. 2. Wegen der Mängel in Ihrer Wohnung fordern Sie den Wirth auf: die Mängel, die Sie näher angeben müssen, innerhalb 8 Tagen zu beseitigen, widrigenfalls Sie die Mängel auf seine Kosten beseitigen lassen oder vom Vertrage zurücktreten und Schadenersatz begehren würden. — Genosse. Haben Sie in einem Zivilprozeß abgelehnt, so hat Ihr Gegner die sämtlichen Kosten, auch die Ihrem Anwalt

schulden, zu zahlen. Ihr Anwalt kann vorab Zahlung seiner Gebühren von Ihnen verlangen. — Hesse. Naturalisation wird kaum durchzuführen sein. Der betreffende kann auch als Ausländer in Deutschland heirathen und möge sich an den Standesbeamten wenden. — A. G. 5. Wenden Sie sich an die Polizeibehörde mit dem Antrage auf Anerkennung einer Unfallrente.

**Besuchszeit**  
**verschiedener Museen und sonstiger Sehenswürdigkeiten.**  
Altes und Neues Museum am Lustgarten. Besuchszeit täglich, mit Ausnahme des Montags in den Wintermonaten von 10-3 Uhr, in den Sommermonaten von 9-3 Uhr; Sonntags im April-September 12 bis 6 Uhr, Oktober und März 12-3 Uhr, November und Februar 12-4 Uhr, Dezember und Januar 12-3 Uhr (Unentgeltlich). — Die Nationalgalerie in der Museumsstraße. Besuchszeit Wochentags von 10-3 Uhr (Montags ausgenommen). Sonntags im April-September von 12 bis 6 Uhr, im März und Oktober 12-3 Uhr, Februar und November 12 bis 4 Uhr, Januar und Dezember 12-3 Uhr (Unentgeltlich). — Kunstgewerbemuseum, Prinz-Albrechtstr. 7. Geöffnet an den Wochentagen (Montags ausgenommen) im Sommer von 9-3 Uhr, im Winter von 10-3 Uhr, Sonntags, April-September von 12-3 Uhr, Oktober und November 12 bis 4 Uhr, Dezember und Januar 12-3 Uhr (Unentgeltlich). — Museum für Völkerkunde, Königplatz 120. Besuchszeit wie im Kunstgewerbemuseum (Unentgeltlich). — Zoologisches Museum, Alsterstr. 25. Besuchszeit Sonntags wie im Kunstgewerbemuseum. Außerdem Dienstags und Freitags von 10-3 Uhr (Unentgeltlich). — Museum für

Naturkunde, Jussufstr. 42. Besuchszeit Sonntags wie im Kunstgewerbemuseum. Außerdem Montags und Sonnabends von 11-3 Uhr. — Museum für deutsche Volkstrachten und Ergänzungen des Museums für deutsche Volkstrachten, Alsterstr. 26. Jeden Tag mit Ausnahme des Mittwochs von 11-2 Uhr geöffnet. Eintrittsgeld: Erwachsene 50 Pf., Kinder 25 Pf., Vereine Sonntags 10 Pf. — Reichspost-Museum, Leipzigerstr. 15. Geöffnet Sonntags 12-2 Uhr, Montags, Dienstags, Donnerstags, Freitags von 11-3 Uhr (Unentgeltlich). — Rathhaus, Königstr. Geöffnet täglich außer Donnerstags und Freitag von 11-3 Uhr (Unentgeltlich). Ausfahrtsturm 50 Pf. — Kunstausstellung des Verein Berliner Künstler, Wilhelmstr. 22. Sonntags 11-3 Uhr, Wochentags 10-4 Uhr, 50 Pf. Eintritt. — Sternwarte, Gröbenich 20. Mittwochs und Sonnabends von 9 bis 11 Uhr Vormittags. — Urania, Wilhelmsplatz. Sternwarte, Jussufstr. 42. Geöffnet von 8 Uhr Nachmittags bis 10 1/2 Uhr Abends. — Theater für Theater von 50 Pf. bis 3 Pf. — Aquarium, Schadowstr. 14. Geöffnet von 9-6 Uhr. Eintritt Sonntags 50 Pf., an jedem letzten Sonntag im Monat 25 Pf. — Callan's Panoptikum, Friedrichstraße. Geöffnet 10-10 Uhr. Eintrittspreis 50 Pf. — Vassage, Panoptikum 10-10 Uhr. Eintrittspreis 50 Pf. — Marine-Panorama, am Lehrter Bahnhof, Sonntags von 9-3 Uhr. Eintritt 50 Pf. — Kaiser-Panorama, Passage (Unter den Linden). Geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends. 300 verschiedene Reisen, Landschaftsbilder, jede Reise 50 Pf. — Napsel-Panorama am Bahnhof Tiergarten, zwei neue Dioramen: Katakomben des Kapuzinerklosters zu Palermo und Befreiung von Venedig. Sonntags 25 Pf. Eintrittspreis. Das Panorama ist bis 7 Uhr Abends zu besichtigen. — Zoologischer Garten, Bülowufer. Sonntags 50 Pf. — Borjig's Garten mit Palmenhaus, Al-Moabit 55-56. Eintrittspreis 50 Pf.

**Theater.**  
Sonnabend, den 18. Mai.  
**Opernhaus.** Frauenlob.  
**Schauspielhaus.** Der Revisor.  
**Deutsches Theater.** Das Lumpenkindel.  
**Berliner Theater.** Heimath.  
**Kessing-Theater.** Madame Boutard.  
**Neues Theater.** Tata-Toto.  
**Schiller-Theater.** Die zärtlichen Verwandten.  
**Alexanderplatz-Theater.** Durchgegangene Weiber. Fernand's Ehekontrakt. Alle 5 Barrison.  
**Central-Theater.** Figaro bei Hof.  
**Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.** Der Obersteiger.  
**Residenz-Theater.** Fernand's Ehekontrakt.  
**National-Theater.** Die lebende Brücke. Im Garten Or. Konzert und Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater Unter den Linden.** Der Gigantbaron.  
**Deutsches Volks-Theater.** Der Schmied von Holland.  
**Apollo-Theater.** La Puce (Der Floh).

**Schiller-Theater.**  
(Wallner-Theater.)  
Sonnabend, 18. Mai, abends 8 Uhr:  
Die zärtlichen Verwandten und Ein Strafvortrag.  
Sonntag, 19. Mai, nachm. 3 Uhr:  
Der zerbrochene Krug. Die Burg-rüne. Ein Strafvortrag.  
Abends 8 Uhr: Die Journalisten.

**National-Theater.**  
Große Frankfurterstraße 132.  
Direktion: Max Samst.  
Nur noch 3 Aufführungen!  
Gastspiel der amerikanischen Gesellschaft  
**William Calder.**  
Die lebende Brücke.  
Großes Sensations-Schauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), nach dem Englischen von Sutton Vane, überfetzt von S. Schwab. Dirigent: Adolph Wiedicke. Elektr. Beleuchtungseffekte v. Lakowsky. Regie: Max Samst.

Im Sommer-Garten:  
**Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Die Theaterbesucher haben freien Zutritt zum Sommergarten.  
Kasseneröffnung 5 Uhr. — Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Central-Theater**  
Alte Jakobstraße Nr. 30.  
Novität! Zum 15. Male: Novität!  
Unter artistischer Leitung des Herrn Adolf Brühl vom Königl. Gärtnerplatz-Theater in München:  
**Figaro bei Hof.**  
(Rococo.)  
Overette in 3 Akten (nach Beaumarchais' Memoiren) von Bohrmann-Riegen. Musik von Alfred Müller-Norden. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Passage-Panopticum.**  
Neu!  
Eine Fahrt auf dem Golf von Neapel.  
Castan's Panoptikum. Ein Flug durch die Luft! Chamly's mysteriöse Katakomben. Reichskanzler Fürst Hohenlohe.

**Urania**  
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.  
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).  
Geöffnet von 5-10 Uhr.  
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.  
Näheres die Anschlagzettel.

**Reichshallen.**  
Im prachtvollen Garten (bei ungünstiger Witterung im Saal):  
Täglich:  
**Humoristische Soiree** des Norddeutschen Quartett- u. Couplet-Sängers  
Hoffmann, Wolff, Fährmann, Walde, Horst, Bey u. Frische.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Reservirtes Plaz 50 Pf.  
Sonntags: Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 30 Pf.

**Kaufmann's Variété.**  
Königstrasse, Kolonnaden.  
Täglich:  
**Neumann-Bliemchen's**  
Leipziger Bandeville-Gejellschaft:  
Neumann, Wilh. Wolff, Horváth, Gipner, Lemke, Feldow und Ledermann.  
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf., Sonntags 50 Pf.  
Direktor Bimmel's  
Spezialitäten-Theater.  
Humoristisches Gesamtspiel von Wilh. Wolff.

**Strausberg.**  
„Zum Bürgergarten“  
Restaurant ersten Ranges.  
Jah. Gustav Look.  
Tanzsaal. Billard. Regeltbahn.  
Schattiger Garten, direkt am See gelegen. Angenehmer Aufenthalt für Familien, auch können dieselben Kaffee kochen.

**Louis Ehrenberg**  
Am Molkenmarkt No. 7 (früher Annenstr. 16)  
empf. Freunden u. Bekannten sein Weiss- u. Bairisch-Bierlokal.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich vom heutigen Tage in der Danzigerstr. 78, ein Wein- und Bairisch-Bierlokal mit Vergnügen und mehreren Vereinszimmern eröffnet habe. Joh. Neumann.

Zwei Regeltbahnen, verdeckt, im Garten, empfiehlt Aug. Hauptmann, Wienerstr. 1-6.

**Hutfabrik.**  
Detail-Verkauf zu Fabrikpreisen. Herren-Hüte neuester Façons, Stück 1,50 M., Strohhüte von 25 Pf. an, Kinderhüte und Mähen, St. 35 Pf. Große Auswahl Segler-Mähen, Strand-Mähen etc. Wolff & Co., Landbergerstraße 82. 22388\*

**Vier Mark** kosten 2 Kabinett- und 12 Visitenkarten bei Böhme, Lindenstr. 43, gegenüber der Zimmerstraße.

**Achtung! Kein Laden.**  
Kontroll-Schuhmarke.  
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Kippentabak 2 Pfd. 70 Pfg. 2328 L\*  
H. F. Dinslage, Kottbuserstr. 4, Hof part.

**Reiß und billig**  
kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hitzcke, gegründet 1872, Stalischerstr. 13, Ecke Admiralstraße, am Kottbuser Thor. 1887\*

Dem Restaurateur Ernst Kerber!  
Zum heutigen Geburtstagsfeste, Gratuliren Reibeisen und andere Gäste, Wir wünschen Dir Gesundheit, langes Leben, Und ne' volle Schnupftabakdose daneben.  
11416 Reibeisen.

Unserm Freunde Hugo Abend zu seinem Wiegenfeste ein donnerndes Hoch, daß die ganze Schneiderbude wackelt. Hugo soll aber heute nicht in den Zober. D. W. A. A. E. N.

**Soziald. Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
Todes-Anzeige.  
Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß das Mitglied  
**Gustav Schlüter,**  
Maurer,  
am Sonntag Nachmittag 8 Uhr vom Lazarus-Krankenhaus, Bernauerstraße, aus in Pflanzengasse beerdigt wird. 303/14  
Zahlreiche Betheiligung erwünscht.  
Der Vorstand.

**Todes-Anzeige.**  
Am 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr, verschied nach kurzem, aber schwerem Leiden unser Sohn, Bruder und Freund  
**Hermann Schwieder**  
im 34. Lebensjahre.  
Dies zeigt tiefbetrübt an  
**Die Hinterbliebenen.**  
Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerhause Brangelstr. 46 aus nach dem Emmaus-Kirchhofe statt. 1151b

Am Mittwoch, den 15. Mai, verstarb unser lieber Kollege, der Zusammenseher  
**Emil Hille.**  
Ehre seinem Andenken.  
Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.  
Die Kollegen der Pianofabrik  
A. Mittag Nachf.

Allen Freunden und Kollegen meines Mannes, sowie dem Fuhrwerksbesitzer Herrn Geiram und den Mitgliedern der Central-Krankenkasse der Tischler, welche meinem Mann und unserem Vater, dem Kaiser Heinrich Czypische die letzte Ehre erwiesen haben, sagen hiermit innigsten Dank  
Wittve Czypische nebst 6 Kindern.

Die Aeußerung gegen Frau Engler nehme ich hiermit zurück und erkläre dieselbe als anständige Frau.  
11426 F. Kayser.

**Eispindeln, Decimal- und Tafelwagen,** sowie Milchgeschäfts-Utensilien.  
Jordan, Kleine Markusstr. 28.  
Herren-Hüte 1,25 M.  
Einsegnungs-Hüte 85 Pf.  
neueste Façons verkauft das Fabrik-comptoir, jetzt Bernstr. 4 u. 5 I.  
Wehler-Wilson Nähm., tabellos, 20 M., Sorauerstr. 22, Rühladen.

**Arbeitsmarkt.**  
Junger Mann, Klempner, sucht sof. Stellung, Tempelinerstr. 7, IV. b. Kothe  
Vergolder verl. A. Boose, Diegnitzerstraße 15. 1166b  
Tücht. Baumwollwaren-Packer, zugleich Portier gesucht. Nur kräftige Leute wollen sich melden im Arbeitsnachweis Neue Grünstr. 10.

**Dirigent,** 1138b  
tüchtiger, gesucht vom Arbeiter-Gesangverein im Südosten für Freitag. Off. mit Gehaltsanspr. unter K. O. an die Exp. d. Bl. bis Mittwoch erwünscht.

**Zwicker und Anspücker**  
auf genagelte Herren-Arbeit werden dauernd beschäftigt bei  
Oppenheim, Schuhfabrik, Höchstr. 19.  
Blusenarbeiterin verl. Harnisch, Stalicherstr. 28. 1147b  
Tüchtige Schildermaler verlangt  
J. Kaufmann, Stralauerbrücke 3.

**Buchhandlung des „Vorwärts“**  
BERLIN SW., Beuthstraße 2.  
Soeben erschienen:  
**Umsturz und Sozialdemokratie.**  
Drittes Heft. S. 257-320. Preis 10 Pf. Porto 5 Pf.  
Das dritte Heft enthält den Wortlaut der Umsturzvorlage, wie sie aus den Beschlüssen der Kommission hervorgegangen und den Beratungen des Reichstags zu Grunde gelegen, sowie den Anfang der zweiten Lesung, darunter die Rede Auer's. Die Bebel'sche Rede zu § 111 folgt in Heft 4.  
**Die Arbeiterin im Kampfe um's Dasein.**  
Von Adelheid Popp. Preis 20 Pf. Porto 5 Pf.  
Bezüglich dieser Schrift verweisen wir auf die in gestrigter Nummer des „Vorwärts“ erschienene Besprechung.  
**Zur Aufklärung für Mittel- und Kleinbauern.**  
Rede des Reichstags-Abgeordneten Vollmar zum Antrag Ranitz. Preis 5 Pf. In Partien billiger.  
Wir empfehlen diese Schrift ganz besonders zur Landagitation.

**Leichter Verdienst.**  
Müßige Personen, aber nur solche, die sich dem Versicherungsfach widmen wollen, bietet sich ein guter lohnender Verdienst bei nur geringer Thätigkeit. Ausbildung und Belehrung ertheilt bereitwillig  
**Max Zamory,**  
General-Agent, Gr. Frankfurterstr. 82/11.  
Sprechstunden 8-10 Uhr, 2-4 Uhr.

**Achtung!**  
Zahnersatz, auch Theilzahl, wöchentl. 1 Mark, Guckel, Luisenplatz 2, Elbasserstr. 12.  
Empfehle allen Freunden u. Genossen mein  
**Eduh- u. Stiefel-Lager.**  
G. Kördel, Forsterstr. 5.  
**Gold- und Silberwaren.**  
A. Barnick, Grüner Weg 112, part. I. Gig. Repar.-Verkstatt f. Uhren, Gold- und Silberwaren.

**Uhren** werden sauber und billig reparirt.  
B. Schreiber, Uhrmacher, Waldemarstraße 13, früher Admiralsstr. 4 und 1.  
**Taubenbörse!** Neu eröffnet. Ein- und Verkauf von Flugtauben. Restaur. Bouché, Friedrichsfelderstr. 27.  
Zigarrengeschäft, kleines gangbares, mehrere Pakete, sofort veräußlich. Off. P. 1600. Postamt 26 erb. 11626\*

**Prediger-Gesuch.**  
Die Freie Religions-Gesellschaft zu Magdeburg, 1847 durch Lederechtlich gegründet, sucht zum 1. Oktober d. J. einen Prediger, welcher auch den Religionsunterricht ungefähr 270 Kindern ertheilt. Die Herren Bewerber bitten wir, sich unter Einreichung eines kurzgefaßten Lebenslaufes mit uns in Verbindung zu setzen.  
Das Ältesten-Kollegium der Freien Religionsgesellschaft zu Magdeburg.  
F. Koehler, Vorsitzender.

**Stare, Stiegliehe 130, Singvögel, Vogelbauer, billig. Vogelhandlung, Invalidenstr. 7. 1139b**  
**Posamentiergeschäft** krankheitshalb. zu verl. sof. od 1. Okt. Diegnitzerstr. 6.  
**Alte Stiefel,** gr. Ausw. Best. u. Runge, Adalbertstr. 86. [1228b  
Frdl. Schlafstelle für 2 Herren bei Gubopp. Rostockerstr. 2, Quergeb., 1 Tr.  
Eine möbl. Schlafst. ist sof. zu verm. Admiralsstr. 29. v. 1 Tr. r. 1150b  
Frdl. möbl. Schlafst., sep., 1 auch 2 Herrn. Fürstenstr. 15, S. 3 Tr. Edw. Lehmann. 1148b  
2 anst. Herren f. frdl. Schlafstelle b. Taube, Mantuffelstr. 11, Og. 2 Tr.

**Louis Keller's Festsäle**  
Koppenstraße Nr. 29.  
Sonntag, den 19. Mai 1895, mittags 12 Uhr:  
**Zweite Novitäten-Matinée**  
des Dirigenten-Verbandes für Berlin und Umgegend.  
Freies Entree.  
15 neue Männer-Chöre vorgelesen von den Gesangvereinen Esmeralda, Suchert'scher Chor, Humor, Edelweiss, Berliner Kürschner, Freiheit I, Liedertafel der Maler, Collegia und Kaiser'scher Männerchor.  
Nachher: **Sänger-Commers.**

**Ausstellung Italien in Berlin.**  
Täglich: **Maestro Gialdini** mit seinem weltberühmten Symphonie-Orchester aus Mailand.  
12 italien. Sänger- u. Musikchöre. Das American-Theater mit Bendix. Ausstellung hochinteressanter italienischer Industrien. Italienisches Volksleben. Auf dem Canale grande großer Gondel-Corso und Produktion der berühmten neapolitanischen Parliensischer. Die Ausstellung ist von 10 Uhr früh bis 12 Uhr Nachts geöffnet. Entree 50 Pf.  
Bei Regenwetter gewähren die Ausstellungsgebäude bequemen Schutz und Aufenthalt für 12000 Personen.  
Saisonkarten pro Person à 10 M. sind an der Kasse der Ausstellung und im Invalidendank Unter den Linden 24 zu haben.





# Unsere geehrte Kundschaft

bitten wir, Maassbestellungen rechtzeitig aufzugeben, da wir infolge sehr zahlreich eingegangener Aufträge und trotz Neueinstellung mehrerer erprobter Zuschneider bei solchen Anzügen und Paletots, deren Fertigstellung uns erst die letzten Tage vor Pfingsten aufgetragen wird, an der Innehaltung des Liefertermins gehindert werden.

Ergebenst

## Geschäfts-Häuser Baer Sohn

Herren- und Knaben-Bekleidung

24a, Chausseestrasse 24a,  
neben der Apotheke von Schering.

11, Brückenstrasse 11,  
Ecke Rungestraße.

16, Grosse Frankfurterstrasse 16,  
schrägüber dem National-Theater.

**Arbeiter**  
nur  
**Hüte**  
mit  
Kontrollmarke



Parteilgenossen!  
**O. Gerholdt,**  
Dresdener-  
Strasse Nr. 2  
(am Kottbuser Thor).

Größtes Lager in Sonnen- und Regenschirmen.

Herren-Anzüge nach Maass 33 M. in reifwoll. Stoffen u. guter Ausführung  
Sommer-Paletots nach Maass 30 M. H. Graf, Schneidern. Blumenstraße 3.

**Maitrank**  
frisch, ausgezeichnet à Flasche 60 Pf. inkl. 10 Pf. M. 5,50.  
Johannisbeerwein, herb, Fl. 60 Pf. Desertwein, süß, Fl. 75 Pf.  
Stachelbeerwein, ganz vorzüglich, Flasche M. 1,—

**Edt Stonsdorfer Likör,**  
à Str. 1,20, 5 Str. 5,50, 10 Str. 10,—, 50 Str. 47½, 100 Str. 90,—  
Echten alten Nordhäuser Strfl. M. 1,10, 5 Liter à M. 0,90.  
Berliner Getreide-Rummel Strfl. M. 1,10, 5 Liter à M. 0,90.  
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer- und verschiedene, Strfl. 1,30.  
Medizin. Ungarwein, beste Qualität, à Literflasche M. 2,10.  
Empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

**Eugen Neumann & Co.,** 6a, Belle-Alliancepl. 6a,  
Oranienstr. 8, Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

Strong feste Preise. **J. Adler** Strong feste Preise.  
Herren- und Knaben-Bekleidung.  
25 Weissenburgerstr. 25  
direkt am Wörtherplatz.

Freunden und Bekannten zur gest. Nachricht, daß ich unter obiger Firma ein Herren- und Knaben-Garderobengeschäft verbunden mit Herren- und Knabenhüte mit Kontrollmarke eröffnet habe. Mein Bestreben wird es sein, nur reelle Waaren, bei billigsten aber festen Preisen zu führen.

Halte große Auswahl in fertigen Garderoben, wie auch Stoffe zu Bestellungen nach Maass.

**Adolf Adler.**

Unerreicht billig!!!  
**Teppiche**  
mit kleinen unbedeutenden Farbfehlern (nicht Webefehlern)  
von 3 Mark an.  
89/15

**Otto Büchler, Berlin C.**  
Königstr. 26, Ecke Klosterstr.

Reellste und billigste Hüte mit Kontrollmarke.  
**Carl Sarsch,**  
Wilsnackerstr. 52. Lübeckerstr. 19.

**Sophastoff = Reste**  
zu Bezügen ausreichend in Phantasia, Rips, Damast, Crépe, Gobelin, Moquette und Plüsch sowie Gatteltaschen spottbillig. 89/16

**J. Adler Teppichfabrik**  
Spandauerstraße Nr. 30,  
vis-à-vis dem Rathhause.

**Adolf Nauen**  
Hutmachermeister  
100. Wrangelstrasse 100  
empfehlen sein reichhaltiges Lager in Filz- u. Seidenhüten, Walk-, Federn-, Strohhüten, Mützen jeden Genres, Regen- u. Sonnenschirmen.

Billigste Schuhwaaren aller Art im Einzelverkauf zu streng realen Engros-Preisen namentlich für Liefer des "Vorwärts".  
**Rosenthal,**  
Landsbergerstr. 76 L.

**Pa. Angler Hof-Käse**  
ca. 9½ Pf. pr. Nachnahme 3,50 M. fr.  
**J. Graumann, Schleswig, Stadtfeld.**

**Große Berliner Schneider-Akademie.**  
Berlin C., Rothes Schloss nur No. 1.  
Größte und besuchteste Hochschule; alleiniger Unterrichts nach der unübertreffbaren und allgemein als beste anerkannten Methode Fuhr. Wirkliche Garantie für gediegene theoretische und besonders praktische Ausbildung in der Herren-, Damen- und Wäscheschneiderei. Kostenfreier Stellennachweis. Prospekte gratis. — Empfehlenswerth: Lehrbücher für Herren- und Damenschneiderei. — Man beachte genau unsere Firma und Hausnummer: nur No. 1. Die Direktion.

**Damen- u. Kinderhüte**  
(garnirt und ungarnirt)  
empfiehlt in reichster Auswahl zu außerordentlich billigen Preisen 2471L\*

**Th. Sabor,**  
Oranienstr. 204 (zwischen Heinrichs-Platz u. Manteuffelstraße).

**Möbel,** Spiegel u. Polsterwaaren. Reelle Waare in Kirschbaum u. Mahagoni. Büchermöbel. Berlin SW., Blücherstr. 14.

**S. Grossmann's**  
**Herren-Mode-Magazin**  
34,35, Rosenthaler-Strasse 34/35.  
Ausnahmispreise:  
Hochelegante Cheviot-Anzüge . . . . . 18 M.  
Hochelegante Kammgarn-Anzüge . . . . . 22—27 M.  
Hocheleg. Kammgarn- und Cheviot-Hose 5—7 M.

Sonnabend bis Dienstag. Sonntag bis Dienstag.

**Zum rothen Cylinderhut!**  
**Hüte** **W. Zapel,**  
2214L\* mit Arbeiter-Kontrollmarke. Skalitzerstr. 131  
Gr. Auswahl in Schirmen und Strohhüten. Frister & Rossmann.

**Carl Tutzauer**  
Admiralstr. 38.  
Säle für Vereine.  
**Kegelbahn**  
noch einige Tage frei.

Grünau. | Grünau.  
**Gastwirthschaft**  
2140L\* von  
**G. Lindenhayn**  
2 Friedrichstraße 2  
Garten. — Kegelbahn.  
Vereinszimmer von 25 - 60 Personen.  
Speisen u. Getränke in bekannter Güte.  
Auch sind Fremdenzimmer zu haben.  
Verkehrstotal des Arbeiter-Bildungsvereins.

Grünau. | Grünau.  
**W. Gründel's**  
**Fest-Häle** mit Bühne  
Brunnenstr. 188  
(150—500 Personen), Vereinszimmer, Garten, Franz. Billard.  
Einige Tage sind noch frei. Kaffeeküche täglich von 8 Uhr ab geöffnet.

**77 Prinzenstrasse 77.**  
Zum gemüthlichen Picket!  
Billiger Einkauf für Arbeiter in Herren- u. Knaben-Garderobe wenig getragen und neu.

**Etablissement „Süd-Ost“**  
Waldemarstr. 75.  
Empfehle meinen Saal (500 Personen fassend) und Restaurant zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. Sonnabende u. Sonntage sind noch frei.  
1865L\* **C. Ulrich.**

**Herren-Anzüge** von 35 M.,  
**Paletots** von 21 M.,  
**Anzügen** von 16 Mk. an  
**Paletots** " 14 Mk. "

**Julius Lindenbaum,**  
Frankfurterstr. 139,  
zweites Haus an der Fruchtstraße.  
Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.  
Für streng reelle und prompte Bedienung bürgt der langjährig bekannte gute Ruf meines Geschäfts.

**nach Maass**  
in besten englischen und deutschen Cheviots und Fantasiestoffen.  
**Zuschneider im Hause.**  
Verkauf nur zu streng festen Preisen, welche an jedem Gegenstand sichtbar befestigt sind.

**Restaurant Sansjonei, Schmargendorf**  
Ruhlaerstr. 20/21 (neben dem Schützenhaus), direkt am Wald, mit großem schattigen Naturgarten und angrenzender Wiese als Spielplatz.  
Vorzügliche Speisen und Getränke zu zivilen Preisen; große Kaffeeküche, 2 gute Kegelbahnen, Volkshelmskungen aller Art.  
400 Personen fassender Parquet-Saal zu Versammlungen und Festlichkeiten.  
Jeden Mittwoch unter Leitung des Tanzl. Herrn Goldschmidt und Sonntag: **Großer Ball**, (Mitgl. d. Tanzlehrervereins "Solidarität").  
Um regen Besuch bittet **Alfred Malitz** (früher Berlin, Annenstraße 87).

**Restaurant zum Zenthener See.**  
Inhaber: **Ernst Kuntzel.** Station Zenthen (Grüher Bahn).  
Vorzüglicher Ausflugsort für Landpartien, größere Gesellschaften, Vereine etc. — Angenehmer Aufenthalt an Wald und Wasser. — **Saunsaal** — **Billards** — **Kegelbahnen** — **Kaffeeküche**. — Große Anlagebrücke für Dampfer und Segelboote. — NB. Zu erreichen per Bahn, Wasser und Chauffee.

**Wirthshaus Schmargendorf, Warnemünderstr. 6**  
früher unmittelbar am Wald gelegen, mit schattigem Naturgarten, 2231L\*  
hält sich den geübten Ausflüglern bestens empfohlen.  
Familien-Kaffeeküche, vorzügliche Speisen und Getränke zu zivilen Preisen.  
200 Personen fassend, u. Vereinszimmer  
zu Versammlungen, und Festlichkeiten. Jeden Sonntag: **Gr. Ball.**

**Schweizer-Garten**  
Am Königsthor — Am Friedrichshain.  
Jeden Sonntag  
**Gr. Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
Volksbelustigungen | Im neuen Saale  
aller Art | **BALL.**  
Anfang 4 Uhr. | Entree 30 Pfennig.  
An den Wochentagen ist das Etablissement an Vereine, Gesellschaften zur Abhaltung von Sommerfesten zu vergeben.

Empfehle den Parteilgenossen mein  
**Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal**  
mit geräumigem Vereinszimmer, besonders bei Beerndigungen zum Aufenthalt für größere Gesellschaften.  
Für gute Speisen u. Getränke ist stets gesorgt. 2377L\*  
**Paul Hilpert (Rixdorf),**  
Ecke Hermann- und Karlsgrabenstraße  
**Altes Schützenhaus,**  
Linienstrasse 5,  
empfiehlt seine Säle. Jeden Sonntag: **BALL.** 11365

**Mart. Berndt's Würfelstube**  
empfiehlt nach wie vor allen Freunden und Bekannten seinen vorzüglichen **Frühstücks-, Mittags- und Abendessen.** Jeden Sonnabend von 6 Uhr ab: ff. Eisbein. Für gute Biere ist selbstverständlich bestens Sorge getroffen. Um zahlreichen Besuch bittet **Martin Berndt,** Oranien- u. Alexandrinenstraßen-Ecke.  
**Osang's Familien-Restaurant,** Reichenbergerstr. 184.  
Heute und morgen v. 6 Uhr abends: Interessante Zaubervorstellung, verb. m. Musik, vom Zauberkünstler **Poslo.** Kommen, sehen und staunen. 11325

Große Preisermäßigung wegen Verlegung meines Geschäfts nach meinem eigenen Hause!

# Jacques Raphaëli, Berlin,

Fabrikant für Cigarren, Fabrikant für Schuhwaaren, Fabrikant für Herren-Garderobe, Fabrikant für Liföre.

Hauptgeschäft: Neue Promenade 8, gegenüber Stadtbahnhof „Börse“ — Zweiggeschäft: Spandauer Brücke Nr. 2.

## Herren- und Knaben-Garderobe für die Sommer-Saison.

Bevor ich den freundlichen Leser mit meinen Preisen vertraut mache, muß ich ihn bitten, meine Grundätze zu beherzigen, die da sind: Durchaus reelle Waare, reelle Arbeit von den billigsten bis zu den höchsten nachfolgenden Preisen, die unantastbar fest und auf jedem Gegenstand deutlich für jeden Käufer sichtbar ausgezeichnet sind. Wer mich besucht, um zu handeln, raubt sich und mir nutzlos die Zeit; dagegen ist jeder meiner Verkäufer angewiesen, in zuvorkommendster, höflichster Weise jeden Besucher mit dem Lager vertraut zu machen. Jeder ist willkommen, auch der Nichtkäufer.

Was ich in Nachfolgendem den freundlichen Lesern empfehlen will, bezieht sich weit mehr auf hervorragende gute Stoffe und saubere, elegante Ausführung, als auf die Billigkeit der offerirten Sachen. Mein Lager gehört zu den größten der Residenz und enthält alles, was jedermann im praktischen Leben und in nobelster Gesellschaft verwenden kann.

**Herren-Jaquet-Anzüge**, ein- und zweireihig, zu 12,50, 15,—, 17,50, 20,—, 22,—, 24,— bis 35 M.  
**Kammgarn-Jaquet- u. Rod-Anzüge**, einreihig, zu 27,—, 30,—, 32,—, 34 bis 45 M.  
**Kammgarn-Gehrock oder Gesellschafts-Anzüge**, zweireihig, zu 28,—, 33,—, 38,— bis 45 M.

**Elegante Fracks** aus schwarzem Croisé, mit Seidenfutter, peinlich sauber ausgeführt, zu 25,—, 30 und 35 M.

**Frühjahr- und Sommer-Paletots** in allen Farbenstellungen, deutschen und englischen Façons zu 9,—, 11,50, — 13,50, — 15,—, 18 bis 30 M.

**Ältermäntel mit Pelz** zu 22,—, 24,—, 28,—, 32 bis 40 M.

**Havelocks** mit ganzer Pelzine, in den schönsten Phantasie- und glatten Mustern, zu 9,50, — 11,25, — 13,25, — 16,25 bis 28 M.

**Bayerische Lodenjoppen** mit Gurt oder Summig zu 6,25, — 7,— bis 11 M.; dergleichen Joppen aus anderen haltbaren Stoffen zu 4,—, 5,—, 6 M.

**Schlafrocke** aus Phantasie- und glattfarbigen Stoffen in geschmackvollster Ausführung zu 8,75, 11,—, 14,—, 17,50, 24 bis 40 M.

**Feinkleider** von Cheviot, Kammgarn, Velour, Buckskin und sonstigen guten wollenen dauerhaften Stoffen, tadellos sitzend, zu 3,75, 4,50, 5,—, 5,50, 6,—, 7,—, 7,50, 8,50 bis 13 M.

**Jaquets** von schwarzem und farbigem Lustre zu 2,50, 3,00 bis 6,00 M.

**Joppen** von Jagdtuch und anderen waschbaren Stoffen mit Zeug u. Gurt zu 1,25, 1,40 bis 3,00 M.

**Westen** von 1,50 M. an.

**Wash-Anzüge** von Molléin und andern waschbaren Stoffen zu 5,75, 6,50 bis 10 M.

**Washhosen** von 1,40 M. an.

Sämmtliche Abtheilungen meines Establishments sind Sonn- und Feiertage während der polizeilichersits erlaubten Stunden geöffnet.

Auf die morgen, Sonntag erscheinende Offerte, betreffend Cigarren, Schuhwaaren etc., mache ich die Leser dieses Blattes höflichst aufmerksam.

Meine Offerte gilt nur bis zur nächsten Anzeige.

**!! Für Maßbestellungen** weise auf mein großes Lager in und ausländischer, feinsten reinwollener Stoffe in allen begehrten eingerichteten Werkstätten in peinlich sauberster Ausführung zu spottbilligen Preisen. — Für tadellofen Sitz wird garantiert.

**Arbeitsachen jeder Art** von dauerhaftem Material in gediegenster Näharbeit sind in großer Auswahl am Lager, wovon ich die gangbarsten Artikel nachstehend aufführe: **Zwirnhosen** 1,85, 1,80, 2,25, 2,50, 2,75, 3,50 M. **Engl. Lederhosen** zu 2,50, 3,—, 3,75, 4,50 und 5 M. **Gestreifte engl. Lederhosen** 2,60, 3,50, 4,50 M. **Weiße englische Lederhosen** 3,50 u. 4,50 M. **Zwirn-jaquets** mit und ohne Futter 2,75, 3,50 und 4 M. **Engl. Lederjaquets** mit Futter 7,25, 8,50 und 9,75 M. **Blaue Maschinen-Blousen** zu 1,80 M., dergl. **Hosen** 1,70 M.

**Die bisher aufgeführten Artikel sind nur für Herren.** **Knaben-Anzüge** für das Alter zwischen 3—8 Jahren in verschiedenen Stoffen und Façons zu 2,50, 3,—, 3,50, 4,—, 4,50, 5,—, 6 bis 11 M.

**Knaben-Anzüge** für das Alter zwischen 8—13 Jahren mit kurzen oder langen Hosen zu 7,50, 8,50, 9,—, 9,50, bis 13 Mark.

**Burschen-Anzüge** für das Alter zwischen 13—18 Jahren 10,50, 12,50, 14,—, 15 bis 25 Mark.

**Schul-Anzüge** aus waschbaren Stoffen von 2,25, 2,50, 3,00 bis 6,00 M.

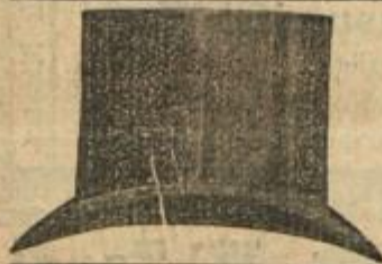
**Wash-Anzüge** für das Alter zwischen 3—8 Jahren zu 2,00, 2,50 bis 4,50 M.

**Wash-Blousen** zu 90 Pf., 1,00 bis 1,75 M.

**Knaben-Pelzinen-Mäntel** zu 5,25, 5,50, 6,00 bis 7,50 M.

Ich führe keine Schundwaare, die ich für die Hälfte obiger Preise offeriren könnte; jeder Käufer solcher Waare ist betrogen. — Ich wiederhole, daß ich bemüht bin, das Beste für den billigsten Preis zu liefern, und daß es mir daran liegt, die Kundenschaft dauernd an mein Geschäft zu fesseln. Jede Uebervorteilung ist ausgeschlossen, da ich für Nichtinsagendes den ausgelegten Betrag zurückzahle, sobald es mir im Originalzustande zurückgebracht wird.

**Bei Aufträgen von außerhalb** wolle man gest. für Kindergarderobe das Alter des Kindes angeben und ob dasselbe dem Alter entsprechend körperlich mehr oder weniger entwickelt ist. — Für Herrengarderobe bitte den Brustumfang dicht unter dem Arm herum gemessen — die halbe Hüftenbreite von der Mittellinie bis zur Achselnaht gemessen, die äußere Ärmellänge — und die Schrittweite der Hufe bis zum Beginn des Absatzes gemessen, anzugeben. Alle Angaben bitte nach Zentimetermaß; auch bitte ich zu bestimmen, ob die Farbe der Stoffe hell, mittel oder dunkel sein soll. — Frankatur ausgeschlossen. — Versand nur gegen Nachnahme bezw. vorherige Einzahlung des Betrages.



### Hut-Engros-Geschäft

**Alwin Sufmann**, Holzmarktstr. 38, part. rechts, an der Breslauerstrasse.  
 Ganz neu eingetrossene Form „Elegant“ mit extra Ausstattung per Stück Mk. 2,80.  
 Steife und weiche Herrenhüte von M. 1,75, 2, 2,40, 2,80.  
 Kinderhüte von 1 M. an. Cylinderhüte von 4,50 bis 10 M.  
 An jedem 1. Feiertag bleiben meine Geschäftsräume fest geschlossen.

**Jede Uhr** **repariren und reinigen** kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur 1 Mk. 50 Pf. (außer Bruch), kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 M. an. Neue silberne Cylinder-Memontoirs, 8 Steine, von 12 M. an, do. 10 Steine, von 16 M. an, goldene Damen-Memontoirs, 14-Karat Gold u. 24 M. an. Gold- und Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen.  
**E. Rothert & Stolz**, Geschäft: Andreasstr. 62. Chausseestr. 78.  
 Uhrmacher.

**Hüte** für Herren 2—3 Mk. Beste Qualität 3,50 M.  
**Strohüte** von 50 Pfennig an in allen Qualitäten.  
**Schirme** Regenschirme von 3 M. an!!  
**Sonnenschirme**, neueste Moden, in größter Auswahl, rein seiden, von 50 Pf. an.  
**Cravatten** Oberhemden,ragen, Manschetten, Servietten in bester Qualität.  
**Wäsche**, farbige Glaces, 1 Paar 1,50 M.!!  
**Handschuhe**, nur in besten Qualitäten bei  
**Gottmann**, Gr. Frankfurterstr. 130.

**Schuh u. Stiefel** mit Kontrollmarke. Empfehle mein Schuh- und Stiefel-Geschäft. [1462L\*]  
**Louis Zaake**, Rüsttriner Platz Nr. 8.  
 Einige Ställe in Berlin

**Carl Schindler** Chausseestr. 55. Amt III 6917  
 Empfehle alten **Nordhäuser** Bitter-Flasche 1 M., 5 Fl. 4,80 M., 10 Fl. 9,10 M. Piquette, Cognac, Rum, Ungarweine etc.

**Hosen! Hosen!** billig Handleibe Staltherstr. 13.  
**Martin Klein**, Uhrmacher, 25 Neue Hoch-Strasse 25  
 Lager aller Arten Uhren. Reparaturen zu soliden Preisen

**Halb und Halb.**  
**Mampe mit Pomeranzen**  
 Feinste Likörmischung  
 Champagnerflasche Mark 1,25  
**Carl Mampe**  
 Berlin, Veteranenstr. 24.  
 Ueberall zu haben!

Größtes christliches Sortiments-Geschäft.  
**F. Nahrstedt**, 45/46 Wrangelstraße 45/46.  
 Sämmtliche Leib- und Bettwäsche nur eigenes Fabrikat.  
 Wollene und halbwollene Kleiderstoffe. Grosses Lager Elsässer Kattune und Batiste.  
**Eigene Blousen-Konfektion.** Sämmtliche Trikotagen, Gardinen, Bett- und Tischdecken.  
 Fertige Betten. — Sonnen- und Regenschirme.

**Butter, Kaffee**, denkbar in feinst, süße **Sahnenbutter**, frischer, natürlicher Röstung von täglich frisch, köstlichem Geschmack und Aroma, à Pfd. 1,00 u. 1,10 M. à Pfd. 1,40, 1,60, 1,90  
 sowie alle **Kolonialwaaren** und **Mühlensfabrikate** in bestmühter Güte empfiehlt **H. Fiebach**, 12 Schwedterstr. 12, Fernspr. III 8117. vis-à-vis Templinerstrasse. II. Geschäft: Chorinerstr. 66. NB. Bitte genau auf meine Firma zu achten, da mein früherer Hauswirth in den von mir innegehabten Räumen ein Geschäft eingerichtet hat.

**Conk-Konkursmasse.**  
 Die Lagerbestände aus der Carl Hippel'schen Konkursmasse werden postenweise, sowie im einzelnen werktätlich von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends billigst ausverkauft.  
**12, Monbijou-Platz 12.**

**M. Schulmeister** Schneidermeister, Dresdener-Strasse 4, Kottbuser Thor, empfiehlt zur bevorstehenden Saison nachstehende Spezialartikel:  
**Jaquet-Anzüge** in gebieg. wollenen Zwirnstoffen, 1 u. 2reihig 18—24  
**Jaquet-Anzüge** in glatten Diagonal-, Kammgarn-, Cheviot- u. Satin-Stoffen, 1 u. 2reihig 20—35  
**Jaquet-Anzüge** modernster Farben in Satin- u. englischen Cheviot-Stoffen, eleg. Ausführung 22—36  
**Rod-Anzüge** i. guten, wollenen, schwarz, Kammgarn- u. Satin-Stoffen, moderner Façons 25—38  
**Gehrock-Anzüge** von feinen Satin-, Tuch- und Kammgarn-Stoffen, 2reihig 30—45  
**Paletots** edtsfarbig in Satin und Diagonal i. hochf. Kammgarn- u. Cheviot-Stoffen 15—30  
**Paletots** edtsfarbig, ohne Naht 18—27  
**Beinkleider** in dauerhaft., wollenen Stoffen, versch. Farben, Kammgarn und Cheviot 5—10  
**Feinkleider**, in engl. Dessins und engl. Façons 8—14  
**Knabenpaletots, Knabenanzüge** kleidsamer Façons in großer Auswahl.  
**Schulanzüge** in Cheviot-, Velour- und dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1 u. 2reihig etc. 17402\*  
 Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.  
 Begründung des Geschäfts 1878.

**Künstl. Zähne** 2 M. Vollst. schmerzlos Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Rep. sof. Theilz. Zahnarzt **Wolf**, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr.  
**Achtung!** Kaufen Sie nur echte Brautweine, alten Nordhäuser, Cognac, Rum, Arrak.  
**O. J. Engelke**, Neue Jacobstr. 26.  
 Kleinverkauf von 10 Pf. ab.